

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großhain

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfach Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Torgauer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Torgauer Straße 10/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10erzeile, Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf.,
Stellenangebote 10gep. Kolonelle 25 Pf. Familiennachrichten von Privaten
die 10gep. Kolonelle mit 50% Nachl. Ref. Zeile 2 M. Inzerate v. ausw.:
die 10gep. Kolonelle 40 Pf. bei Platzvork. 50 Pf., Ref. Zeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Der Bürgerblut vor dem Abschluß.

Aus der Wochenstube der Republik.

Vater werden ist nicht schwer...

Im Plenum des Reichstages beschäftigte man sich gestern mit „Mutter und Kind“. Still und friedlich flossen die Debatten dahin, während wenige Ähren weiter die Geburthsheifer eifrig tätig waren, um das Kind der jüngsten politischen Ehe zur Welt zu bringen. „Die Wochenstube der Republik.“ Der Reichsbannerkammerad Marx als Kindbetthelfer. So wurde er im Achtuhrabendstakt karikiert. Er hält das Neugeborene im Widelbett. Ganz winzig und klein, aber mit den Zügen des Grafen Westarp. „Euch ist ein Kindlein heut' geboren...“, so lautet vieldeutig die Unterschrift.

Nach freilich, ist es nicht ganz soweit. Vorläufig liegt Mutter Republik noch im Wochenbett. Aber bei so reichlicher Hilfe von allen Seiten ist weder Gefahr für die Wöchnerin noch für den Westarpsproßling zu befürchten. Und der Schutz für Mutter und Kind ist für so honoräre Kreise gegenstandslos.

Nicht immer werden Geburten mit Freude begrüßt. Dabei sehen wir von materiellen, wirtschaftlichen Sorgen völlig ab. Mancher neue Erbenbürger schmälert die Erbberechtigten. Andere werden in den Hintergründen gedrängt. Zu letzterer Kategorie gehört der Minister für „Schmutz und Schund“, Herr Rühl, unseiner Angeborenen. Er hat für die deutschnationale Minderfront so viel getan, daß mehr zu tun bald nicht mehr übrig blieb. Nun schließt er umher, als wenn ihm die Führer das Brot gestohlen hätten. Die weiße Weste aus der Glanzzeit seiner Stegostage hat er schon längst beiseite gelegt. Jetzt berät er mit dem Finanzminister pflichtlos über die Vergänglichkeit alles Irdischen.

Die Volkszeitung hat gestern nachmittags bereits vom Zentrum Abschied genommen. Mit einem nassen und einem trocknen Auge. Nichts mehr von der Reibtheit der seligen Zeit, also in diesen Spalten der Großen Koalition-Schleier gesungen wurden. Diese Wägenfahrt von Feuer und Spott gehört der Geschichte an. Die Akerfallen sind in die Periode der Vorkriegszeit zurückgeführt, was also bezeichnend ist:

„Das Zentrum hat sich mit den Deutschnationalen zusammengefunden. Ueber Nacht ist eine Umgestaltung der Parteiverhältnisse erfolgt, überraschend auch für die Politiker, die noch nicht vergessen hatten, daß in der Vorkriegszeit die Gruppierung: Konservativ und Zentrum auf der einen, Liberale, Fortschrittler und Sozialdemokraten auf der anderen Seite, als die natürliche und geschichtlich gegebene galt. Tatsächlich wäre der neue Bund auch kaum so rasch zustande gekommen, wenn nicht die Deutsche Volkspartei in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit fast Gewalt angewandt hätte, um die beiden zusammenzubringen. Zu dem Spott trägt sie nun den Schaden. Denn die Wirtschaftskrise, die in der Ausschleifung der Sozialdemokratie das Mittel gefunden zu haben glaubten, die Sozialen Kosten herabzusetzen, werden bald genug erkennen, daß die neue Regierungsgruppierung einen förmlichen Wettkampf mit der Sozialdemokratie veranstalten muß, um das überstarke Mißtrauen ihrer eigenen Anhänger aus den Kreisen der Arbeitnehmer, einigermaßen zu beschwichtigen.“

Wenn das nun schließlich auch nicht ganz so schlimm — wir meinen das im bürgerlichen Sinne — endet wird, so bestätigt doch selbst die Boh, daß die Sozialdemokratie, trotz der unzähligen Pflöcke von Drückerwürzen, die für die Große Koalition verschwendet worden sind, in eine geradezu glänzende Situation geriet. Damit wird unsere systematische Gegnerschaft gegen diese Koalitionspläne selbst von der Boh als historisch gerechtfertigt anerkannt. Dank der Deutschen Volkspartei und dank den Herren Scholz und Stresemann, die das — selber nicht selten gegen den Willen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion — zustande gebracht.

Diese ausgezeichnete Position wird selbst von den Kommunisten anerkannt. Auch sie zählen zu den enttäuschten Lohgerbern, denen die Felle fortgeschlommen sind. Jetzt bleibt ihnen nur noch übrig, jeweils zehn Prozent mehr zu fordern und das wird auf die Dauer selbst kommunistischen Reichstagsabgeordneten reichlich dumm. Dabei gehen die schönsten Moskauer Theorien in die Brüche. Die Entzerrungsstrategie. Und die Mitgliederzahlen stagnierten, trotz aller günstigen Umstände, die die letzten Monate brachten, seit langer Zeit.

Geradezu stappernd aber ist die Position, in die die Partei des Insterburger Redners Dr. Scholz geriet. Er ist ebenso ausgeschaltet, wie die Sozialdemokratie. Der Inaugurator des schwarzblauen Bürgerblods wurde, wie auch Hermann Müller, in einer Zwischenpause nur „informiert“. Er ist zu den Verhandlungen nicht geladen worden. Zentrum und Deutschnationale verteilen die Felle unter sich. Die Deutsche Volkspartei ist ihnen Luft. Bisher waren die 50 Männlein des Dr. Scholz der beherrschende Faktor der deutschen Politik. Nun, da ihr Ziel erreicht, stehen sie vor der Verhandlungstür und warten geduldig ab, was ihnen die anderen gütig verraten wollen. Wahrscheinlich eine „glanzvolle“ Rolle, in die sich viele tüchtigen Strategen hineinmanövriert haben. Darum schimpfen sie wie die Kofelpähen in ihren Gazetten. Einige Beispiele haben wir aus der täglichen Rundschau bereits mitgeteilt. Sie könnten aus der Kölnischen Zeitung und aus anderen volksparteilichen Blättern um das Duzendfache gesteigert werden. Man schimpft über das geheimnisvolle Wirken parlamentarischer Kreise. Wir haben schon unlängst festgestellt, daß in diesen Nachrichten mehr als ein Körnlein Wahrheit verborgen sei. Zuletzt aber wissen die volksparteilichen Zeitungsschreiber selber nichts. Nach Personen der einen hat der Runtius seine Hand persönlich im Spiel. Andere verlegen den Verhandlungstisch nach Köln, Breslau und München. Wahrscheinlich ist überall verhandelt worden. Das ist auch nicht das Entscheidende, als vielmehr die Kulturkampfpauken, auf die sich die

verratenen Verräter zurückbeziehen haben. Und die Germania charakterisiert die volksparteilichen Hartleihen wie folgt:

„Es ist nicht leicht, die Deutsche Volkspartei zufriedenzustellen. Hat nicht die ganze Krise ihren Ausgangspunkt in den ostpreussischen Wanderreden des Herrn Scholz? Geschieht nicht jetzt genau das, was Herr Scholz schon im November und Dezember predigte? Waren nicht gerade die genannten beiden Organe der Deutschen Volkspartei unermüßlich in der Befürwortung der Vereinnahmung der Deutschnationalen in die Regierung? Wenn ja, so gilt hier gegenüber der Deutschen Volkspartei das Wort: „tu l'os voulu, George Dandin!“

Du hast es gewollt, Dandin Dr. Scholz. Und jetzt fühlt er sich durch sich selbst geschlagen. Schon hat man die Liberale Vereinigung mobilisiert. Eine Tragik ohne Gleichen. Kein Wunder, daß die Augen der rechtsparlamentarischen Vermittler des schwarzblauen Blodes sich mit Tränen füllen. Darum sind sie einigermaßen bemüht, die Demokraten mit hineinzuziehen. Nicht nur wegen des Finanzministers Reinhold aus Sachsen. Die eiserne Logik der Entzerrung zwingt diese Demagogen schon jetzt dazu, Sulfurs von links herbeizuholen, um die größten Gefahren abzuwenden. Und das will allerlei besagen.

Die Haltung der Demokraten sieht indes noch immer nicht definitiv fest. Bieleicht sind sie mit bei der Bürgerblodspartei, trotz des Abschiedsbriefes, den die Boh gestern an das Zentrum schrieb. Lange freilich darf die Entscheidung nicht auf sich warten lassen. Und Dr. Rühl ist definitiv erledigt. Die Deutschnationalen drängen mit Ungewalt, was gestern die Germania ausgesprochen hat:

„Wenn es nach den Deutschnationalen ginge, wäre die Koalition mit dem Zentrum in Zeit von 24 Stunden fertig. Man muß k a n n e n, wie wenig diese Partei das Bedürfnis zu haben scheint, sich Garantien dafür geben zu lassen, daß der Westerstern deutschnationaler Politik bei der Koalition mit dem Zentrum gewahrt bleibt. Die Deutschnationalen wollen doch nicht etwa behaupten, der diametrale Gegensatz zwischen Zentrumspolitik und deutschnationaler Politik, der die Zeit nach dem Krüge kennzeichnet, sei plötzlich auf ein Nichts zusammengeschrumpft! Tropdem sind sie bereit, mit elegantem Schwung über alle Hindernisse hinwegzusehen, und um daran nicht gehindert zu werden, warnen sie das Zentrum in ihrer Presse davor, etwa „Gewissensfragen“ an die Deutschnationalen stellen zu wollen.“

Tut nichts! Die Deutschnationalen kennen ihre Pappenhäuter. Man muß das Eisen schmieden, solange es noch glüht. Und keine Angst, ihr Herren Scholzianer. Zentrum und Deutschnationale machen eure Politik, wenn ihr dabei auch nichts zu sagen habt.

Die gestrigen Verhandlungen.

SPD. Im Verlauf des Dienstag wurden die Verhandlungen zur Bildung des Besitzbürgerblods zwischen Reichskanzler Dr. Marx und den fünf deutschnationalen Unterhändlern fortgesetzt. Auch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns nahm wieder an den Verhandlungen teil. Die für ein Regierungsprogramm ausgearbeiteten Richtlinien wurden nachmittags den für die Rechtsregierung in Frage kommenden Fraktionen unterbreitet. Abends beschäftigten sich die einzelnen Fraktionen mit dem Stand der Verhandlungen und dem künftigen Regierungsprogramm. Eine Einigung über die programmatische Regierungserklärung ist bisher noch immer nicht erzielt; es sind noch Schwierigkeiten in bezug auf die Formulierung über die Innen- und Außenpolitik vorhanden. Es ist trotzdem anzunehmen, daß der Besitzbürgerblod bis Donnerstag oder Freitag in Erscheinung tritt. Ueber den sozialpolitischen Teil des Regierungsprogramms soll angeblich eine volle Einigung zwischen einer „Faschkommission“ der Deutschnationalen, bestehend aus den Abgeordneten Schiele, Behrens, Lambach, Leopold und v. Goldacker, und den Ministern Brauns und Dr. Curtius erzielt worden sein.

Die endgültige Fassung der Richtlinien des Regierungsprogramms soll bis Mittwochvormittag erfolgt sein und dann den Demokraten vorgelegt werden, deren Vertreter Koch, Erkelenz und Haas am Dienstagnachmittag von Dr. Marx empfangen worden sind. Angeblich will die demokratische Fraktion ihre endgültige Stellungnahme zur Bildung der Regierung von der Fassung der Richtlinien abhängig machen.

Die Wirtschaftliche Vereinigung hält, wie verlautet, an ihrem bisher eingenommenen Standpunkt fest, eine Beteiligung an der neuen Regierung abzulehnen. Sie will dem Kabinett des Besitzbürgerblods mit wohlwollender Neutralität gegenüberstehen und es unterstützen, solange die Regierung den Forderungen des Mittelstandes Rechnung trägt.

Am Dienstagabend fand beim Reichsaussenminister Dr. Stresemann eine Besprechung statt, um eine Einigung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu erzielen.

Der Vorkomitee des Reichstages will sich am Mittwoch nachmittags endgültig darüber schlüssig werden, wann der Reichstag die Regierungserklärung des neuen Kabinetts entgegennehmen kann.

Das Spiel mit dem Feuer.

Bucharin auf dem Wege zum Bonapartismus.

Von Peter Garwin.

Immer öfter und eindringlicher klingt lautes Säbelraseln aus dem Kreml. Fast jedes Auftreten der bolschewistischen Führer wird von Alarmrufen und Aufforderungen begleitet, die militärische Macht Sowjetrußlands zu stärken und sich zum Abwehrkrieg gegen den Imperialistischen Block, mit England an der Spitze, zu rüsten. Wenn es sich aber früher in den bolschewistischen Alarmreden nur um die „Entzerrung Sowjetrußlands“, nur um die Bildung einer antifowjetischen Koalition, nur um die in der Ferne drohende Interventionsgefahr handelte, so haben sich die heutigen Alarmrufe, ihrem Ton und Inhalt nach, wesentlich geändert. Die bolschewistischen Führer bemühen sich jetzt mit allen Mitteln in Rußland wie im Auslande, den Eindruck hervorzuzaubern, als ob ein Ueberfall gegen die Sowjetunion unmittelbar geplant werde und als ob ein Angriff in der allernächsten Zukunft unvermeidlich sei.

Bucharin hat die letzte Moskauer Parteikonferenz vor das Problem der Kriegsgefahr in ihrer ganzen Schärfe gestellt: „Wir wissen nicht, ob es in der nächsten Zeit einen Krieg geben werde, aber wir wissen bestimmt, daß man einen Krieg vorbereiten... Es handelt sich, freilich, nicht um einen Krieg von heute auf morgen, wir können jedoch keine Garantien für Frühjahr oder Herbst geben.“ (Pravda Nr. 10.)

Mit noch größerer Bestimmtheit hat sich der Volkskommissar für Heereswesen und der Vorsitzende des revolutionären Kriegsrates, Woroschilow, ausgesprochen. Er hat durch seine Reden zum übrigen Mat die bekannte Wahrheit bestätigt, daß das politische Auftreten der Kriegsminister stets an das Eindringen eines Elefanten in ein Porzellangeschäft erinnere. Woroschilow hat bereits im September in einer Ansprache an die roten Kommandeure erklärt: „Wir streben leidenschaftlich nach dem Frieden, es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß ein Angriff gegen uns stattfinden werde.“ In der letzten Parteikonferenz der Moskauer Organisation zog er aus dieser Beurteilung der außenpolitischen Lage folgende Schlüsse:

„Wir befinden uns am Vorabend des Krieges... Die Weltbourgeoisie mobilisiert sich... Wenn nicht heute, so wird man uns morgen überfallen... Wir müssen uns deshalb in allerzürstester Frist psychologisch mobilisieren... Die rote Armee ist jeden Moment bereit, die Waffen zu ergreifen und ihre Pflicht zu erfüllen... Es ist notwendig, daß die Partei, sowie das ganze Land, sich dazu vorbereiten... Die Partei muß sich ernstlich mit der Vorbereitung zum Abwehrkrieg beschäftigen... Es ist notwendig, das Bewußtsein zu mobilisieren, die Arbeiterklasse der Sowjetunion zu militarisieren und diesen militärischen Geist der Masse der Bevölkerung einzupumpen...“ (Pravda Nr. 10.)

Das Säbelraseln Woroschilows trägt freilich, — durch Bucharin theoretisch begründet — einen reinen „Verteidigungscharakter“. Beide sehnen sich „leidenschaftlich“ nach Frieden, beide predigen eine „demonstrative und aufrichtige Friedenspolitik“, beide sprechen nur von Abwehr und Verteidigung. Aber das Beispiel der Vorkriegszeit, als alle militärischen Staaten sich fieberhaft zum Kriege rüsteten, nur weil sie sich „leidenschaftlich“ nach Frieden sehnten, so wie das Beispiel des Weltkrieges, als alle kriegsführenden Länder sich nur „verteidigten“ (wenn auch auf dem Territorium des Gegners) lehren uns, daß die Verteidigungstheorie des Militarismus an sich kaum überzeugend wirken kann. Die bolschewistische „Friedfertigkeit“, die die abenteuerliche Außenpolitik Sowjetrußlands deckt, ist genau so verdächtig, wie die „Friedfertigkeit“ der imperialistischen Staaten, die am Tage nach dem „letzten“ Kriege den Rüstungswettkampf wieder aufgenommen haben. Die Arbeitgemeinschaft der roten Armee und der deutschen Reichswehr, zum Zwecke der gemeinsamen Herstellung und Verteilung von Granaten, Giftgasen usw., stärkt unser berechtigtes Mißtrauen gegen die bolschewistische „Friedfertigkeit“ noch mehr.

Welche Ziele verfolgen die hysterischen Alarmrufe Bucharins, der die Rüstungswettkämpfe anzuziehen bemüht ist, sowie die unverantwortlichen Ausführungen Woroschilows, die so sehr an die berühmte gewordene Phrase des französischen Ministers: „Wir sind bereit, wir sind arbeitsbereit!“ erinnern? Soll etwa die „Mobilisierung des Bewußtseins“, die Militarisierung der Arbeiterklasse und der ganzen Bevölkerung Sowjetrußlands auf die wirkliche Unvermeidlichkeit eines angeblich bevorstehenden Angriffs zurückzuführen sein? Steht der Feind in Wirklichkeit vor den Toren? Warten denn in der Tat „Englands Ballen“ — Rumänien, Polen, Lettland, Litauen, Estland und Finnland — nur auf Chamberlains Signal, um gegen Sowjetrußland loszuschlagen? Die internationale Lage ist freilich sehr gespannt. Die letzten Ereignisse an den beiden Küsten des Pazifischen Ozeans — in China und in Zentralamerika — drohen mit sehr ersten Verwicklungen. Das Verhältnis der imperialistischen Staaten, insbesondere Englands, gegenüber Sowjetrußland, läßt in der Tat viel zu wünschen übrig. Die Randstaaten betrachten mit wachsender Angst das Erstarken ihres unruhigen Nachbarn. Es wäre leichtsinnig, den politischen Horizont als wolkenlos zu bezeichnen. Jedoch haben in derselben Parteikonferenz manche Bolschewisten der herrschenden Richtung gegen die bucharinischen Alarmrufe Einwendungen erhoben und darauf hingewiesen, daß die Kriegsgefahr übertrieben sei. Die scharfen Interessengegensätze zwi-

Rechtsblock und Außenpolitik.

Strefemanns Vertrauen zu den Deutschnationalen.

W.B. London, 26. Januar.

In einem Interview mit dem Berliner Vertreter der Times wendet sich Dr. Strefemann gegen gewisse irrtümliche Meinungen über die Gefährdung der auf London und Locarno aufgebauten deutschen Außenpolitik. Er erklärt: Die Ursachen der Krise liegen ausschließlich auf innerpolitischem Gebiet. Auf außenpolitischem Gebiet hat sich seit geraumer Zeit eine sehr große Mehrheit für die von mir in Uebereinstimmung mit dem Reichsfanzler geführte und vom Reichspräsidenten gebilligte Politik herausgebildet, wie dies auch der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Dezember im Reichstage unwidersprochen festgestellt hat. Demgemäß galt es bei allen Verhandlungen über die Neubildung des Kabinetts als selbstverständlich, daß die folgerichtige Einhaltung der bisherigen außenpolitischen Linie unbedingt gewährleistet werden muß. Jetzt, wo die inneren Widerstände gegen meine Außenpolitik so sehr zusammengeschrumpft sind, kann kein Vernünftiger annehmen, daß ich mich von dem klar vorgezeichneten Wege abdrängen lasse. Das gleiche gilt vom Reichsfanzler Marx.

Entschieden lehnt Strefemann den Gedanken ab, daß die Fortführung der Locarno-Politik Deutschland hinsichtlich des Spielens seiner parlamentarischen Einrichtungen Bindungen irgendwelcher Art auferlege, die jede andere Locarno-Macht wie überhaupt jeder souveräne Staat weit von sich weisen würde, und sagt schließlich: Wenn jetzt die Deutschnationale Partei die Opposition aufgibt und wieder in die Regierung eintritt und wenn dies, wie unzweifelhaft feststeht, unter Festhaltung des bisherigen Kurses der auswärtigen Politik geschieht, so bedeutet dies doch in außenpolitischer Hinsicht nichts anderes, als daß sich seit dem Oktober 1925 in Deutschland ein bedeutsamer Wandel vollzogen hat. Es ist ein Beweis dafür, daß auch in weiten Kreisen, die hinter der Deutschnationalen Partei stehen, inzwischen das Verständnis für die Locarno-Politik lebendig geworden ist und daß sich diese Politik in Zukunft sowohl im Parlament als auch in der Öffentlichkeit auf eine ganz überwiegende

Majorität stützen kann. Worauf es ankommt, ist, daß das in Locarno begonnene Werk der europäischen Befriedung nur ge-
beihen kann, wenn es unabhängig bleibt vom Wechsel der Partei-
konstellationen, immer vorausgesetzt natürlich, daß sich in jedem
Vertragsstaat die an der Regierung befindliche Gruppierung un-
zweideutig zum Locarno-Werk und seiner Fortführung bekennet.

Noch drei Restpunkte.

Die gestrigen Verhandlungen des Reichsfanzlers mit den deutschnationalen Unterhändlern über die Richtlinien des neuen Kabinetts haben, den Blättern zufolge, bis auf drei Restpunkte zu einer Einigung geführt. Die noch unerledigten Punkte sollen Fragen der Formulierung der außenpolitischen und Verfassungsprobleme betreffen. Aber auch in diesen Punkten dürfte bis heute Mittag eine Einigung erzielt worden sein, so daß die sachliche Seite der Verhandlungen über die Regierungsbildung dann beendet sein dürfte. Zu der dann zur Erörterung stehenden Personenfrage bemerkt die Deutsche Tageszeitung, daß die Deutschnationalen nach Stärke ihrer Fraktion einen Anspruch nicht auf drei, sondern auf vier Ministerposten haben. Es sei zu erwarten, daß die Deutschnationalen ihre Ansprüche energisch vertreten werden, um nicht in entscheidenden Fragen am Einfluß zu verlieren.

Das Zentrum gegen die Volkspartei.

Im Kampfe gegen die Gerüchte, die dieser Tage von volks-
parteilichen Blättern über Verhandlungen mit kirchlichen Würdenträgern verbreitet worden sind, gibt das Zentrum folgende Er-
klärung ab:

Mit Staunen und Enttäuschung nimmt die Zentrumsfraktion Kenntnis von den gesellschaftlichen Ausstellungen volksparteilicher Blätter über kulturpolitische Vorverhandlungen und Abmachungen des Zentrums mit deutschnationalen Kreisen. Solche Verhandlungen oder Verabredungen haben, wie wiederholt festgestellt ist, in keiner Weise stattgefunden. Solche, jeder Grundlage entbehrenden Ausstellungen sind aber geeignet, die politische Atmosphäre zu vergiften und die laufenden Verhandlungen zwecks Bildung einer Regierung auf das ernsteste zu stören. Die Zentrumsfraktion muß die Verantwortung für die möglichen Folgen eines solchen Vorgehens den Urheber dieser durchgeführten Kombinationen überlassen. Die Beweggründe zu ihrem politischen Verhalten hat die Zentrumsfraktion in ihrem Manifest offenbar gesagt. Sie hat dem nichts hinzuzufügen.

ichen den imperialistischen Staaten selbst schließen ihrer Meinung nach eine unmittelbare Angriffsgefahr aus und das um so mehr, als auch die Arbeiterklasse Westeuropas keinen bewaffneten Angriff gegen Sowjetrußland zulassen werde.

Es versteht sich von selbst, daß die Gefahr einer bewaffneten Intervention sich noch mehr verringern würde, wenn die bolschewistische Regierung selbst die Abenteuerpolitik des roten Imperialismus unter dem Deckmantel der Weltrevolution, aufgabe. Leider ist sie weit davon entfernt. Auch jetzt ist das Säbelraseln der Bolschewisten gewissermaßen nichts anderes als eine Art militärischer Demonstration gegen England, das gerade jetzt, infolge der Ereignisse in China, eine besondere Empfindlichkeit an den Tag legt. Andererseits bezwecken die Alarmrufe aus dem Krenel die Wiederbelebung der ziemlich abgeklärten Sympathien der westeuropäischen Arbeitermassen Sowjetrußland gegenüber und das um so mehr, als die Sowjetmacht die Arbeitermassen Westeuropas — in gleichem Maße wie die ungeheuren Volksmassen des revolutionären Chinas — offen als eine eigene Reserve im Kriegssalle betrachtet.

Trotz alledem verfolgen die Alarmrufe nicht so außen- als innerpolitische Ziele. Die Schaffung einer Atmosphäre der unmittelbaren Kriegsgefahr soll anscheinend die Diktatur stärken, die in den gegenwärtigen Bedingungen des friedlichen Wiederaufbaues auch den letzten Schimmer einer Daseinsberechtigung verloren hat. Das Alarmgetöse soll die Aufmerksamkeit und Aktivität der werktätigen Massen von den innerlichen Schwierigkeiten nach außen hin ablenken. Es soll den Kriegesgeist der roten Armee stärken und ihre nationalgefeindlichen Oberhäupter enger an die Sowjetregierung knüpfen, die die Großmachtspolitik — wenn auch unter dem Banner der sozialen Weltrevolution — entschlossen durchführt.

Aber das Hauptziel des Säbelraselns und des Alarms scheint vor allem durch das Bestreben verurteilt zu sein, die Parteiposition zur restlosen Waffenstreckung zu zwingen. Bucharin führte in der Parteikonferenz aus, daß die Partei die drohende Kriegsgefahr mit einem „nie dagewesenen Zusammenstoß ihrer Kräfte“ beantworten müsse. Wenn man diese Worte in die Sprache des innerparteilichen Kampfes übersetzt, so bedeuten sie die Forderung einer sofortigen, endgültigen und bedingungslosen Unterwerfung der Parteiposition. Aber auch diese scheint die Gründe dieses Manövers richtig verstanden zu haben. Manche von ihnen weisen darauf hin, daß die Parteimehrheit absichtlich durch die angebliche Kriegsgefahr die Parteimaschinen „einzuschüttern“ versuche und freventlich mit der „Kriegsgefahr“ spiele.

Der Umstand, daß die Opposition diesem Kriegsgefahr-
schwandel auf den Grund ging, versetzte Bucharin in große
Wut:

„Den Verdacht gegen uns zu erwecken, daß wir jemand „einschüttern“ wollen oder mit der Kriegsgefahr ein „Spiel treiben“, — das bedeutet nichts anderes, als eine Waffe in die Hände der Gegner zu legen... Es könnte den Eindruck erwecken, als ob wir die werktätigen Massen betrügen wollen, um mit jemand unser „Spiel“ zu treiben...“ (Prawda Nr. 12.)

Bei der Beurteilung des von den Bolschewisten hervorgerufenen Kriegsalarms müssen unbedingt auch die allgemeine politische Lage und Bedingungen berücksichtigt werden, unter denen das Kriegsgefahrspiel von Stalin und seiner Gefolgschaft getrieben wird. Sowjetrußland treibt unter dem Druck der unerbittlichen Widersprüche und der innerlichen Umgestaltung der Diktatur, im beschleunigten Tempo dem mathematischen Punkt des Bonapartismus entgegen. Die Zuspitzung der ganzen Politik auf das Kriegsgefahrproblem rückt unermesslich die rote Armee in den Vordergrund, der außerordentlich starke Position im Staate eingeräumt werden und die gewissermaßen dazu angepornt wird, als „Kette der sozialistischen Vaterlandes“ und als Ruhe- und Ordnungsgewalt im Lande selbst aufzutreten.

Nur durch die politische Blindheit, durch das sinnlose Anklamern der bolschewistischen Führer an die entschließende Macht, kann man dieses Aufwiegen der Kriegsinstinkte in den Bevölkerungsmassen, diese herausfordernde und abenteuerliche Außenpolitik begreifen. Sehen die leninischen Nachfolger nicht ein, daß sie selbst, sozugenommen eigenhändig, die psychologischen Voraussetzungen für einen Staatsstreich im Stile des 18. Brumaires schaffen?

Die Arbeiterklasse Westeuropas ist verpflichtet, mit allen Kräften und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln jeden Versuch eines bewaffneten Angriffs gegen Sowjetrußland zum Scheitern zu bringen. Aber sie muß auch gleichzeitig gegen die bolschewistische Abenteuerpolitik, gegen das verbrecherische Spiel mit dem Feuer auf das entschiedenste protestieren.

Theorie und Praxis.

Dr. Niedner einst und jetzt.

Wir haben dieser Tage in einem Aufsatz unseres juristischen Mitarbeiters die Amtsführung des Herrn Dr. Niedner als Senatspräsident am Reichsgericht und als Vorsitzender des Staatsgerichtshofes besprochen. In dem Artikel wurde bereits darauf hingewiesen, daß Herr Niedner keineswegs immer eine so reaktionäre Gesinnung an den Tag gelegt hat, sondern es verstand, sich in den Geruch eines besonders liberalen und fortschrittlichen Juristen zu bringen. Einen neuen interessanten Beweis dafür, wie fortschrittlich und republikanisch gefasst Herr Niedner noch vor nicht allzu langer Zeit gab, bringt jetzt die Weltbühne. Sie veröffentlicht eine Denkschrift, die Niedner am 23. Juli 1922, knapp vier Wochen nach der Ernennung nach Bonn, verfaßt hat, um seine besondere Eignung für den Posten eines Präsidenten beim preussischen Kammergericht darzutun. In dem Memorandum heißt es:

„Ich erachte es für unbedingt notwendig, daß auf diesem verantwortlichen Posten ein Mann steht, der, abgesehen von dem erforderlichen geistigen Rüstzeug, mit nicht gewöhnlicher Lebenserfahrung, besonderer Tatkraft und vor allem mit einem aufrechten Charakter, einer innerlich vornehmen Gesinnung und einem gültigen Herzen ausgestattet ist. Daneben muß als weitere Anforderung gestellt werden, daß der Inhaber des Amtes ein Überzeugter und treuer Anhänger der gegenwärtigen Staatsverfassung ist und zwar nicht nur ein solcher, der sich seine Überzeugung aus Gründen der Zweckmäßigkeit und Staatsnotwendigkeit gebildet hat, sondern ein solcher, der mit der Neuordnung der Dinge zufrieden ist, weil sie seiner ganzen Lebens- und Weltanschauung entspricht. M. E. ein Mann, der aus ganzem Herzen Republikaner ist. Dieses zweite Erfordernis ist gerade bei den gegenwärtigen Zeitläufen durchaus in den Vordergrund zu stellen. Denn es kann gar nicht zweifelhaft sein, daß die preussische Justizverwaltung sich zur Zeit noch in völlig reaktionärem Rahmen bewegt, daß der 9. November 1918 kurzlos an ihr vorübergegangen zu sein scheint und die Justiz rückwärtiger ist als alle anderen Verwaltungszweige des preussischen Staatswesens.“

Ueber das Verhalten der Richter zu den Anwälten äußert sich Herr Niedner folgendermaßen:

„Aber man mag doch häufig genug noch die so-
maginärsten Vorurteile, daß Gerichtsvoritzende leicht
genügt sind in Anwälten, welche durch Stellung von An-
trägen und Fragen an die Prozeßbeteiligten zur Aufklärung der
Sache beitragen suchen, unbenutzte Störzonen einer ge-
ordneten Verhandlung zu erblicken und von dieser verkehrten Be-

urteilung aus die ihnen durch die Prozeßordnung gewährleisteten Befugnisse eines Verhandlungsleiters mißbräuchlich auszunutzen. Es sind Rudimente eines vergangenen Zeitalters, wo der Richter als besonders schnellig galt, der in dieser Richtung eine gewisse Tatkraft entwickelte, gleichgültig, ob das allgemeine Interesse dadurch gefährdet wurde.“

Und am Schluß heißt es dann:
„Die hier gegebenen Richtlinien sollen in allem Wesentlichen auch die des künftigen Präsidiums des preussischen Kammergerichts sein.“

Der Mitarbeiter der Weltbühne schickt der Wiedergabe der Niednerischen Konfessionen die Bemerkung voraus, daß man gerne die Grundzüge des Vorstehenden des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik hätte überlassen wollen, der sie ja zweifellos, im Hinblick auf die praktische Erprobung dieser Grundzüge, angehört. Aber das neueste Verhalten Niedners, insbesondere sein Vorgehen in Sachen der preussischen Regierung kontra Olympia-Wiking, die Verlegung des ursprünglich auf den 25. Januar festgelegten Termins, erzwinge die Publikation, damit die Öffentlichkeit Gelegenheit habe, Theorie und Praxis eines hohen Richters zu konfrontieren, und die Republik den Anlaß, sich von der Schädlichkeit seiner Arbeit zu unterrichten.

Der Mitarbeiter der Weltbühne zieht die Konsequenz, die verantwortlichen Stellen aufzufordern, Herrn Niedner, der — im 64. Lebensjahr stehend — nicht vor der Schwelle der Pensionierung sich befindet, das Gehalt für sein letztes Dienstjahr ohne Gegenleistung zu schenken. Dem kann man nur zustimmen.

Verdächtige Eile.

„Marine-Strafvollstreckungsordnung“ — ohne Militärgerichtsbarkeit!

Z. N. Berlin, 25. Januar.

Soeben wird vom Reichswehrministerium die neue Straf-
vollstreckungsordnung vom 28. Dezember 1920 bekannt-
gegeben, die am 21. Januar 1927 in Kraft treten soll. Aus ihrem
Inhalt, der in jeder Beziehung zeitwohl zu lesen ist, geben wir den
Wortlaut des § 3 (1) Vollstreckung durch die Marine-
behörden. A. Vollstreckung am Lande:

„Zur Strafvollstreckung wird eine Abteilung von mindestens der Stärke einer Kompagnie beschickt. Ein Stabsoffizier leitet das Verahren; er bestimmt auch, auf welche Weise der Verurteilte zum Richtplatz gebracht werden soll, und trägt Sorge dafür, daß der Verurteilte, wenn es möglich ist, von einem Geistlichen seines Glaubensbekenntnisses begleitet wird.“

Ob noch andere, am Orte anwesende Marineangehörige der Vollstreckung des Urteils beizuwohnen haben, ist nach den besonderen Verhältnissen des Einzelfalles zu bestimmen.

Auf dem Richtplatz werden dem Verurteilten, während die Abteilung mit „Gewehr über“ still steht, die Urteilsformel, die Vollstreckungsbestimmungen und die Erklärung des Reichspräsidenten über die Nichtausübung eines Begnadigungsrechtes bzw., wenn das Urteil in außerordentlichen Ver-
fahren ergangen ist, die Urteilsformel und die Bestätigungs-
order durch einen richterlichen Marinejustizbeamten oder — wenn ein solcher Beamter nicht zur Verfügung steht — durch einen Offizier vorgelesen.

Nachdem dem Geistlichen gestattet worden ist, dem Verurteilten nochmals zuzusprechen, führen jetzt, in zwei Glieder eingeteilte und sanft Schritt von dem Verurteilten aufgestellte Mannschaften das Urteil aus Kommando aus. Die Fest-
setzung des Todes erfolgt durch einen Marinearzt.

Ueber den Akt ist eine Urkunde aufzunehmen und von dem richterlichen Marinejustizbeamten oder von dessen Stellvertreter zu vollziehen.

Die Angehörigen des Verurteilten sind von der Vollstreckung des Urteils unversüßigt zu benachrichtigen. Auf ihr Verlangen ist ihnen die Leiche zur Beerdigung zu verabfolgen, falls die Umstände es gestatten.“

Eine besondere Militärstrafgerichtsbarkeit gibt es nicht mehr. Trotzdem ist also, wie auch die übrigen Paragraphen zeigen, ein besonderer Militärstrafvoll-
zug ausgearbeitet worden. Aber nur der erste Fall des § 3 be-
handelt die Vollstreckung der Todesstrafe bei Marineangehörigen
oder wenigstens durch Marineangehörige. Der zweite Fall jedoch
beschreibt die Erschießung bei Verhängung der Aus-

nahmegerichtsbarkeit durch Standgerichte usw., also im
Falle des Ausnahmezustandes. Noch ist das Gesetz über den
Ausnahmezustand (Artikel 48 der Reichsverfassung) dem
Reichstag nicht vorgelegt, ja, wie behauptet wird, im Reichs-
ministerium des Innern noch nicht durch beraten, und schon
veröffentlicht das Reichswehrministerium und der Oberbefehl-
haber ihre Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz.
Schnelle, verdächtig schnelle Arbeit in der Tat! Freilich unter
Auserkennung von Verfassung und Gesetz.

Würdige Blockgenossen.

Der „unlautere Wettbewerb“ der Volkspartei.

Der Reichstagsabgeordnete Brod auf (Dem.) teilt folgendes
mit: Den Rechtsanwältinnen in Berlin ist dieser Tage folgen-
des Schreiben zugegangen:

„Wir beehren uns, Ihnen freundlich mitzuteilen, daß der
Berliner Reichstagsabgeordnete von Raumer (DVP), sowie die
Herrn Abgeordneten Dr. Kahl (DVP), Dr. Wunderlich (DVP),
u. a. gegen das vor kurzem im Reichstag angenommene Ar-
beitsgerichts-gesetz insbesondere aus dem Grund gestimmt
haben, weil sie die Ausgestaltung der Anwaltschaft für untragbar
erachteten. — Deutsche Volkspartei, Berliner Arbeits-
gemeinschaft.“

Um diese eigenartige Geschäftsmethoden der Schoß-Strefemann-
Partei, die der Demokratische Zeitungsdiener als „unlauteren Wett-
bewerb“ bezeichnet, richtig würdigen zu können, muß man sich der
folgenden Tatsachen erinnern. Bei der Schlußabstimmung über das
Arbeitsgerichts-gesetz haben von den 51 Abgeordneten der Volks-
partei 10 gegen, 11 für das Gesetz gestimmt und nicht weniger als
24 haben gefehlt. Die Deutsche Volkspartei hat also, da man die
11 Jäger von den 16 Reinsägern abziehen muß, im ganzen nur
5 Stimmen gegen das Gesetz in die Waagschale geworfen. Die
Deutsche Volkspartei verzweifelt die wichtige Tatsache, daß der
Ausfluß der Rechtsanwältinnen schon in der Regierungsvor-
lage enthalten war und daß es sich um die Vorlage einer Re-
gierung handelt, der die Deutsche Volkspartei ange-
hörte. Die Vorlage trägt zwar nur die Unterschrift des dem Zen-
trum angehörenden Ministers Dr. Brauns, aber sie ist mit Billigung
des Kabinetts einschließlich seiner drei volkspartei-
lichen Minister eingebracht.

Angesichts dieser Tatsachen muß man das Schreiben der Volks-
partei als eine Glanzleistung politischer Täuschungskunst bezeichnen.
Man muß nach dieser Leistung anerkennen, daß die Volkspartei
mit Erfolg bestrebt hat, ihren neuen Blockgenossen, den deusch-
nationalen Konjunkturpolitikern und den Jesuiten vom Zentrum,
auf dem Gebiete der Täuschung und Einseitigkeit ihrer Wähler Kon-
kurrenz zu machen. Wahrscheinlich, sie sind einander alle würdig, die
Teilhaber am schwarzbauen Bestäubergeld!

Die Verleumdungen gegen Otto Braun.

Am Montag fand vor dem erweiterten Schöffengericht in Rich-
terfeld der Beleidigungsprozeß des preussischen Ministerpräsidenten
Braun gegen den verantwortlichen Redakteur der Tilsiter Zei-
tung, Wirth, und gegen den Herausgeber der in Berlin er-
scheinenden Deutschen Beiträge, Siebert, statt. Die Anklage
stützt sich auf Artikel der beiden Blätter, in denen die unwahre Be-
hauptung wiederholt wurde, Ministerpräsident Braun habe der
Bauerwirtschaft „Faulerzettel“ vorgeworfen, er lasse
sich in der vornehmsten Allee Berlins eine Villa bauen,
deren Kosten gegen 100 000 Mark betrügen usw. In der Verhand-
lung verurteilten die Angeklagten, nur hinsichtlich eines Punktes,
nämlich des Villenbaues, Beweis für ihre Behauptungen zu er-
bringen, der Vorwurf mißlang aber. Auf Grund der Beweisauf-
nahme hielt der Staatsanwalt die Angeklagten für über-
führt, sich der Vergehen der Beleidigung und der üblen Nachrede
schuldig gemacht zu haben und beantragte demgemäß gegen Wirth
6 Monate Gefängnis, gegen Siebert 5 Monate Gefängnis.

Nach längerer Beratung wurde das Urteil verlesen, nach dem
der Angeklagte Wirth wegen Beleidigung in 4 Fällen an Stelle
einer verwirkten Gefängnisstrafe von 2 Monaten zu 3000 Mark
Geldstrafe und der bisher nicht vorbestrafte Angeklagte Siebert
wegen Beleidigung in 2 Fällen zu je 100 Mark, insgesamt 200 Mark
Geldstrafe verurteilt wurde. Dem beleidigten Ministerpräsidenten
wurde die Besignis ausgesprochen, das Urteil je einmal in der Til-
siter Zeitung, im Vorwärt, in der Morgenpost und in der Deut-
schen Allgemeinen Zeitung zu veröffentlichen.

Völkische Verleumdung. Hirtsfiebers Reise nach Wien.

1. r. Für Dr. Lippert von der völkischen Deutschen Tageszeitung sind Verleumdungen seiner Gegner tägliches Brot geworden. Als guter Psychologe sagt er sich: „Verleumder nur lustig drauflos, etwas bleibt schließlich doch hängen.“ Als nun eines Tages im Preussischen Landtag der völkische Abgeordnete Gieseler dem Reichsminister und Zentrumsmann Hirtsfieber anstößiges Benehmen in Wien vorwarf, fertigte Dr. Lippert seinen Lesern in der Deutschen Tageszeitung diese Rede in geschmacklos sensationeller Aufmachung: daß der Minister sofort nach der Anklage des völkischen Abgeordneten diese Behauptung als unwahr bezeichnet hätte, lämmerte ihn wenig. Der Kritiker trug die Ueberschrift: „Hirtsfieber und das Frauenmädchen.“ Es wurde da in aller Breite erzählt, wie Dr. Hirtsfieber auf einer Bierreise durch Wien in der Mariahilfsstraße eine Prostituierte aperierte und wie es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei gekommen sei. Auch der Grazer Gefühlsgehilfe Dr. Lippert, der Redakteur Karl Rudolf, übernahm in seinem Blättchen Der Hakenkreuzer die hübsche Geschichte über Hirtsfieber. Hier hieß die Ueberschrift: „Der fromme Hirtsfieber und die Wiener Mädeln — Alkoholstudien des preussischen Reichsministers.“ Man kann sich denken, wie unangenehm dem Zentrumsmann diese Zeitungsaufsätze waren. Die Beamten seines Ministeriums meinten dazu: „Na, seht mal, das ist der Zentrumsminister.“ In der Gesellschaft sagte man: „Ach, der Wiener Minister.“ Frau Hirtsfieber in dessen gläubige alten Grund zur Eifer sucht zu haben. Hirtsfieber selbst war bereit, der Partei sein Mandat zur Verfügung zu stellen.

Dies alles behauptete gestern als Zeuge der persönlichen Referent des Ministers und sein Wiener Reisebegleiter vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte, vor dem sich Dr. Lippert und Karl Rudolf zu verantworten hatten. Letzterer war übrigens von der Pflicht des Erscheinens entbunden. Die Sache war bereits zweimal verurteilt worden, diesmal waren aber die drei völkischen Abgeordneten Gieseler, Körner und Wiggershaus als Zeugen erschienen. Sie erklärten, daß sie die Einzelheiten über Hirtsfiebers Reise vom Abg. Lubendorff von der Wirtschaftlichen Vereinigung erhalten hätten. Der Abg. Wulle habe sich dann an seinen Gefühlsgehilfe, den Professor Otto in Wien, gewandt. Und dieser habe dann in Berlin eine eidesstattliche Versicherung abgegeben, die eine Bestätigung des blamablen Benehmens Hirtsfiebers in Wien enthalten habe. Man bedachte nur: die eidesstattliche Versicherung eines Professors! Und nun kommt das unbegreifliche: Das Gericht verlas ein Schreiben dieses Herrn, in dem er erklärte, seine eidesstattliche Versicherung sei ihm erzwungen worden; man habe ihn „moralisch verzwungen“, eine vom Strafgesetzbuch allerdings nicht vorgesehene Art der Zwangsmittel! Er habe allein „aus Gümlichkeit“, und zwar nur zum „internen Gebrauch“ die eidesstattliche Versicherung, als moralisch bedingten Gefühlswechsel gegeben — also eine ganz besondere Art von „Gefühlswechsel“, von dem, was er gelagt habe, kein Wort wahr. Er wisse überhaupt nichts. Ein eigentümlicher Herr, dieser völkische Professor Otto, der den Mut aufbringt, sich öffentlich zu ohreizen! Die Zeugen erklärten aber, er habe gebeten, seinen Namen erst dann zu nennen, wenn er einen Wiener Polizeibeamten und einen höheren Ministerialbeamten als Zeugen für die Richtigkeit seiner Behauptungen ausfindig gemacht haben würde. Er wird sie wohl nie ausfindig gemacht haben! Den wahren Sinn der Verleumdung offenbarte aber in einem Schreiben Herr Rudolf. Da hieß es: „Man muß den schwarzen Bunder zur Strecke bringen.“ Herr Hirtsfieber erklärte in der Gerichtsverhandlung, er habe nie mit einem Abel befreundeten Frauenzimmer in Wien einen Zusammenstoß gehabt. Er wisse, was einem preussischen Minister ziemt, der im Auslande sein Vaterland zu vertreten hat. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Dr. Lippert zu 2000 Mark Geldstrafe und den Redakteur Rudolf zu 1000 Mark Geldstrafe.

Poincaré über Frankreichs Finanzlage.

SPD. Paris, 25. Januar.
Poincaré hat am Dienstag vor der Finanzkommission der Kammer keine Erklärungen über die Finanzlage und die Lage des Schatzkassens abgegeben, die so ausgefallen sind, wie man befehligen konnte. Er hat sich mit keinem Wort darüber geäußert, ob er eine Stabilisierung in absehbarer Zeit ins Auge fasse und was er überhaupt in bezug auf die weitere Entwicklung seiner Sanierungsaktion beabsichtigt. Seine Erklärungen hatten im Gegenteil ein rückwärtiges Charakter und erschöpften sich in einem langatmigen Exposé über das, was man in seinem Ministerium der nationalen Einheit seit seinem Regierungsantritt in finanzieller Beziehung geleistet habe. Er betonte mit Genugtuung, daß heute im Vergleich zum Vorjahr das französische Schatzamt über einen Überschuss verfüge, der sich darin äußere, daß am 31. Dezember der Kredit des Schatzamtes bei der Bank von Frankreich kaum eine Milliarde, heute aber über 3 1/2 Milliarden betrage. Außerdem sei eine Dividende von 100 Franc für die Aktionäre der Bank von Frankreich ausgeschüttet worden, mit dem die Bank von Frankreich dem Weltmarkt beherrschende und seit längerer Zeit erfolgreich dem englischen Pfund eine gewisse Stabilität um 122 Francen herum sichere. Zum erstenmal habe auch der Staat am 1. Januar der Bank von Frankreich einen Vorschuß in Höhe von 2 Milliarden zu rufen können.

Poincaré verhehlte nicht, daß diese Erfolge zum Teil nur dank mehreren kleinen inneren und äußeren Anleihen, so in Holland und der Schweiz, erzielt worden seien, hat aber darin keinen Grund gesehen, seinen Blick in weniger optimistischer Weise als bisher abzuschließen, obwohl er damit zugab, daß im Grunde genommen keine Verminderung der französischen Staatsschuld stattgefunden hat. Es ist kaum nötig zu betonen, daß das Exposé Poincarés die Finanzkommission stark enttäuscht hat, da man dort in Betracht der Wirtschaftskrise vor allen Dingen wissen wollte, wie Poincaré sich die weitere Entwicklung denkt, und wie er der Unsicherheit in Handel und Industrie ein Ende zu machen gedenke. Diese Distinktion Poincarés beginnt selbst reaktionäre Blätter zu beunruhigen und die Liberale gibt am Dienstagabend in einem scharfen Artikel der Bekämpfung Ausdruck, daß Poincaré den gegenwärtigen Zeitpunkt zur Stabilisierung des Francen der ersten Reihe sei. Frankreich hätte dann, dem Blatt zufolge, umsonst eine schwere Wirtschaftskrise durchgemacht. Denselben Vorwurf findet man in dem schwerindustriellen Avenir, das ebenfalls verlangt, Poincaré möge möglichst schnell die Vorteile der gegenwärtigen Finanzlage konsolidieren, um so mehr als das Parlament ihn heute oder morgen stürzen und seine ganze Sanierungsaktion wieder in Frage stellen könne.

W.B. Paris, 25. Januar.

Im Finanzausschuß der Kammer machte Poincaré in Beantwortung einer Anfrage zu seinem Exposé weitere Erklärungen: Nach Ansicht aller zuständigen Personen ist eine legale Stabilisierung des Francen nur nach einer langen Dauer der tatsächlichen Stabilisierung möglich. Die Bank von Frankreich wird alles tun, um den Francen auf der Parität von 122 zum Pfund zu halten, um der Industrie die Möglichkeit zu geben, sich auf dieses Wertverhältnis einzustellen. Ueber das Zinsmonopol ist bisher eine Entscheidung nicht getroffen. Die Regierung hat nicht die Absicht, in dieser Angelegenheit die Verantwortung zu stellen. Weiter wird die Regierung nicht darauf bestehen, daß der mit der Frage der Ratifizierung der Schiedsrichterkonvention von London und Washington beauftragte Ausschuß der Kammer mit besonderer Eile vorgeht, da infolge der bevorstehenden Senatswahlen in Amerika keine besondere Dringlichkeit vorliegt.

Von Hankau nach Shanghai.

Der Verzweiflungskampf des englischen Imperialismus.

Die nun schon seit Wochen sich hinziehenden Verhandlungen zwischen O'Malley und dem kantonesischen Außenminister Eugen Tschang in Hankau sind immer noch nicht zu einem endgültigen Abschluß gelangt. Nach einer unbefriedigenden Meldung soll die Einigung auf der Basis bevorstehen, daß die Engländer die Konzessionen den Chinesen überlassen und selbst durch einige Sitze im Verwaltungsrat vertreten werden. Das englische Eigentum im Konzessionsgebiet wird durch die Forderung Kantons keinesfalls betroffen. Am Montag ist in Kanton auch der sogenannte englische „Abwehrstreik“ der Banken und Kaufleute beendet worden.

Zimmer mehr und mehr legt sich zur Zeit der Schwerpunkt der Aufmerksamkeit auf Shanghai.

Die Kantontruppen haben, wie sich als ziemlich sicher erkennen läßt, in den letzten Tagen Santschuanfang einige Schläppen beigebracht. Das unmittelbare Ziel ist jetzt Hankau in der Provinz Hubei, das früher schon einmal im Besitz der Kantonesen gewesen ist. Da die große Generalarmee gegen den Süden auch diesmal nicht in Aktion getreten ist und Santschuanfang seine kleinen militärischen Erfolge ebenso wenig wie die neuen Zusammenhänge etwas genutzt haben, so ist in den nächsten Wochen, vielleicht auch schon früher, mit dem Entscheidungskampf um Shanghai zu rechnen.

Die Konzession von Shanghai bedeutet für England schon weit mehr als die in Hankau, und hier sind weiterhin die Interessen zu verteidigen, die die englischen Kapitalisten an dem Freihafen Shanghai haben. Nach der Niederlage Englands in China gilt es jetzt für den englischen Imperialismus, diesen seinen wichtigen Stützpunkt zu verteidigen. Und die Ereignisse in Hankau haben ihn dahin befehrt, daß die Chinesen bei einer Einnahme Shanghais nicht vor den Geruchstagen des englischen Imperialismus halt machen würden. Hier gilt es, die letzte Position zu verteidigen, die praktisch England in den Bemühungen um einen Ausgleich mit Kanton als Faustpfand inne hat. Und so legt denn der englische Wolf den Schafspelz, den er, der Not gehorchend, sich anleiden mußte, einstweilig wieder ab.

Zehntausend Mann englischer Truppen werden in diesen Tagen in Shanghai erwartet.

Hierzu kommen noch drei Infanteriebrigaden aus England, die jedoch erst Ende Februar in Shanghai zu erwarten sind. Da unter

den Truppen-Expeditionen auch solche aus Indien stammen, ist bei der indischen Nationalbewegung eine erklärliche Aufregung hervorgerufen worden. Am Dienstag wurde im indischen Parlament von den Swaradhisten ein Protestantrag eingebracht, der das Recht der indischen Regierung, ohne Befragung des Parlaments Truppen nach China zu senden, anzweifelt. Der Präsident erklärte, daß nach der Geschäftsordnung ein solcher Antrag zuzulassen sei, freilich habe der englische Generalgouverneur das Recht, dies zu verhindern.

Darauf wurde ein Dekret des Generalgouverneurs verlesen, das das Verbot ausspricht mit der Begründung, daß „die Erörterung dem öffentlichen Interesse zumider wäre“!

Eine Einheitsfront der Quasolandsmächte, um die sich England auch für Shanghai bemüht, ließ sich nicht zustande bringen. Am Dienstag hat der japanische Außenminister den Vizekonsuln Englands, Italiens, Frankreichs und Belgiens in Tokio mitgeteilt, daß Japan nicht beabsichtige, Truppen in China zu landen oder Kreuzer nach Shanghai zu entsenden. Auch Amerika, das in Südschina keine Konzessionen zu verteidigen hat, sondern „Ruhe und Ordnung“ für den Inseldienst seiner Anleihen braucht, scheint sich für eine gemeinsame Intervention mit England nicht bereiten zu lassen.

Diese Isolierung Englands in China treibt den englischen Imperialismus jetzt zu seinem Verzweiflungskampf. Wieder werden Ströme Bluts die chinesische Erde tränken. Wieder müssen um eines Zieles willen die Arbeiter im Soldatenrock ins Gras beißen: um des Profits der englischen Kapitalisten willen. Und wer sind die Kräfte, die sich dem englischen Imperialismus entgegenstemmen? Lord Parmoor, der ehemalige Vertreter der Regierung Macdonald im Völkerbund, schreibt in einem Brief an die Times, es sei nicht zu bezweifeln, daß der englisch-chinesische Streit unter die Artikel 12, 13 und 15 der Völkerbundstatuten falle, die jeden Streit zwischen Völkerbundmitgliedern betreffen, der zu einem Bruch zu führen drohe. Was aber tut der Völkerbund? Nun, wir wissen es, daß ihn solche Dinge nicht angehen; aber es ist gut, den Arbeiter von Zeit zu Zeit des Beschlages der Genfer Friedensführer im Gedächtnis zu halten. Das englische Proletariat und auch die Arbeiter in den Dominien erheben gegen die Absichten der englischen Imperialisten ihre Proteste, sind und zu verstärken durch die des Proletariats in allen Ländern. Jedoch nicht eher wird Frieden eingesehen in diese Welt, als bis sie überwunden ist.

Sowjetunion und Weiskruffen.

Die offizielle „Sowjet“ beschäftigt sich in einem Artikel mit der Verhaftung der weiskruffen Abgeordneten in Polen. Das Blatt stellt hierbei entschieden in Aussicht, daß die Bewegung der weiskruffen Promoda in Warschau von Moskau inspiriert und finanziert sei. Die „Sowjet“ ein Blatt, das die Interessen der weiskruffen Sowjetrepublik innerhalb der Sowjetunion vertritt, bespricht die Verhaftung der weiskruffen Abgeordneten und stellt die Behauptung auf, daß die polnische Regierung auf diesem Wege den Völkern der Verhandlungen über einen Garantiepakt zwischen Polen und der Sowjetunion, dessen Möglichkeit besteht, vorberete. Dieses Moskauer Dementi mag natürlich nichts, weil derartige Geldunterstützungen stets durch die III. Internationale laufen, die die Sowjetregierung nicht als russisches Organ ansieht. Ganz davon abgesehen, ist eine Geldunterstützung der Promoda in Warschau wenig wahrscheinlich, weil das Ziel dieser Organisation in einem selbständigen weiskruffen Staat besteht. Zu ihm sollen die weiskruffen Gebiete Polens, aber auch die der Sowjetunion gehören. Es handele sich also um eine Irredenta-Bewegung, die sich sowohl gegen Polen als auch gegen die Sowjetunion richtet.

Die Aufhebung der Immunität.

SPD. Warschau, 25. Januar.
Zu Beginn der Dienstagssitzung des Sejm protestierte der weiskruffe Abgeordnete Sobolewski gegen die Verhaftung der fünf weiskruffen Abgeordneten und beantragte deren sofortige Freilassung. Der Sejm-Marschall widersetzte sich diesem Antrag und erklärte, daß der Sejm lediglich eine Nichtauslieferung der Abgeordneten beschließen könne, während das Recht der Intervention wegen Freilassung der verhafteten Abgeordneten nur ihm als Sejm-Marschall zustehe. Er wird jedoch von diesem Rechte keinen Gebrauch machen, da das ihm vom Justizminister übergebene Belastungsmaterial genügt, um die Verhaftung der Abgeordneten zu rechtfertigen. Hierfür führte der Justizminister Partei aus, daß die Auslieferung der fünf Abgeordneten, deren verbrecherische Tätigkeit durch die in seinem Besitz befindlichen Dokumente und Unterlagen hinreichend bewiesen sei, für den Sejm eine traurige Staatsnotwendigkeit darstelle. Die ausgedrückte antipolitische Aktion habe ein rasches Vorgehen der Regierung verlangt, so daß die Verhaftung erfolgen mußte. Auch in Zukunft werde die Regierung derartige staatsfeindliche Aktionen mit aller Härte bekämpfen. Während der Rede des Justizministers Partei machte der kommunistische Abgeordnete Wolowicki Zwischenrufe, indem er den Justizminister „Berehrer der Kaiserin Katharina von Rußland“ nannte, worauf ihn der Sejm-Marschall auf einen Monat von den Sejm-Sitzungen ausschloß. Darauf wurde der Regierungsantrag auf Auslieferung der fünf Abgeordneten an eine Kommission überwiesen.

Die fünf Abgeordneten sind als Protest gegen ihre widerrechtlich erfolgte Verhaftung in den Hungerstreik getreten.

Obstruktion der Steuerheuen.

W.B. Wien, 25. Januar.
In Wiener Gemeinderat kam es heute nacht zu stürmischen Auseinandersetzungen, als die sozialdemokratische Mehrheit, die von der christlich-sozialen Minderheit seit vielen Wochen gelbte Obstruktion gegen die Steuerpolitik der Gemeinde durch Annahme eines Antrags auf Schluß der Debatte abschnitt. Die Christlich-Sozialen machten darauf mit Pfeifen, Trommeln und anderen Instrumenten einen ohrenbetäubenden Lärm. Der Bürgermeister schloß um Mitternacht die Sitzung. Der Vorfall hat das Verhältnis zwischen der sozialdemokratischen Mehrheitspartei und der Christlich-Sozialen Minderheit so verschärft, daß eine vorzeitige Auflösung des Gemeinderats nicht ausgeschlossen erscheint, was auch auf die Lage im Nationalrat zurückzuführen wäre.

W.B. Wien, 25. Januar.

Der Gemeinderat setzte heute die Beratung des Hauptvoranschlags fort. Als Bürgermeister Seitz den Vorsitz übernahm,

verließen die Christlich-Sozialen unter den Rufen „Es lebe Abrahamowitsch!“ den Saal. Während des Exodus der Opposition leitete der Bürgermeister die Abstimmung über das Kapitel „Technische Angelegenheiten“ ein, das mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wurde, worauf Stadtrat Krotzba die Beratung des Kapitels „Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten“ mit einem Referat einleitete. Nach ihm sprachen christlich-soziale Redner, von denen 14 zum Wort angemeldet waren.

Der Senat für Schiedsgericht.

II. New York, 25. Januar.
Der amerikanische Senat nahm in seiner gestrigen Sitzung 74 Resolutionen an, die ein Schiedsgerichtsvorhaben im Konflikt mit Mexiko vorstelt.

Der Senat ist somit dem Beschluß seines auswärtigen Ausschusses beigetreten. Es wird sich nun zeigen, in welcher Weise von den Herren Coolidge und Kellogg dieser Beschluß Beachtung findet. Daß hierdurch die Ansprüche der amerikanischen Delmagaten nicht aufgegeben wurden, lagten wir schon.

Der Angriff auf Bethlen vor Gericht.

II. Genf, 24. Januar.
Vor dem Bundesassisen, dem höchsten Schweizer Gericht, begann heute in Genf der Prozeß gegen den Ungarn Iwan Justh, der während der letzten Juntagung des Völkerbundesrates den ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen geohrfeigt hatte. Die Anklage lautet auf tätliche Mißhandlung eines auswärtigen Regierungsmitgliedes und Beschimpfung einer ausländischen Macht, was gegen die Artikel 42 und 43 des Schweizer Bundesstrafrechts und Artikel 7 des Völkerbundespaktes verstößt. Nach kurzen Zeugenvernehmungen hielt der Staatsanwalt die Anklage, nach der die Schweiz verpflichtet sei, die Völkerbunddelegierten als Diplomaten zu schützen. Dem Angeklagten dürften schon deshalb keine Milderungsgründe zugestanden werden, weil sich sonst ein ähnlicher Stand wie die tätliche Verleumdung des ungarischen Ministerpräsidenten wiederholen könnte. Das Schweizer Gericht gebühre nur denen, die die Schweizer Gesetze achten. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten und die Ausweisung zur Lebenszeit. Darauf ergriff der Verteidiger, der Pariser sozialistische Abgeordnete Moutet, das Wort, der parierte, daß Justh aus patriotischen Motiven im Impuls gehandelt habe.

Am Dienstagnachmittag fällte das Bundesgericht sein Urteil, das einem halben Freipruch gleichkommt. Es lautet auf 24 Tage Gefängnis, die durch die Untersuchungsshaft abgezahlt sind, 500 Schweizer Franken Geldstrafe und auf Landesverweisung aus der Schweiz auf 10 Jahre.

Der Albanienpakt ratifiziert.

III. Rom, 25. Januar.
Gestern abend wurden zwischen Mussolini und dem albanischen Gesandten Dino die Ratifikationsurkunden des italienisch-albanischen Freundschaftsvertrages ausgetauscht. Mussolini überreichte darauf dem Gesandten das Großkreuz der Krone Italiens, dieser übergab ihm den höchsten albanischen Orden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Hugo Sepp in Leipzig
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Hugo Sepp in Leipzig
Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Gesunde Nerven, Blut, Körperkraft erhöhen die Leistungsfähigkeit; beste Erfolge durch Nervophat, bestes Geschenk für jedermann. Allein König-Sajom-Apothek, Postversand Grimmaische Straße 17

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Gewerkschaftl. Anzeigen
Gewerkschafts-Kartell Leipzig
 Volkshaus, Reiser Straße 32, Fernruf 34021

Deutscher Verkehrsband, Verwaltungsstelle Leipzig

Geldchäftl.: 9-11 u. 4-7 Uhr, Sonnabends 9-2 Uhr, Tel. 34011

Allgemeine deutsche Volksgewerkschaft

Dienstag, den 1. Februar 1927, abends 7-8 Uhr, im Volkshaus, **Jahresversammlung - Beamte.**

Freitag, den 4. Februar 1927, abends 7-8 Uhr, im Volkshaus, **Jahresversammlung - Posthalter.**

Freitag, den 11. Februar 1927, abends 7-8 Uhr, im Volkshaus, **Jahresversammlung - Telegraph.-Arbeiter.**

Tagessordnung in allen Versammlungen. Berichte u. Neuwahlen. Das Mitteilungsblatt gilt als Ausweis.

Großhandel, Einzelhandel usw. Freitag, 28. Januar, abends 7-8 Uhr, im Buratelier, Marktmarkt, **Versammlung.** Tagesordnung: Berichterstattung von den Lohnverhandlungen. Die Beleghe müssen vollständig erscheinen.

Familien-Nachrichten

1902-1927

Unsere werten Kollegen und Mitarbeiter

Oswald Gehehardt
 nebst Gemahlin

zum 25jährigen Ehejubiläum
 die herzlichsten Glückwünsche

Das Gesamtpersonal der
 Leipziger Buchdruckerei AG.

Am 25. Januar 1927, vormittags, entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden im Alter von 46 Jahren mein guter liebevoller Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager, Onkel und Schwiegersohn

Paul Arndt

Leipzig-Plagwitz, Jahnstraße 97.

In tiefer Trauer

Elisabeth verw. Arndt und Kinder

Beerdigung am Freitag, 12 Uhr, von der Kapelle des Plagwitzer Friedhofes aus.

Danksagung.

Für die überaus herzliche Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Verstorbenen, des Klempners

Reinhold Fischer

ist es uns nur auf diesem Wege möglich, allen Freunden und Bekannten herzlichst zu danken. Besonders Dank allen denen, die ihm ein letztes Geleit gaben, sowie seinen Kollegen der städtischen Baugesellschaft, der Branchenleitung der Bauklempner im Deutschen Metallarbeiter-Verband, dem Reichsbanner, Abteilung I, den Fürsorgepflegern des Distrikts 18 und dem Verband der Hausmeister, Verwaltung Leipzig, für die erwiesenen letzten Ehrungen.

Leipzig, Schwägerchenstraße 13.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Statt Karten.

Für die zahlreiche Ehrung und Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meiner geliebten Gattin, unserer unvergesslichen Mutter, Frau

Therese Schrimpf

verw. geb. Hausmann geb. Hubert

sagen wir hierdurch allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank. Dank auch Herrn Warrer Dank für seine trostreichen Worte. Dir aber, liebe Mutter, rufen wir für deine treue Pflichterfüllung ein Danke Dank! und Ruhe sanft! in die ewige Ruhe nach Leipzig-Großschlocher, München, am 25. Januar 1927.

Hermann Schrimpf

ebst Kindern, Enkelkindern u. Angehörigen.

Das Schicksal hat mich hart betroffen
 Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen

Am Montag, den 24. Januar, abends 1/2 11 Uhr, verschied nach langem schwerem mit großer Geduld ertragenem Leiden im Krankenhaus St. Georg infolge Herzschlag im Alter von 35 Jahren 5 Monaten meine innigstgeliebte treue Gattin, unsere gute Mutter, Schwester und Tante

Frau Hedwig Gränzsdorfer geb. Ziegler

Leipzig-Lindenau, Lützner Straße 150, part., am 26. Januar 1927

In tiefem Weh

Der tieftrauernde Gatte u. Sohn Karl nebst Angehörigen
 Familie Ziegler nebst Angehörigen

Die Einäscherung findet Freitag, den 28. Januar, mittags 1/2 1 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofes statt. Blumen Spenden dankend abgelehnt.



Diese
 stark herabgesetzten Preise
 besagen alles!

**INVENTUR
 AUSVERKAUF**

vom 24. Januar bis 5. Februar

**Herren-Wäsche
 Trikotagen u. Hüte**

Hüte in vielen Farben	jetzt 4.90	3.90	2.90	Socken karliert, Baumwolle	jetzt -.95	-.75	50
Sport-Mützen moderne Formen	jetzt 1.65	1.25	85	Socken Seidenfärb	jetzt 1.80	1.35	75
Flieger- und Klub-Mützen dunkelblau, Tuch	jetzt 2.40	1.95	1.50	Untergarnituren Unterjacke und Unterhose	jetzt 5.90	4.90	3.50
Oberhemden mit 2 Kragen	jetzt 5.90	4.50	3.20	Hosenträger mit Lederpatt oder Gummibiese	jetzt 1.65	1.25	75
Oberhemden weiß, mit guten Einsätzen	jetzt 6.90	5.90	4.90	Selbstbinder neue Farben	jetzt 1.25	-.75	35
Sport-Oberhemden Trikolln., mit 2 Kragen	jetzt 9.50	8.60	7.50	Selbstbinder reine Seide	jetzt 1.80	1.35	95
Einsatzhemden in allen Größen	jetzt 2.10	1.65	1.35	Stutzen neueste Farben	jetzt 1.95	1.35	85
Unterhosen in Normal und limit. Mako	jetzt 1.95	1.65	1.35	Sport-Strümpfe mollert und karliert	jetzt 5.60	3.90	2.40
Unterjacken limit. Mako	jetzt 1.95	1.50	95	Handschuhe echt Nappaleder	jetzt 6.90	5.90	4.75
Netz-Unterjacken mit Vorderschluß	jetzt 1.25	-.95	75	Spazierstöcke echt Rohr	jetzt 2.40	1.95	1.50

Gollenkamp

Leipzig, Brühl 28-32

Größtes Spezialgeschäft für Herren- u. Knaben-Bekleidung

Zur Jugendweihe 1927

empfehlen wir zu Aufführungsweden

Ein Spiel vom Leben

Den Jugendweibkindern gewidmet von
 Gerhard Wähner

◆ Preis 50 Pfennig ◆

Das Aufführungsrecht wird erworben
 durch Ankauf von zehn Exemplaren.

Alle Austräger und Filialen der Volks-
 zeitung nehmen Bestellungen entgegen

Leipziger Buchdruckerei A.-G.

Abteilung Buchhandel

Tauscher Straße 19-21

**Reformbetten-
 Rockstroh**

Spezial-Geschäft
 Nicolaisstr. 10
 Bestw. Qualitäten
 Reich. Musterlag.

Immerheilsalbe

beste Brand- Wund- und Fiechtensalbe.
 Geradezu verblüffende Heilerfolge,
 besonders bei alten Hautschäden und
 offenen Beinen. Zu haben in den Apo-
 theken. Die Dose kostet 80 Pf. Wo
 nicht, nennt Bezugsquelle der Hersteller
 G. Reinhardt, ältestes Köpfiger Labo-
 ratorium in Königssee, Thür. W.

**Wir
 drucken
 alles**

LEIPZIGER
 BUCHDRUCKEREI A.-G.
 LEIPZIG C1 • RUF 72206

Seifen

zu sehr billigen Preisen!

Blumenseife	Stück ca. 60 Gr.	3 Stück	35
Blumenseife	Stück ca. 95 Gr.	3 Stück	55
Fliederseife	Stück ca. 90 Gr.	3 Stück	65
Lanolinseife	Stück ca. 90 Gr.	3 Stück	65
Riesenseife	Stück ca. 125 Gr.	3 Stück	75
Badeseife	Stück ca. 125 Gr.	3 Stück	85
Lavendelseife	ca. 130 g	3 Stück	95
Blumenseife	Stück ca. 150 Gr.	4 Stück, i. Kart.	1 00
Kernseife	garantiert rein ca. 400 Gramm-Stück		35

ALTHOFF

Ein wahres Geschichtchen.

Von einem, der auszog, das Spieglein zu lernen.

Der Held dieser Geschichte, die man sich in München erzählt, ist Herr Oberregierungsrat Mülhseisen vom Reichskommissariat für öffentliche Ordnung.

Es war im Jahre 1922. Die bayerischen nationalistischen Bünde gingen mit allen möglichen pöbelhaften Mitteln um. Das wußte man im Reichskommissariat. Und Mülhseisen sahte den männlichen Entschluß, ganz heimlich, in höchst eigener Person, nach München zu fahren, die Geheimnisse der bayerischen Nationalisten auszuspähen.

Unser Held dampfte nun im D-Bus nach München, seinem ersten kriminalpolitischen Abenteuer entgegen. Derweilen spielte sich ein Telefongespräch Berlin-München ab, das ungefähr so verlief:

„Hier Reichskommissariat für öffentliche Ordnung. — Ist dort Polizeidirektion München?“

„Hier von Lenggrieser! — Guten Abend. Habe eine wichtige Information. Mülhseisen fährt mit D 24 heute Nacht nach München. Will Reichsverbände bespionieren. Trägt falschen Bart, sein Wahrscheinlich auf den Namen R. A.“

„Ach, Mülhseisen selbst? — Hohe Ehre. — Besten Dank für die interessante Information.“

Am nächsten Morgen stand Herr Bernreuther von der politischen Polizei in München an der Bahnsteigsperre. Er fand natürlich den Mann mit dem falschen Bart heraus, setzte sein freundschaftliches Lächeln auf und grüßte höflich:

„Ah, Herr Mülhseisen! Groß Gott! Seit wann tragen Sie denn einen Bart?“

Mülhseisen ließ's heiß und kalt über den Rücken. Nur rasch durch die Sperre, dachte er und drängte sich, so schnell es ging, hinaus. Seine Mission bei den Reichsverbänden mußte er jetzt natürlich aufgeben. Mit dem nächsten Zug fuhr der verheimlichte Kriminalist zum Ammersee. Dort blieb er ein paar Tage, erholte sich von dem ausgefallenen Schrecken und fuhr unverrichteter Sache wieder nach Berlin zurück.

Über Jahre später fand 1926 in Berlin gelegentlich der Polizeiausstellung auch eine große Polizeikonferenz statt. Am Abend gemütliches Beisammensein. Bernreuther von der politischen Polizei München und Herr Mülhseisen tranken wieder miteinander. Sie hatten inzwischen ihre politische Seelenemancipation erlangt.

Bei der sechsten Flasche klopfte Herr Bernreuther dem Mülhseisen jovial auf die Schulter:

„Na, nun sind wir ja gute Freunde. Wenn Sie jetzt wieder mal nach München kommen, brauchen Sie keinen falschen Bart und auch keinen falschen Namen.“

Das ist die Geschichte von Herrn Mülhseisen, der auszog, um das Spieglein zu lernen. Felix Fischenbach.

Kleine Vorlagen im Reichstage.

Geschäftsordnungstempel um Schulfragen.

Berlin, 25. Januar 1927.

Die Sitzung wird um 3 Uhr eröffnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Geißler (Soz.), die Beratung des vom Zentrum, von der Volkspartei und den Deutschnationalen eingebrachten Gesetzentwurfs zur Veränderung des Gesetzes über die Grundschulen und Aufhebung der Vorschulen von der Tagesordnung wieder abzusehen. Der größte Teil der Abgeordneten habe den Bericht des Ausschusses erst heute erhalten, die geschäftsordnungsmäßige Frist von einem Tage sei also nicht innegehalten worden.

Abg. Drewhl (Wirtsch. Vag.) beantragt, einen von seiner Fraktion eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über den Verkehr mit Vieh und Fleisch, der an erster Stelle der Tagesordnung steht, an den Ausschuh zurückzuverweisen, da der Vertreter der Fraktion dort keine Gelegenheit zur Begründung gehabt habe.

Abg. Simon-Franken (Soz.) stellt fest, daß der Vertreter der Wirtschaftspartei bei der Beratung der Vorlage im Ausschuh nicht zugegen gewesen sei, trotzdem sie vorher bekanntgegeben worden war.

Der Antrag Drewhl wird abgelehnt, das Haus tritt in die Beratung dieser Vorlage ein. Nach kurzer Begründung durch den Abg. Drewhl wird nach einem Beschlusse des Ausschusses der Gesetzentwurf abgelehnt.

Es folgt die 2. Beratung eines Gesetzentwurfs zur Abänderung der Gewerbeordnung, wonach für das Wachs- und Schilddüsen- und Erlaubnispflicht eingeführt werden soll. Die Erlaubnis ist zu verlagern, wenn der Nachschub die erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt oder die nötigen Mittel nicht nachzuweisen vermag.

Abg. Hädel (Komm.) beantragt die Einfügung einer Bestimmung, wonach die Wachs- und Schilddüsenhersteller verpflichtet sind, die Personal nur durch Vermittlung der öffentlichen Arbeitsnachweise zu beschulen. Der kommunistische Antrag wird mit 164 gegen 165 Stimmen abgelehnt, die Vorlage wird hierauf angenommen.

Das Haus nimmt hierauf den Bericht des bevölkerungspolitischen Ausschusses über einen kommunistischen Antrag betr. den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze für Mutter und Kind entgegen. Der Ausschuh beantragt zwei Entschlüsse, wonach die Regierung eine Denkschrift über den Stand des Mutter- und Kinderschutzes vorlegen solle, ferner die Regierung zu eruchen, einen Gesetzentwurf einzubringen, der die notwendigen Einrichtungen zum Schutze von Mutter und Kind auf eine gesicherte Rechtsgrundlage stellt.

Abg. Frau Nemitz (Soz.).

Die soziale Verhältnisse hat im Jahre 1925 eine fürsorgende Tätigkeit in zwei Dritteln aller Geburtenfälle ausgeübt, allen voran gehen dabei die Krankenkassen bei der Leistung an Entbindungskosten und Aufwandskosten von Wadengeldern für die Versicherten und für die Familienmitglieder und an Stillgeldern. Vorübergehend hat auf diesem Gebiet die Berliner Ortskrankenkasse in ihrem Ambulatorium geschaffen. Die Beratungskommission, in denen die Schwangeren in überfüllten Räumen oft lange warten müssen, sind zu Behandlungszuständen zu erweitern. Auch nach der Einführung der Familienversicherung ist ein weitergehender Schutz für Mutter und Kind notwendig, denn die Sterblichkeit unter den Säuglingen

ist noch außerordentlich groß. Aus dem vom preussischen Wohlfahrtsminister im Landtag erstatteten Bericht haben wir zwar erfahren, daß die Säuglingssterblichkeit in Preußen in den Jahren 1918 bis 1925 zurückgegangen sei, aber daraus darf nicht geschlossen werden, als ob sich die gesundheitlichen Zustände besonders auf dem Gebiete der Säuglingspflege wesentlich gebessert hätten. In der Säuglingssterblichkeit steht Preußen noch immer an neunter Stelle unter allen Staaten, in anderen Ländern, wie England und Holland, ist die Säuglingssterblichkeit nur halb so gering wie in Deutschland. Daraus ergibt sich, daß wir auch bei uns einen besseren Schutz für Mutter und Kind schaffen müßten. Wir müssen für Einrichtungen sorgen, daß auch solche Mütter, die keine eigene Wohnung haben, das Recht erlangen, mit ihren Kindern zusammenzuleben. Das gilt besonders für die ledigen Mütter, denen jetzt die Kinder nur recht schnell fortgenommen werden. Man darf die Sorge für Mutter und Kind nicht allein den Versicherungsträgern und den privaten Vereinen überlassen, hier ist ein bevölkerungspolitisches Problem, das das Reich zu lösen hat. Wir wollen, daß das werdende Leben, das die Mutter unter dem Herzen trägt, erhalten bleibt und für die Gesellschaft nutzbar gemacht wird. Wenn der Gesetzentwurf, den der Reichstag von der Regierung verlangt, vorliegt, dann wird die Sozialdemokratie daran mitarbeiten, daß er so ausgestaltet wird, daß er einen wirklichen Mutter- und Kinderschutz bringt. (Lebh. Beifall d. b. Soz.)

Frau Abg. Wendt (Komm.) erklärt, daß normale Geburten im Proletariat heute zu den Seltenheiten gehören. Aus diesem Grunde, der physischen Schwäche der proletarischen Frauen, ist die hohe Zahl der Abtreibungen zu erklären. Die Proletarierin fordert obliquatorische Schwangerenfürsorge. Die bestehende Anarchie auf dem Gebiete der Gesundheitspflege muß beseitigt werden.

Abg. Frau Dr. Wöber (Dem.) weist darauf hin, daß die Volkszählung eine nicht genante Berücksichtigung der Zahlenverhältnisse zwischen den beiden Geschlechtern gezeigt habe. Die Zahl der ehelichen Frauen sei in dauerndem Zunehmen begriffen. Für den Staat erwachsen daraus besondere Aufgaben gegenüber Mutter und Kind.

Abg. Frau Neuhaus (Nt.) stimmt dem Ausschuhentwurf an und spricht die Erwartung aus, daß die Regierung ihm in kürzester Frist Folge trage.

Abg. Frau Agnes (Soz.)

weist noch einmal auf die ungeheure Bedeutung der Frage des Schutzes der Schwangeren hin. Gerade über diesen Punkt ist der bevölkerungspolitische Ausschuh zur Tagesordnung übergegangen, trotz der furchtbaren materiellen Not, unter der in der jetzigen Zeit gerade ein großer Teil der Schwangeren zu leiden hat. Die Regierung begründet einen sozialdemokratischen Antrag, wonach die Paragraphen 10 bis 12 des Gesetzentwurfs, für die der Ausschuh Uebergang zur Tagesordnung empfohlen hat, zur sachlichen Beratung an den bevölkerungspolitischen Ausschuh zurückverwiesen werden sollen.

Abg. Frau Mah (D. Vp.) wendet sich unter großer Anruhe der Linken gegen die 2. Entscheidung des Ausschusses, der die Vorlage eines Gesetzentwurfs zum Schutze von Mutter und Kind verlangt. Bei der Abstimmung wird nur die Entscheidung des Ausschusses angenommen, die die Vorlage einer Denkschrift fordert. Die

Vorlage eines Gesetzentwurfs wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt.

Ueber Bahnbauten in den Ostgebieten legt der Ausschuh für Ostpreußen einen Antrag vor, der die Regierung ersucht, auf die Reichsbahn Einschuß zu nehmen, damit diese an den Bau der Bahnlinien herantrete, die durch die neue Grenzziehung im Osten erforderlich geworden sind.

Abg. Schulz, Königsberg (Soz.)

weist auf die außerordentlich schlechten Eisenbahnverbindungen in Ostpreußen hin. Durch die Grenzziehung sind ganz unhaltbare Verhältnisse geschaffen worden. Es gibt noch Ortschaften, deren Einwohner 35 Kilometer bis zum nächsten Bahnhof laufen müssen. Auch in der Ausgestaltung des Tarifweins müßte mehr als bisher auf die besonderen Verhältnisse Ostpreußens Rücksicht genommen werden.

Der Antrag des Ausschusses wird hierauf einstimmig angenommen.

Die Beratungen werden abgebrochen. Bei der Festlegung der Tagesordnung für die Sitzung am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, entsteht wiederum eine längere Geschäftsordnungsdebatte, und zwar aus Anlaß des von den Rechtsparteien beantragten Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Grundschulze. Der Präsident Wöber hat nur die dritte Beratung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten auf die Tagesordnung gestellt und will eben die Sitzung schließen, als der Abg. Runkel (D. Vp.) verlangt, daß auch die Vorlage zur Grundschulze morgen beraten werde.

Abg. Dittmann (Soz.) erhebt dagegen Widerspruch. Im Ausschuh herrschte Uebereinstimmung darüber, daß während der Pausen des Reichstags Sitzungen der Ausschüsse nicht stattfinden sollten, wenn nicht ganz besonders dringende Fälle vorlägen. Trotzdem hatte der Abg. Wumm eine Sitzung seines Ausschusses einberufen und gegen den Widerspruch der Minderheit die Beratung des Gesetzentwurfs durchgeführt. Sollte die 2. Beratung heute beschließen werden, so werden wir gegen die sofortige Vornahme der 3. Beratung Einspruch erheben.

Abg. Geißler (Soz.) weist darauf hin, daß sogar die Regierung im Ausschuh darum gebeten habe, diese Frage jetzt nicht zur Verhandlung zu bringen. Es sei bereits eine entsprechende Vorlage in Vorbereitung. Trotzdem hat es Herr Wumm durchgesetzt, daß gegen den Beschluß des Ausschusses diese Vorlage erledigt werden soll.

Abg. Wöber (Dem.) schließt sich dem Widerspruch an. Abg. Rheinländer (Zentr.) erklärt für das Zentrum, daß es die Beratung der Vorlage wünsche.

Präsident Wöber stellt fest, daß im Ausschuh Uebereinstimmung darüber geherrscht habe, daß nur über solche Fragen verhandelt werden sollte, über die zwischen den Parteien kein Streit herrsche. Wenn Widerspruch gegen die sofortige Beratung der dritten Vorlage erhoben werde, so könne sie morgen nicht vorgenommen werden.

Die Abstimmung ist zuerst zweifelhaft, das Haus muß ausgesetzt werden. Mit 181 gegen 100 Stimmen wird beschlossen, die zweite Beratung des Gesetzentwurfs am Mittwoch vorzunehmen.

Arbeitsfragen im Landtage.

Sitzung vom 25. Januar 1927.

Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion hatte der Landtag am 16. Dezember 1926 die Regierung beauftragt, den Bezirksfürsorgeverbänden, Städten und Gemeinden 10 Millionen Mark zur Gewährung einer Winterbeihilfe an die Klein-, Sozial- und Kriegserntner, die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger und besonders bedürftige Erwerbslose zur Verfügung zu stellen. Schon damals hatte der Finanzminister Dr. Dehne erklärt, daß der angeforderte Betrag von 10 Millionen Mark nicht vorhanden ist und die Regierung daher schlichterbindig zur Durchführung des Beschlusses außerstande sei. Tatsächlich hat die Regierung auf diesen Landtagsbeschlusse geistert, sie hat lediglich 1 Million Mark den Bezirksverbänden zu genanntem Zweck zur Verfügung gestellt und erlucht in einer Vorlage, die dem Landtage vorlag, um Einstellung einer entsprechenden Summe in den Haushaltsplan. Die Vorlage stellt also

eine große Verletzung des Landtagsbeschlusses dar.

Abg. Dr. Schminde (Komm.) erklärte mit Recht, die Tatsache, daß die Regierung nicht einmal eine Begründung der Vorlage für nötig halte, beweise, wie gering die Regierung die Volkswirtschaftler einschätze. Mit der Vorlage solle den darbenenden Massen etwas vorgebottelt werden. Er fragte, ob die KPD und die Aufwertungspartei noch zu dem Landtagsbeschlusse stehen.

Finanzminister Weber: Die Vorlage sei vom geschäftsführenden Ministerium eingebracht und deshalb nicht von ihm zu vertreten. Die Vorlage sei schriftlich begründet. Weiteres werde die Regierung im Ausschuh mitteilen.

Abg. Müller (Wirtsch. Vag.): Der Finanzminister hat sich die Sache außerordentlich leicht gemacht. (Sehr richtig bei den Soz.) Nach seinen Ausführungen steht das neue Kabinett Helld gegen das alte Kabinett Helld. Die Vorlage beweist, daß

die neue Regierung Helld in sozialen Fragen genau so unaufrichtig eingeschaltet ist wie die alte.

Dabei sollen die 10 Millionen Mark nicht mehr bedeuten als die Einberung der fraktionellen Not. Die sachliche Regierung verweist, um sich ihren Verpflichtungen zu entziehen, auf die Winterbeihilfe des Reiches. Der Landtag soll sogar mit falschen Zahlen über die unzulässige Einstellung der Regierung hinweggetäuscht werden. (Zuruf Dr. Dehne: Ein Fehler des Seglers!) Die Reichsaktion hat sich als völlig unzulänglich erwiesen, nicht bloß deshalb, weil eine Reihe von Hilfsbedürftigen überhaupt keine Berücksichtigung gefunden hat, sondern weil auch sonst diese Unterstellungen in ihrer Höhe total ungenügend sind. Deshalb hätte es selbstverständlich sein müssen, in Sachen, wo die Not besonders groß ist, die Unzulänglichkeit der Reichsaktion mit der Durchführung des Landtagsbeschlusses wenigstens einigermassen zu begegnen. Wenn ja, so bedeutet es hier den Bankrott, wenn man eine Forderung 10 Prozent zur Verfügung stellen will. Die Stellungnahme der sachlichen Regierung ist verfassungswidrig, denn die Sache, die nach der Vorlage in Frage kommt, sind menschliche Würde. Zu der Not kommt noch die Verhöhnung schilmscher Art.

Einen Anfall der Aufwertler können wir nicht erwarten, es sei denn, daß sie wegen ihrer Zugehörigkeit zur Regierung zu allem fähig sind. Wenn die Regierung in dieser Weise fortfährt, werden wir zusammen mit den Organisationen dieser Opfer die entsprechenden Maßnahmen ergreifen. Der Landtagsbeschlusse muß aufrechterhalten und die Regierungsvorlage abgelehnt werden, weil sie nicht den Interessen der Bevölkerung und auch nicht dem Landtagsbeschlusse entspricht. (Beifall bei den Soz.)

Der Volksparteiler Dr. Gelfert sprach von Agitationen und beantragte Ausschuhberatung. Dr. Dunschu (Wirtsch. Vag.) erklärte, man dürfe nur Ausgaben bewilligen, die dringend notwendig seien.

Der Kommunist Dr. Schminde nannte die Aufwertler feige Verräter, weil sie Schwiegen, weiter behauptete er, nach berühmter Muster, die Sozialdemokratie stehe nur mit Worten zu diesen Dingen; er plädierte für Landtagsauslösung.

Abg. Mah (Komm.): Die Angriffe des Vorredners auf die Volkswirtschaftler sind Schminde für die Zeitungen. (Beifall.) Auf diese Schamlosigkeiten fallen wir nicht herein. Die Schuld an dem Scheitern liegt an der Entgegnung der Gelfertler. (Lachen.) Gleichwohl werden wir die Vorlage ablehnen, weil sie nicht im entferntesten dem Landtagsbeschlusse entspricht.

Die Vorlage wurde darauf dem Haushaltsausschuh A 106 Weiterberatung überweisen.

Dann lag ein Antrag Arzt u. Gen. (Soz.) vor auf

Einfügung eines Untersuchungsausschusses von 15 Mitgliedern zur Untersuchung der Verhältnisse in den sächsischen Strafanstalten, Heil- und Pflegeanstalten sowie Fürsorgeerziehungsanstalten.

Abg. Neu (Soz.) führte begründend aus, daß es sich um eine Fortsetzung des alten Untersuchungsausschusses handeln solle, dessen Arbeiten fortgesetzt und beendet werden müßten. Eine ständige Kontrolle der Anstalten erscheine notwendig. Es gäbe Mißstände im Strafvolkzuge, die beseitigt werden müßten. Wenn es richtig sein sollte, daß die Mitglieder des Gefängnisdirektoren unterstellt werden, so würde sich das mit dem Gedanken eines modernen Strafvolkzuges nicht vertragen.

Der Deutschnationale Berg bezeichnet einen solchen Untersuchungsausschuh als einen überflüssigen Apparat. (Zurufe links.)

Dann folgte eine Rede des Kommunisten Grewert, der zahlreiche Fälle eines veralteten Strafvolkzuges zur Sprache brachte und sich über Mißhandlungen von Gefangenen, namentlich im Justizhaus Waldheim, beklagte. Die wahre Hölle von Waldheim sei die Feil- und Pflegenanstalt. Im sächsischen Strafvollzug sei die Lage der Straflinge eine bessere gewesen als in den sächsischen Strafanstalten.

Justizminister Wünger erwiderte, das Justizministerium habe einen solchen Untersuchungsausschuh nicht zu scheuen. Bei den Arbeiten des früheren Ausschusses sei so gut wie nichts herausgekommen. Die Beschwerden beruhten auf Angaben von Wucherer, die bis mit der Wahrheit nicht genau nehmen, zum Teil stammen sie von Verbrechern, und so komme ein ganz schiefes Bild zustande. Der Minister wandte sich dann gegen die Mißhandlungen der kommunistischen Presse, die darin bestehen, daß über gewisse Vorkommnisse berichtet und dabei der Ansehens erweckt wird, als ob die Dinge erst jetzt geschehen seien, während sie bereits seit 1918 zurückliegen. Zur Freiführung der Leser wurde die Jahreszahl 1918 durch 1925-26 ersetzt.

Die Unterstellung der Fürsorge unter die Anstaltsdirektoren sei gerechtfertigt, weil die bisherige Aufsicht durch die Oberstaatsanwälte in Wegfall gekommen sei. In den rein fürsorglichen Maßnahmen werde dadurch nichts geändert. Eine fortwährende Verbesserung des Strafvolkzuges sei gewiß notwendig, immerhin könne gesagt werden, daß die Behandlung in den sächsischen Gefängnisanstalten eine humane ist. Es geschähe alles, um die Gefangenen körperlich gesund zu erhalten, sie innerlich zu heben und ihnen ihr weiteres Fortkommen zu ermöglichen. Auf straffe Disziplin könne freilich nicht verzichtet werden.

Innenminister Dr. Dehne protestierte dagegen, daß die Kommunisten auf Angaben von Gelfertler die Ehre von Beamten in den Schmutz ziehen und erklärte, er wünsche sogar einen Untersuchungsausschuh, damit endlich einmal die gänzlich falsche Darstellung dieser Angriffe vor aller Öffentlichkeit festgestellt werde. (Anrufe d. b. Komm.)

Die Kommunisten können fortfahren und führen damit auch den nächsten Redner: ihren Genossen Dr. Schminde, der sie schlichterherber erlucht, daß einmal den Schnabel zu halten. (Große Heiterkeit.)

Damit hat sich die Aussprache erledigt. — Der Ausschuh wird in einer der nächsten Sitzungen gewählt werden.

Ein weiterer Antrag Krz und Genossen (Soz.) forderte die Einsetzung eines Sonderausschusses für Besoldungs- und Beamtenfragen.

Hg. Menke (Soz.) erinnerte daran, daß auch im alten Landtage ein solcher Ausschuss bestanden hat, der sehr umfangreiche und wichtige Arbeiten zu leisten hatte. Der Antrag wurde in sofortiger Schlußberatung angenommen.

Arbeiterfragen.

Ein Antrag Voigt (D. Ep.) strebte die Vornahme von einzelnen Kapiteln des Staatshaushaltsplanes 1927 durch deren Verabschiedung staatliche Aufträge zur Hebung des Arbeitsmarktes erteilt werden können.

Finanzminister Weber bemerkte, der Haushaltsplan werde schon Ende dieser Woche dem Landtag zugehen, so daß dann das Haus selbst bestimmen könne, welche Kapitel zuerst verabschiedet werden sollen.

Hg. Graupe (Soz.): Wir sind mit der schnellen Erledigung der einzelnen Kapitel, sobald der Etat von der Regierung in den nächsten Tagen vorgelegt wird, einverstanden. Herr Voigt hat sich heute lebhaft darüber beklagt, daß der Arbeitsmarkt auch in Sachen solche unerfreuliche Erscheinungen gezeigt hat. Das ist verwunderlich, weil seine eigene Fraktion 1926 die damals gestellten Anträge der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt hat. Wir haben damals beantragt, daß die Regierung 30 Millionen Mark für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen sollte, um eine bessere Belegung des Baumarktes herbeizuführen. Heute ist fast die Hälfte der Bauarbeiter in Sachsen arbeitslos.

Damit stellen wir ein völliges Versagen der damaligen Regierungsziele fest. (Sehr richtig! links.) Auch die Klagen über die große Zahl von Arbeitslosen und Angestellten ist ein Widerspruch, denn gerade die Industrie und die Banken haben zahlreiche Angestellte auf die Straße geworfen.

Der Antrag Voigt wurde dem zuständigen Ausschuss überwiesen.

Die Erwerbslosigkeit im Malergewerbe.

Ein Antrag Böttcher (Komm.) ersuchte die Regierung,

1. die Landbauämter anzuweisen, die in allen staatlichen Gebäuden notwendigen Malerarbeiten sofort vorzunehmen; 2. die Arbeiten in eigener Regie vorzunehmen oder nur an solche Firmen zu vergeben, die sich verpflichten, unter Einhaltung der tariflichen Bestimmungen Gehilfen von den Arbeitern zu beschaffen; 3. die Malerarbeiten nicht mehr — wie bisher — nur in der Ferienzeit vorzunehmen, sondern auf das ganze Jahr zu verteilen; 4. alle Innenarbeiten in den Wintermonaten vornehmen zu lassen, um eine Überarbeit im Sommer und eine erhöhte Erwerbslosigkeit im Winter zu vermeiden; 5. die Gemeinden beauftragen anzuweisen, bei Vornahme von Malerarbeiten ebenso zu verfahren.

Ein Regierungsvertreter erklärte, die Erwerbslosigkeit im sächsischen Malergewerbe sei zweifellos sehr groß, doch werde das Malergewerbe von der Arbeitslosigkeit nicht wesentlich härter getroffen als das übrige Baugewerbe. Die Regierung sei gleichwohl bereit, im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Mittel durch beschleunigte Ausführung von Malerarbeiten in Staatsgebäuden das Malergewerbe zu unterstützen.

Hg. Graupe (Soz.): Wir haben es auf Grund einer Eingabe der Maler vom 10. Januar allerdings für notwendig gehalten, sofort bei der Regierung vorstellig zu werden, daß gleich im Sinne dieser Anträge eine Entscheidung gefällt wird. Der Regierungsvertreter hat jetzt ausgeführt, daß bereits die Regierung entsprechende Anweisungen auf beschleunigte Durchführung der Malerarbeiten erlassen hat. Insofern ist ein Teil der Anträge erledigt zu betrachten. Das übrige werden wir im Ausschuss noch näher besprechen.

Der Antrag Böttcher ging darauf an den Haushaltsausschuss B.

Die Lohnklasseneinstufung der Bergarbeiter.

Nach einer Verordnung des Reichs-Knappschaftsvereins vom 14. Juli 1926 ist bei der Berechnung des Arbeitsverdienstes entsprechend den Bestimmungen für die Inaktiven und Angestellten der wirtliche Arbeitsverdienst einschließlich aller Nebenbezüge und Sozialzuschläge zu berücksichtigen. Bei den Bergarbeitern kommt hier Deputatslohn und -holz in Frage. Da für den Monat Juli 1926 ein Durchschnittslohn von 6,09 Mk. für die sächsische Knappschaft errechnet ist, zugleich 31 Hg. Deputat, ergibt sich ein Gesamtarbeitsverdienst von 6,40 Mk. Auf Grund dieses Arbeitsverdienstes gehört die sächsische Knappschaft in die fünfte Lohnklasse gemäß § 32 des Reichs-Knappschaftsgesetzes.

Der Ausschuss hat unter Vorsitz des Regierungsvertreters Dr. Weigel die Einstufung in die vierte Lohnklasse vorgenommen.

Ein Antrag Böttcher (Komm.) will das Finanzministerium beauftragen, diese ungeschickliche Einstufung aufzuheben und die sächsische Knappschaft in die fünfte Lohnklasse einzureihen.

Ein Regierungsvertreter bat um Ablehnung des Antrages, da es sich um eine Angelegenheit des Reiches handle. Die sächsische Regierung sei jedenfalls nicht in der Lage, die Entscheidung des Ausschusses abzuändern.

Hg. Herrmann (Soz.): Die Entscheidung des Ausschusses in der Sitzung vom 17. September 1926, die durch die entscheidende Stimme des Oberbergamtsrats Dr. Weigel zustande kam, entspricht nicht den Bestimmungen des Reichs-Knappschaftsgesetzes. Denn nicht der verbindende Nettolohn, sondern der Bruttolohn (einschließlich Versicherungsbeiträge, Lohnsteuer und Deputat) muß der Errechnung des Arbeitsverdienstes zugrunde gelegt werden. Es muß alles versucht werden, um den Bergarbeitern die ihnen geschuldeten fünfte Lohnklasse zu verschaffen. (Weißt b. d. Soz.)

Auch hier wurde Ausschussberatung beschlossen.

Die Abbaumassnahmen der Reichsbahngesellschaft.

Endlich wurde die sächsische Regierung durch einen kommunikativen Antrag ersucht, die Reichsbahngesellschaft aufzufordern, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, daß die Reichsbahn-A.G. die beschlossenen Abbaumassnahmen zügig durchführt.

Nach den Ausführungen des Antragstellers Siegel, der auch über die lange Arbeitszeit in den Werkstätten Klage führte, kommen im Reichsbahndirektionsbezirk Dresden etwa 500 Mann (hauptsächlich Werkstättenarbeiter) in Frage.

Oberverwaltungsrat Hünfeld erklärte, es sei richtig, daß die Hauptverwaltung der Reichsbahn einen neuerlichen Personalabbau beschlossen habe. Es lägen aber höchstens 315 Mann in Frage, die sich auf Dresden-Friedrichstadt, Leipzig-Engelsdorf und Chemnitz-Hilbersdorf verteilen. Aus wirtschaftlichen Gründen werde sich eine Einschränkung des Werkstättenbetriebes nicht ganz vermeiden lassen. Das sächsische Wirtschaftsministerium würde bedauern, wenn nicht durch eine Streckung der Arbeiten wenigstens die Entlassung der langgedienten Arbeiter vermieden werden würde. Es solle noch einmal verhandelt werden.

Hg. Stagnoth (Soz.) hält es für unglücklich, daß in einer Zeit größten Notstandes in Sachsen die Hauptverwaltung zu weiteren Entlassungen schreiten will. Weshalb werde gerade Sachsen als Objekt ausgewählt? In Baden hat sich der Staatspräsident ganz energisch gegen die Entlassung von Eisenbahnern gewandt. Der Abbau ist nicht notwendig. Sämtliche Meister erklärten, daß sie nicht genügend Personal haben. Das beweise ja auch die gesunkene Betriebssicherheit und die Unaufertheit zahlreicher Eisenbahnwagen. Die Eisenbahn sagt, es mangelt an Meistern. Warum schränkt man da aber die Ausgaben für den kostspieligen Personalabbau ein? Der wahre Grund des Personalabbaues ist: Man will nach und nach den ganzen Betrieb der Privatwirtschaft ausliefern.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) In Chemnitz werden 106 Personen abgebaut, eine ganz modern eingerichtete Betriebsabteilung (Metall-

werkerei) soll ganz beseitigt werden, angeblich wegen Unrentabilität. Das ist aber gar nicht der Fall, im Gegenteil, das Werk ist noch sehr entwicklungsfähig. Der Knalleffekt ist der: die Arbeiter müssen von Privatunternehmern gemacht werden und das ist eine Schädigung der eigenen Interessen, denn gewisse Arbeiten müssen um 100 Proz. teurer bezahlt werden, als wenn sie in eigener Regie ausgeführt werden. Der Eisenbahnerverband hat in seiner Denkschrift die Verkürzung der Arbeitszeit vorgeschlagen, damit der Abbau nicht durchgeführt werden muß. Der Reichsarbeitsminister hat schon lange gefordert, daß die Überstundenarbeit eingeschränkt wird. Bei der Reichsbahn besteht aber noch die neunstündige Arbeitszeit und sogar die 60-Stunden-Woche. Im Interesse der Arbeitslosen wollen sich die Eisenbahner sogar mit einer Kurzarbeit von fünf Tagen einverstanden erklären. Es ist also notwendig, daß die Regierung ihren Einfluß bei der Hauptverwaltung der Reichsbahn geltend macht, daß die Politik der Reichsbahn mal eine andere wird, damit eine neue Belastung der Gemeinden und auch des sächsischen Staates vermieden wird.

Darauf wurde der Antrag Böttcher dem Haushaltsausschuss B überwiesen.

Nächste Sitzung Dienstag, 1. Februar.

Sächsische Angelegenheiten

Sexualität und Strafvollzug.

Uns wie geschrieben:

Der Untersuchungsausschuss des sächsischen Landtages über die Zustände im Gefängniswesen wird gut tun, insbesondere seine Aufmerksamkeit auf ein Problem zu lenken, das zu den schwierigsten gehört — nicht, weil die betreffende Frage an sich so schwer zu beantworten wäre, sondern, weil die allgemeine Heuschrecke in allen erotisch-sexuellen Fragen eine offene Bepflanzung der Frage selbst und ihrer denkbaren Lösungen sehr erschwert.

Der Gefangene ist selbstverständlich auch im Gefängnis ein Mensch, dessen Organismus in allen seinen Teilen weiterfunktioniert, auch mit seinen Geschlechtsdrüsen. Die meisten kriminellen Menschen, Männer wie Frauen, befinden sich im kräftigsten Alter, wo die sexuellen Strebungen am stärksten austreten. Es ist völlig selbstverständlich, daß sie in der schwersten Weise unter dem völligen Mangel an sexueller Abspannung und jeder erotischen Zärtlichkeit zu leiden haben. Das gilt insbesondere für die vielen Tausende von Verurteilten, die ja gewöhnlich einen periodischen sexuellen Austausch pflegen. Die Internierung auf Monate, vielleicht auf Jahre reicht sie nicht nur aus tief eingewurzelt Gewohnheiten heraus, sondern zwingt sie zu einer sexuellen Abstinenz, der weder ihr Sekretionsorganismus, noch ihr Nervensystem gewachsen ist. Entweder wird dann in sehr großem Umfange und in einer bei der Gefängnisernährung besonders gefährlichen Weise Selbstbefriedigung getrieben oder die Gefangenen pervertieren und lehren als Homosexuelle in die Freiheit zurück oder aber die wirklich durchgeführte Abstinenz unterwirft den gesamten Organismus.

Es milt geradezu lindlich an, was demgegenüber in den Anstalten geschieht. Sogar ins Essen! Das wird natürlich abgestrichen. Aber es geschieht doch. Man vernähme nur die Gefängnisbeamten einmal unter Eid, wozu ja der Untersuchungsausschuss befugt ist. Noch lächerlicher ist es, wenn aus allen Büchern, den Zeitschriften, ja selbst aus den Tageszeitungen alles herausgeschnitten oder überlebt wird, woran sich die erotische Phantasie klammern könnte. Harmlose Reklamabilder aus der Leipziger Illustrierten Zeitung, der man doch kaum Zügellosigkeit vorwerfen kann, werden herausgeschnitten. In einem Roman wird eine Stelle sorgfältig durchstrichen, in der davon die Rede ist, daß ein Mädchen ein uneheliches Kind hat. In einer Dresdner Tageszeitung wird ein hübsch gezeichnetes, in keiner Weise unanständiges Reklamobildchen überlebt. Mit solchen Mitteln glaubt man den mächtigsten aller menschlichen Triebe Herr werden zu können. Es ist dann natürlich kein Wunder, daß die Gefangenen in ihren Tagesbuchauszeichnungen, in ihren Malereien und Versen, mit denen sie Tisch und Stuhl, Wand und Buch betreiben, sich geradezu austoben. Man lese einmal das Werk von Hans Pringhorn: Die Bilderei der Gefangenen (bei Axel Juncker in Berlin). Dem Gefangenen ist es ja beinahe eine Erlösung, wenn er durch eine solche Zeichnung sein Bedürfnis nach Liebe und Zärtlichkeit irgendwie ausfüllen lassen kann, wenn er aus Brotzeug freien kann, womit sich seine Seele beschäftigt. Man hört das Brausen des Blutes und den Schlag des Herzens aus diesen „Auskunften“. Und doch sind das nur längliche Ergrübelungen und eines Tages bricht der jahrelang unterdrückte Trieb in der elementarsten Weise durch. Kehrt der Gefangene eines Tages in die Freiheit zurück, so kommt sein sexuelle Triebleben, verflümmert, verborsten, irregelmäßig, in geradezu explosiver Form zum Durchbruch. Im Jahre 1912 wurde die deutsche Deutschnationalen durch den „Fall Speckner“ auf diese Vorgänge aufmerksam: Speckner beging nach Verbüßung einer vierjährigen Zuchthausstrafe unmittelbar nach seiner Entlassung einen geradezu furchterlichen Lustmord. Die erzwungene geschlechtliche Abstinenz hatte nach dem ärztlichen Gutachten eine solche Nervenerregung zur Folge gehabt, daß eine völlige Hemmungslösung des sexuellen Triebes eingetreten war. Sehr viele überleben diese innere Krise überhaupt nicht. Sehr viele verschwinden auf lange Zeit, zum Teil für den Rest ihres Lebens in ein Irrenhaus. Der Heidelberger Medizinalrat Dr. Lumpy hat in den Blättern für Gefängnisstrafe im vorigen Jahre das Ergebnis einer Untersuchung über die Schicksale von 50 langfristigen Zuchthäusern veröffentlicht: sechs davon waren schließlich unheilbar gekretannt, einer war schwebend, einer war verblödet. Das sind zusammen 16 Prozent. Sondern die begehren Selbstmord. Man wird nicht schrecken, wenn man diese sexuellen Verwilderungen des Strafvollzuges in erster Linie auf die erzwungene sexuelle Abstinenz zurückführt.

Man denke aber nicht nur an den Gefangenen. Tausende von Gefangenen sind verheiratet. Nicht nur sie, auch ihre Ehepartner werden durch die Internierung des einen Gatten im Gefängnis zu einer langfristigen sexuellen Abstinenz gezwungen, die den Betroffenen, gleichviel ob Mann oder Frau, in schwere sittliche Konflikte stürzt. Viele Ehen, in denen die beiden Partner sich vielleicht viele Jahre die Treue gehalten haben, zum mindesten in guter Kameradschaft zusammengeliebt hatten, sind infolge dieser erzwungenen Abstinenz des zurechtweisenden Gatten zerbrochen. Kehrt der Gefangene dann eines Tages in die Freiheit zurück, so ist er vielleicht des letzten Haltes beraubt, den er bei dem Neuaufbau seines Lebens vorzufinden hoffte. Ein Verlust, der für manchen schwerer wiegt, als die Zerstörung seiner wirtschaftlichen Existenz und seines gesellschaftlichen Rufes!

Es wäre zweckmäßig, wenn der Untersuchungsausschuss in dieser Beziehung folgendes unternehme: Es müßten die Anstaltsärzte, die Gefängnisfürsorgern, vielleicht auch einzelne Gefangene, die nach ihrem Alter zu einem selbständigen Urteil über diese Fragen fähig sind, eingehend darüber vernommen werden, welche Beobachtungen über die Wirkungen des Strafvollzuges auf das Sexualleben gemacht worden sind, ob und inwieweit sexuelle und funktionelle Störungen beim Gefangenen eingetreten sind, und schließlich, welche Maßnahmen bisher demgegenüber von den Anstalten ergriffen worden sind oder für die Zukunft zweckmäßig erscheinen. Weiterhin muß ganz allgemein die Frage erörtert und geklärt werden, ob nicht Gefangene, bei denen anzunehmen ist, daß sie nicht stüchtig werden, in gewissen Zwischenräumen nach Hause beurlaubt werden können, damit sie nicht zu einer völlig anomalen sexuellen Abstinenz gezwungen werden. Diese Beurlaubung würde zudem eine Beförderung für gute Führung darstellen, durch welche der Gedanke eines progressiven Strafvollzuges außerordentlich gefördert und bereichert würde. Die Justizverwaltung müßte durch einen bindenden Landtagsbeschluss dann veranlaßt werden, entsprechende Beurlaubungen entweder selbst zu bewilligen, oder durch die Anstaltsdirektionen bewilligen zu lassen.

Daran, wie sich die Parteien und wie sich insbesondere das Justizministerium selbst zu dieser Frage stellen werden, wird sich ergeben, wer liberal, sozial und menschlich denkt, wer nur von „Strafvollzugsreformen“ schwärmt.

Rüß als Vizehalter der Deutschnationalen?

Der noch derzeitige Reichsinnenminister Dr. Rüß, der Geburtsheiler des Schmutz- und Schundgehees, soll nach einer Meldung der R. N. N. nach der Neubildung der Reichsregierung an Stelle des Herrn Dehne das sächsische Innenministerium übernehmen. Bekanntlich haben die Deutschnationalen bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung in Sachsen Anspruch auf das Innenministerium erhoben, an dem sie auch heute noch festhalten und den sie bei der vereinbarten Regierungsbildung im Juni sicher wieder geltend machen werden. Herr Rüß will also Dr. Dehne die Vizehalterrolle für die Deutschnationalen abnehmen und hofft wohl, für seine reaktionäre Politik als Reichsinnenminister in Sachsen bei den kommenden Verhandlungen über die Umbildung der Regierung den Dank von deutschnationaler Seite zu erhalten.

25 Millionen Defizit im neuen Haushaltsplan.

Nach der sächsischen Staatszeitung hat das Bürgerrechtskabinett beschlossen, den Entwurf des ordentlichen und des außerordentlichen Haushaltsplanes für 1927 sowie das Haushaltsgesetz für 1927 dem Landtage zugehen zu lassen. Nach Pressemeldungen soll der ordentliche Haushaltsplan mit einem Defizit von 25 Millionen Mark abschließen. Der Fehlbetrag im vorherigen Staatshaushalt in Höhe von 27 Millionen Mark soll durch eine Anleihe gedeckt werden.

Die kapitalistenfreundliche Finanz- und Steuerpolitik des Herrn Reinhold und der Koalitionsregierung kommt dem sächsischen Volke teuer zu stehen. Der finanzpolitische Kurs des jetzigen Kabinetts aber wird sich den besitzlosen Volksschichten noch drückender fühlbar machen.

Die Bautätigkeit im Monat November 1926.

Im Freistaat Sachsen sind nach den Mitteilungen des sächsischen Statistischen Landesamtes im Monat November 606 Baugenehmigungen für Neubauten mit Wohnungen erteilt worden, und zwar in den Regierungsbezirken Bautzen 90, Chemnitz 89, Dresden 102, Leipzig 143 und Zwickau 82. Diese 606 Neubauten, von denen 592 auf neuer Baustelle errichtet werden, sollen insgesamt 1766 Wohnungen enthalten. Außerdem wurden 75 Baugenehmigungen für Ums-, An- und Aufbauten mit insgesamt 129 Wohnungen erteilt, von denen 1 Not- und Behelfsbauten mit 1 Wohnung sein werden.

Ausgeführt und baupolizeilich abgenommen wurden 501 Neubauten mit 1306 Wohnungen. Unter den Bauten befanden sich 289 mit einem und 122 mit zwei Wohnungseinheiten, und unter den Wohnungen 48 mit zwei, 439 mit drei, 556 mit vier und 183 mit fünf Wohnräumen. 485 Neubauten waren Wohnhäuser, von denen 250 nur eine Wohnung, 84 zwei Wohnungen enthielten, also Ein- bzw. Zweifamilienhäuser waren. Weiterhin befanden sich unter den abgenommenen Neubauten 186 gemeinnütziger Art. Durch 92 Umbauten wurden 131 Wohnungen gewonnen, darunter 2 durch Not- und Behelfsbau. Ferner waren 2 Umbauten abgenommen, durch die nur Wohnungsabgänge (2) erfolgten.

An Gebäudedeckungen waren im November 17 Häuser mit 74 Wohnungen zu verzeichnen. Die Berichtsjahre erbrachte insgesamt einen Zuwachs von 1433 Wohnungen (Monat November 1925: 1125); davon entfielen auf die Städte: Chemnitz 87, Dresden 341, Bautzen 70 und Zwickau 29, während für Leipzig ein Verlust von 28 Wohnungen zu verzeichnen ist.

Die Entwicklung der gesamten Bautätigkeit im Jahre 1926 zeigt die nachstehende Uebersicht, die sowohl die Neubauten als auch die Umbauten umfaßt und der die Ergebnisse des Vorjahres vorangestellt sind.

Jahr, Monat	Erteilte Baugenehmigungen	mit Wohnungen	abgenommene Bauten	mit Wohnungen	Neuzugang an Wohnungen (abzüglich)
im Jahre 1925	5921	13980	4377	9522	8983
im 1. Viertel, 1926	912	2137	1182	2747	2684
im 2. Viertel, 1926	1806	4711	1063	2484	2392
im 3. Viertel, 1926	1911	5203	1272	3646	3526
im Monat Okt. 1926	748	2007	590	1588	1532
im „ Nov. 1926	681	1891	583	1551	1453

Die Betriebsstilllegungen in den ersten 9 Monaten 1926.

In den Monaten Januar bis Ende September 1926 sind im Sachsen 2370 Betriebsstilllegungsanzeigen erfolgt, von denen in 535 Fällen die Stilllegungsverordnung keine Anwendung fand. In den übrigen 1835 Fällen wurden die Maßnahmen

- a) 107 mal voll,
- b) 1106 mal nur teilweise,
- c) 582 mal nicht

durchgeführt.

In den in Frage kommenden Betrieben waren zur Zeit der Anzeigen beschäftigt:

414 742 Arbeiter und 59 065 Angestellte, von denen 80 100 Arbeiter und 3 023 Angestellte, zusammen 83 123 Beschäftigte, auf Grund der Anzeigen entlassen wurden.

Chemnitz. Ueberfahren und getötet wurde am Montag

mittags auf dem Bahnhof Mittelwittgensdorf ein etwa 40 Jahre alter Mann. Als er die Gleise überschreiten wollte, wurde er von dem aus Limbach kommenden Zug ergriffen. Der Bedauernswerte ist verheiratet und Vater von fünf Kindern.

Plauen. Ein Gefangener entwichen.

Der 26 Jahre alte Kupferschmied Ludwig Drudil aus Platten (Tschochlowitz) ist in der vergangenen Nacht aus dem hiesigen Krankenhaus, in das er am 8. September von der Gefangenenanstalt eingeliefert worden war, entflohen. Es handelt sich um einen oft vorbestraften Einbrecher.

Zittau. Eisenbahnattentat durch Jugendliche.

Kurz hinter der Station Georghaus legten in einer der letzten Nächte fünf junge Burschen einen Bahnhemmblock auf die Schienen, wahrscheinlich, um den Morgenzug zur Entgleisung zu bringen. Glücklicherweise wurde das Hindernis rechtzeitig bemerkt. Da dieser Zug immer stark von Arbeitern besetzt ist, konnte ein unübersehbares Unglück die Folge der jugendlichen Blödsinn sein. Die jungen Leute sind sämtlich ermittelt und der Behörde zugeführt worden.

Senftenberg. Skelettfund.

Waldbarbeiter fanden in einer Fichtenplantation des Ifsfortes in der Gemarkung der Sorze, bei Senftenberg ein menschliches Skelett. Es lag unter einem Baume und Beinhaken lagen verstreut umher. Röhre oder Hunde lästern die Knochen verschleppt zu haben. Ob Mord oder Selbstmord vorliegt, läßt sich nicht feststellen. Best steht nur, daß in den letzten Jahren in der Umgebung niemand vermißt ist. Es scheint sich also um einen Fremden zu handeln.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte: Heute: Kalbsbrust gebacken, mit Gemüse 1.20 — Schlachtfest — Morgen: Thüringer Bratklaps mit Kartoffelmus 75 — Spießrücken mit Kompott 1.40

Aus der Umgebung

b. v. Döhl-Mattkeberg. Eine Frau, Hauptstraße wohnt, scheint nicht darüber orientiert zu sein, daß sie sich strafbar macht, wenn sie ohne dahingehende Ermächtigung an ihr Dienstpersonal gerichtete Briefe öffnet. Jene Dame scheint auch der Ansicht zu sein, daß ein Dienstmädchen — nur eine Diensthilfe! — den absolut undenkbarsten Vorwurf, Schmuckstücke gestohlen zu haben, und andere schwere Beleidigungen ebenso widerspruchs- und wehrlos hinnehmen muß, wie die im Hause üblichen Behandlungsmethoden überhaupt. Diese Ansicht aber ist irrtümlich, zwischen Diensthilfen und Hundstößen besteht (vorläufig wenigstens), immer noch ein juristischer Unterschied. Und wir können es unter Umständen sehr wohl für angezeigt halten, Herrschaften, die diesen geringfügigen Unterschied noch nicht begriffen haben, gerichtlicherseits darauf hinweisen zu lassen.

1. Engelsdorf, Gemeindevorordnetenversammlung. Gleich die erste Sitzung der neugewählten Gemeindevorordneten brachte für alle diejenigen, die glaubten und hofften, die Vertreter der SPD. würden an Stelle ihrer bisherigen Unigen- und Phrasenpolitik eine ehrliche Arbeiterpolitik betreiben, eine große Enttäuschung. Die kommunalistische Gemeindevorordneten-Fraktion hatte durch Handzettel tags zuvor eine große öffentliche Einwohnerversammlung einberufen, um, wie sie schrieb, „unter dem Druck dieser Versammlung die SPD. von ihrer verräterischen Handlungsweise“ abzubringen. Den 30 in dieser Versammlung erschienenen legte man eine Resolution vor, in der der SPD. das Mißtrauen ausgesprochen wurde und die den Aufruf zur Gemeindevorordnetenversammlung geben sollte und auch gab. Worin bestand nun eigentlich die verräterische Handlungsweise der SPD.? Sie wollte daselbst tun, dem die Kommunisten in Holzhausen, Zweinaundorf und vielen anderen Orten zustimmten, was aber noch lange nicht dem gleich, das die Kommunisten in Mölkau machten, wo sie nämlich einen ausgesprochenen Reaktionär zum Gemeindevorordnetenvorsteher wählten. Besonders interessant ist die Feststellung, die unsere Genossen in der Sitzung machten, nach der die Funktionäre der kommunalistischen Partei am Orte beschlossen haben, den Bürgermeister Winkler als Gemeindevorordnetenvorsteher zu wählen. Die kommunalistischen Gemeindevorordneten pfeifen aber auf die Beschlüsse ihrer Partei. Diese Feststellung ist in dieser Sitzung nicht widerlegt worden, trotzdem mehrere kommunistische Vertreter nach dieser Festlegung das Wort zu längeren Ausführungen nahmen. Geplant kann man sein, was nun die kommunistische Partei gegen die Widerständigen unternimmt. Trotz all dieser Wahrheiten blieben die SPD.-Vertreter die gemeinsten Verräter. Zum Verlauf der Sitzung sei noch das folgende gesagt: Die schon erwähnte Resolution wird zur Kenntnis genommen und zur Tagesordnung übergegangen. Zur Wahl des Gemeindevorordnetenvorstehers schlägt die SPD. den Bürgermeister Winkler vor, was auch gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen wurde. Das Ergebnis der Gemeindevorordnetenwahl wurde einstimmig richtiggesprochen. Zur Wahl der 3 Stellvertreter des Gemeindevorordnetenvorstehers beantragte die SPD. die Reihenfolge nach der Stärke der Fraktionen vorzunehmen, die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft ist dabei als drei Fraktionen zu betrachten, da feststeht, daß 2 Listen zur Wahl aus einer Quelle gespeist worden sind und dies für uns nur Stimmentang ist, den wir nicht unterstügen. Gegen die Stimmen der Bürgerlichen wurde der Antrag angenommen. Somit sind gewählt: 1. Wiedemann (SPD.), 2. Rabe (KPD.), 3. Günther (bürgerlich). Der Antrag der SPD., bei Besetzung der Stellvertreter die Bürgerlichen auszuschalten und die Gemeindevorordnetenversammlung dahingehend abzuändern, was dadurch abgelehnt. Zur Wahl der 3 Bürgermeisterstellvertreter beantragte die

SPD. dieselbe Reihenfolge, der Beschluß zeigte daselbst ein Bild wie vorher. Als gewählt gelten: 1. Wiedemann (SPD.), 2. Weber (KPD.), 3. Gitter (bürgerlich). Die Wahlen zu den Ausschüssen ergaben folgende: Finanzausschuß: Wiedemann, Otto, Peil (SPD.), Weber (KPD.), Günther, Gitter, Winter (bürgerlich). Bauausschuß: Müller, Koppich, Handke (SPD.), Rothe (KPD.), Jäger, Aue, Kersten (bürgerlich). Schulbezirksvorstand: Menzel (SPD.), Rabe (KPD.), Winter, Jäger (bürgerlich). Schulausschuß: Menzel, Müller (SPD.), Rabe (KPD.), Baum, Arnold (bürgerlich). Elternvertreter: Genossin Niederberger (SPD.), Hahn (bürgerlich). Sparfassen-Ausschuß: Marix, Handke (SPD.), Wagner (KPD.), Gitter, Baum (bürgerlich). Wasserwerks-Ausschuß: Wiedemann, Koppich (SPD.), Wagner (KPD.), Günther (bürgerlich). Stellvertreter: Otto, Handke (SPD.), Thier (KPD.), Winter (bürgerlich). Zum Schulbezirksvorstand und Wasserwerks-Ausschuß hatten SPD. und KPD. Listenverbunden. — Beschlossen wurde die Übernahme der Kosten für die Ausschachtungsarbeiten bei Verlegung von Erdkabeln, die Vergrößerung und Einräumung des Gemeindeparkplatzes, die Verbreiterung der Lange Straße vom Gaswerk bis Schulstraße. Die den Fraktionen zugestellten Anträge der Erwerbslosen werden einstimmig, die von der SPD. hierzu noch gestellten neuen Anträge werden zum Teil gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen, zum Teil den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Man beschloß noch, daß die Gemeindevorordneten auf der Durchführung des letzteren Beschlusses bestehen bleiben.

Zwenkau, Schadenfeuer. Die hiesige Feuerwehr wurde am gestrigen Mittwoch, morgens 1 Uhr, nach dem Grundstück des Schmiedemeisters Albert Große, Bülhl, gerufen. In dem geräumig ausgebauten Dachgeschloß des massiven Gebäudes unterhält der Sohn des Grundstücksbesitzers neben seiner Wohnung eine Holzwerkstatt. In dieser Werkstatt entstand auf bisher noch nicht geklärte Weise Feuer. In kurzer Zeit brannte der Dachstuhl vollständig aus. Der übrige Teil des Gebäudes erlitt durch die zum Löschen verwandten Wassermassen erheblichen Schaden.

6. Thessa. Die erste Tagung des neugewählten Gemeindevorordneten-Kollegiums, das über eine Linksmehrheit verfügt, fand unter starker Teilnahme der Einwohnerlichkeit statt. Der Bürgermeister, der die Sitzung eröffnete, verwies auf den gedruckt vorliegenden Tätigkeitsbericht, dem wir folgendes entnehmen: Neben vielen Ausschüttungen fanden im Jahre 1926 11 Gemeindevorordnetenversammlungen statt. Die Zahl der Einwohner stieg von 2114 auf 2124. An Steuern und Abgaben gelangten u. a. zur Einhebung: Grundsteuer 7980 Mk., Arbeitsgebühren 3240 Mk., Getränkesteuer 1930 Mk., Gewerbesteuer 5252 Mk., Bergnützungsteuer 1700 Mk., Hundsteuer 2490 Mk., Grundbesitzsteuer 46 480 Mk., Mietzinssteuer 18 400 Mk. Der Gemeinde wurden u. a. überwiesen: 11 620 Mk. Einkommensteuer-Anteile, 5330 Mk. Umsatzsteuer-Anteile, 1470 Mk. Körperschaftsteuer-Anteile, 1870 Mk. aus dem Lastenausgleichsstock. Am Schluß des Jahres waren 116 Rentenempfänger und 75 Arbeitslose vorhanden. Einstimmig erklärten die Vorordneten die Wahl vom 14. November 1926 für gültig. Als Vorsteher wurde Genosse K ä g e l gewählt, die Bürgerlichen stimmten für Herrn Senfert. Nunmehr übernahm Genosse K ä g e l den Vorsitz und zeichnete in kurzen Worten die Aufgaben auf, die das Parlament, insbesondere die Arbeitermehrheit, in den nächsten Jahren im Interesse der Einwohnerlichkeit zu erfüllen habe. Zum Stellvertreter K ä g e l s wird der Kommunist Böhner gewählt, der neben dem Bürgerlichen Tammenhain auch als Bürgermeister-Stellvertreter fungiert. Die Ausschüsse werden nach der Stärke der Fraktionen besetzt, der sechste Sitz mußte ausgeglichen werden. Die Bauvorschriften des Bauungsplans D, Bau-

unternehmer Steinert, werden genehmigt. Weiter wird ein Gesuch des letzteren an die Amtshauptmannschaft weitergeleitet. Kenntnis genommen wird von einer Darlehensgewährung der Landesversicherungsanstalt in Höhe von 13 000 Mk. Ein Antrag der SPD., den Wiesenweg August-Weber-Straße zu benennen, wird dem Bauausschuß zur weiteren Beratung überwiesen. In der anschließenden nichtöffentlichen Sitzung wird die Rückgabe einer Baukaution zur Herrichtung einer Wohnung beschlossen.

Groißsch. Aufwertung der Sparguthaben. Die Sparkasse Groißsch machte am Montag, dem 24. Januar, im Anzeigenteil unseres Blattes darauf aufmerksam, daß diejenigen Spargläubiger, die sich früher einmal ihr Sparguthaben auf ein anderes Konto bei der gleichen Sparkasse haben überweisen lassen, mit dem Goldwert der ursprünglichen Einlage Berücksichtigung finden. Das gleiche gilt auch von den Gläubigern, die ihr Sparguthaben auf einem in § 3 des Aufwertungsgesetzes näher bezeichneten Weg erworben haben, z. B. bei Erwerb von Todes wegen, bei Erwerb durch Auseinandersetzung einer Erbengemeinschaft oder einer Gütergemeinschaft, bei Erwerb als Ausstattung durch Vater oder Mutter, bei Erwerb mit Rücksicht auf ein künftiges gesetzliches Erbrecht oder bei Erwerb durch Schenkung usw. usw.

Für solche überschriebene Guthaben kann der Gläubiger also Berücksichtigung mit dem ursprünglichen Goldmarkwert der Einlage beanspruchen. Da jedoch die Sparkasse von sich aus nicht festzustellen in der Lage ist, in welchen Fällen derartige Rechtsverhältnisse gegeben sind, braucht die Sparkasse Groißsch eingangs im genannten Anzeigenteil eine Bekanntmachung mit der Aufforderung, derartige Ansprüche, die auf Grund obiger Darlegungen eine Berücksichtigung mit dem ursprünglichen Goldwert zum Ziele haben, anzumelden.

Es empfiehlt sich, diese Aufforderung zu beachten, wenn der Spargläubiger die Gewähr haben will, daß das überschriebene Sparguthaben mit dem Goldwert, den es zur Zeit der ersten Einlage bei der Sparkasse hatte, Berücksichtigung findet.

Eisenburg. Ein leichtsinniger Motorradfahrer durchrasste am Montagmittag unsere Stadt und riß an der Kreuzung Lorgauer Straße und Kornmarkt das dreijährige Kind des Arbeiters Remus, Dübener Platz 2 wohnend, um. Das Kind trug glücklicherweise nur leichte Verletzungen davon. Der Motorradfahrer, der nicht einmal ein Warnungssignal gegeben hatte, kümmerte sich nicht um das Kind und fuhr weiter. Seine Maschine trug das Kennzeichen III 21 197.

Versammlungskalender

Mittwoch, den 26. Januar.

Driverein L.-Ost (SPD.), Kahlers Festhale, 1/8 Uhr.

Stellmacher, Volkshaus, 7 Uhr.

Parteilager, Volkshaus, 7 Uhr.

Transportgewerbe (Funktionäre der Branchen Spedition, Schwer- und Leichtfahrwerke und Möbeltransport), Volkshaus 1/8 Uhr.

Donnerstag, den 27. Januar.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Volkshaus 7 Uhr.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands (Funktionäre), Volkshaus, 7 Uhr.

Metallarbeiter in der Textilindustrie, Volkshaus, 7 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Betriebsräte usw.), Eißnum, Eissenstraße, 7 Uhr.

Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

Nach-erfolgt

Inventur-Aufnahme

habe ich alle

Möbel

im Preise herabgesetzt!

Nützen Sie diese Gelegenheit aus!

Einige Beispiele:

Schlafzimmer echt Eiche
Spiegelschrank 180 cm

690

Speisezimmer echt Eiche
Büfett 180 cm

780

Herrenzimmer echt Eiche
Bücherschrank 180 cm

760

Schlafzimmer, Birke poliert, komplett Mk. 1180

Lieferung innerhalb Deutschlands frei Haus — Kostenlose Aufbewahrung

Größtes Spezialhaus

Josef Hirsch

Zeitzer Straße 6 B.



Auf Grund des § 11

des Pressegesetzes ersuche ich Sie, so schreibt uns Herr Bliemchen, Bläichheim, Zückerchenstraße 12 a, „zu berichtigen, daß ich der in Ihrer Anzeige Nr. 14 erwähnte Bliemchen nicht bin.“

Sein Wille geschehe hiermit. Herr Bliemchen erinnert uns an einen wegen Beleidigung verurteilten Mann, der sich streng an das Gesetz halten wollte, damit aber gerade Schiffbruch erlitt.

Um nicht noch einmal hereinzufallen, fragte er einen Schöffen: „Darf ich zu einem Herrn niemals Ochse sagen?“... „Nein, niemals!“... „Aber zu einem Ochsen könnte ich hoher Herr sagen?“... „Ja, das könnten Sie!“... „Na, dann danke ich schön, hoher Herr!“

So kann's kommen. Deshalb wollen wir uns lieber davon abwenden und von etwas anderem plaudern: vom Gesetz der Überlieferung.

Unser Münchner Kindl, das Wahrzeichen der alten, weltbekannten Zuban-Zigarettenfabrik, steht mit Dr. Ali Nabl, unserem Tabakdokter, in dessen Laboratorium.

„Du weißt ja“, erzählt der alte Tabakdokter, „daß edle Tabake allein nicht genügen, um kostbare Zigaretten zu schaffen. Vor allem muß man die besonderen Eigenschaften jeder Sorte genau kennen.“

Mein Stamm übertrug im strengen Überlieferungsgesetz die uralten Geheimnisse in der Tabakexpertise von Geschlecht zu Geschlecht bis auf den heutigen Tag.

Meine unermüdblichen Versuche, diese uralten Rezepte den heutigen Geschmacksrichtungen anzupassen, sind mir so gut gelungen, daß sich auch die verwöhntesten Zigarrenraucher daran begeistern werden. Eine Feierstunde wird jeder Zigarrenraucher erleben.

Der Zuban-Zigarettenfabrik gehört dieser beispiellose Erfolg!

Übermorgen hören Sie mehr!
Die Geschmacksrichtungen der Raucher sind wandelbar wie die Zeiten. Wir gehen mit! Die leichten, süßig-süßen Mischungen unserer Zigaretten sind Glanzstücke der heutigen Zigaretten-Herstellung.

Drum seien Sie nicht nur Lebenskünstler, sondern werden Sie Künstler des Geschmacks!
Rauchen Sie: Lucy Doraine, die Zuban-Fünfer!

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 26. Januar.

Ein Haustyp für große Familien.

Der Dachboden als Spielfeld, Festsaal oder Werkstatt.

Von der Zeitungs-Korrespondenz des Reichsbundes der Kinderreichen erhalten wir die nachfolgende Beschreibung eines neuen Haustyps für große Familien.

Die Unterbringung kinderreicher Familien bringt die Öffentlichkeit steigendes Interesse entgegen. Nicht nur aus Mitleid für die von der Wohnungsnot besonders schwer Heimgesuchten, sondern aus wohlverstandenen eigenem Interesse haben viele Kommunen...

Dieses Haus hat eine Front von 10 Metern bei 6,30 Meter Tiefe. Es entwickelt sich nach Art des bekannten münsterländischen Bauernhauses. Als Zentralkern, in dem sich der Wohnbereich der großen Familie abspielen soll, dient eine große Wohnküche von 6x6,30 Meter.

Wesentlich ist für das Haus der große Dachboden von 10x4,30 Meter. Dieser wird mit geraden Wänden ausgebaut, einfach aber wohnlich verkleidet und soll einige Klappbetten als Reserve aufnehmen, im allgemeinen aber in ganzer Größe einen freien Raum bilden.

Das Haus würde als Holzhaus etwa 8000 Mk. insgesamt kosten mit eingebauten Schränken und Betten. Natürlich läßt es sich auch als Steinhaus bauen.

Wer braucht keine Mietzinssteuer zu zahlen?

In der Wohnungsmiete ist bekanntlich die Aufwertungssteuer, die sogenannte Mietzinssteuer (40 Prozent der Friedensmiete) enthalten, die der Hauseigentümer an die Steuerbehörde abzuliefern hat.

Von der Mietzinssteuer sind Wohnungen befreit, soweit deren Nutzungsberechtigte und die in ihnen Haushalt teilenden Personen zusammen nachweisbar ein Einkommen beziehen, das dem Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht unterliegt.

Höchstbetrag des dem Steuerabzug nicht unterliegenden Arbeitslohnes.

Table with 3 columns: Familienstand, bei wöchentlichem Entlohnung, bei monatlicher Entlohnung. Rows include Unverheiratet, Verheiratet ohne Kind, mit 1 Kind, 2 Kindern, 3 Kindern, 4 Kindern, and Verwitwet.

- 1. Für Witwer (Witwen) ohne Kinder gelten die Sätze für Unverheiratete. 2. Minderjährige Kinder im Alter von mehr als 18 Jahren, die Arbeitslohn beziehen, werden nicht gerechnet.

Wenn das Einkommen eines Haushaltes den nach obiger Tabelle maßgebenden Betrag nicht übersteigt, tritt auf Antrag Befreiung von der Mietzinssteuer ein. Die in der Tabelle aufgeführten Beträge erhöhen sich bei solchen Personen, denen bei der Einkommensteuer erhöhte Werbungskosten zugerechnet sind.

Der Befreiung beantragen will, muß sich bei der Ortssteuerbehörde (der Gemeindebehörde) einen Bordruck holen und diesen ausgefüllt dem Hauswirt übergeben. Dabei kann er gleich 40 Prozent seiner für den laufenden Monat fälligen Miete innebehalten, da die Befreiung schon mit Beginn des Kalendermonats, in dem der Antrag gestellt wird, eintritt.

Der Antrag ist jeden Monat zu erneuern. Bei dem dem Steuerabzug nicht unterliegenden Höchstbetrag ist höher; im Hinblick auf die Grenze des § 4 Abs. 2 des Gesetzes von 2800 Mk. ist jedoch der in der Tabelle eingetragene Betrag maßgebend.

Mißlungene Rechtfertigung.

Ein Schreiben des Oberbürgermeisters an den Leipziger Lehrerverein.

Der Leipziger Lehrerverein hat die unseren Lesern bekannte Entschuldigende gegen die falschen Behauptungen des Oberbürgermeisters dem Oberbürgermeister auch persönlich zugestellt.

„Auf die mir zugelandte Entschuldigende der Wochenversammlung des Leipziger Lehrervereins habe ich folgendes zu erwidern: Ich habe auf die zweite Erklärung des Herrn Bezirksschulrats Wehner in der Öffentlichkeit nichts entgegnet, nicht weil ich sie anerkannt hätte, sondern weil ich in länger als einjähriger Besprechung mit dem Herrn Bezirksschulrat sie bereits richtiggestellt hatte und mir an einer Presselehre nichts gelegen ist.

1. Daß nur 3 nichtständige wissenschaftliche Lehrer an den Leipziger Volks- und Hilfsschulen tätig sind, wie ich behauptet habe, gibt Herr Wehner zu. Er rechnet plötzlich die Fachlehrer hinzu, die mit den beständeten Leistungen im Lesen, Schreiben, Rechnen nichts zu tun haben. Er rechnet weiter Aushilfslehrer und Vertreter ein, obwohl er in seiner ersten Veröffentlichung ausdrücklich von nichtständigen Lehrern gesprochen hat, über die 6 Jahre lang von den Schulleitern die Aufsicht geführt wird.

2. Wegen der Lehrziele gebe ich zu, daß solche, mit Ausnahme für die unterste Klasse, festgelegt sind. Aber wer kontrolliert, daß sie eingehalten werden? Der Herr Bezirksschulrat hat das im vergangenen Jahre bei den fünften Klassen in einem Probejahr getan; mehr kann er beim besten Willen nicht leisten. Wie steht es mit den anderen Klassen? Da auch von Lehrseite die Minderleistungen der Schüler nicht bestritten werden, können die Lehrziele nicht erreicht sein.

3. Meine Ausführungen sind nicht darauf berechnet gewesen, den Stand der Volksschullehrer in seiner Ehre anzugreifen, sondern auf einen Mangel unserer Schulgesehbung hinzuweisen, der möglichst bald beseitigt werden muß. Durch die Wutausbrüche der Lehrer und die Entschuldigungen des Leipziger Lehrervereins werde ich mich nicht abhalten lassen, mein Ziel weiter zu verfolgen, um zu erreichen, daß das überleitete Gesetz, welches das Direktorat abschafft und seine andere Aufsicht an die Stelle setzt, baldigst geändert wird.

Der Oberbürgermeister will also absolut nicht sehen, worauf es ankommt. Er gibt zu, seine Behauptung von dem Mangel an einem Lehrziel nicht aufrechterhalten zu können, und wirft aber, um nach außen den Schein des Gerechten zu wahren die Frage nach der Kontrolle des Innehaltens auf. Damit verrät der Oberbürgermeister seine im innersten Wesen oberleitende Einstellung. Er will in seinen Kopf offenbar nicht hinein, daß Lehrer auch

ohne den Druck strenger Kontrolle ihr Bestes für Schule und Schulkinder hergeben könnten. Es heißt aber doch wohl nicht nur das Wesen der neuen Staatsordnung, sondern auch das Wesen der neuen Schulordnung völlig verkennen, wenn man den einzelnen, im öffentlichen Dienste stehenden größere Verantwortung verlangt wird, ohne ihnen das dazu notwendige Verantwortungsfeld zu überlassen. Der Oberbürgermeister hat überdies sicher nicht das geringste Recht, gegenüber der Lehrerschaft den Herkules im Auguststall spielen zu lassen. Gerade der Leipziger Lehrerverein hat sich eine ganze Reihe von Jahrzehnten hindurch bemüht, dem Schulfortschritt zu gesunden Weinen zu verhelfen. Er ist mit seiner Ehre engagiert, und die übergroße Wehrheit der Bevölkerung hat nicht die geringste Befürchtung, daß er sich seinem Streben nicht gewachsen erweisen wird. Aber wir halten es auch für seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, sich gegenüber lektionenspezifischen Vorkäufen am Neujahrs Morgen energisch zur Wehr zu setzen.

Glaubt der Herr Oberbürgermeister mit seinem Schwergeschütz von den Minderleistungen der Schüler, die auch von Lehrseite nicht bestritten werden, auch nur einen einzigen Spatz erlegen zu können? Bisher ist seit dem Kriegsende, geschweige denn seit der Schulreform in Leipzig noch nicht ein einziger Minderleistungsfall der Volksschule durchschritten. In diesen noch nicht vollendeten Klassen gehen fallen die Zeiten der größten Schulnot, die Zeiten des Kohlenmangels, des Mangels an Lehr- und Lernmaterial, selbst Schulfreie, Schreibpapier und Tinte fehlten; in diesem noch nicht vollendeten Klassen gehen die Zeiten der erschreckendsten Unterernährung der Schulkinder, die Zeiten dieser Erkrankungen der Schulkinder als Folge des Krieges und der Nachkriegsnot, und da wundert sich ein Oberbürgermeister, der all diese katastrophalen Geschehnisse an der Spitze einer der notleidenden Städte mit erlebt und mit niederzulämpfen versucht hat, daß die Lehrziele nicht erreicht sind; da steht ein Oberbürgermeister keine andere Ahnfähigkeit, als die Verschärfung der Schulaufsicht! Wahrlich, wir haben den Oberbürgermeister nicht für so hartnäckig in Schulfragen gehalten.

Die Angelegenheit wird ja auch noch das Stadtverordnetenkollegium beschäftigen, wenn die tatsächliche Antwort des Rates auf das Mißtrauensvotum der Stadtverordnetenmehrheit und auf das Verlangen nach einer schulmäßigen Korrektur an dem schulpolitischen Gestümpel des Oberbürgermeisters zur Debatte steht. Wir sind überzeugt, daß dabei der Kern der Sache noch anders herausgeholt werden wird, als es bei der ursprünglich ausgebrachten Aussprache über den Mißtrauensantrag geschehen konnte. Der Schlussatz des oberbürgermeisterlichen Antwortschreibens, der einen furchtbaren Wöstenmut gegenüber den „Wutausbrüchen der Lehrer“ mündet und versichert, sich nicht davon abhalten zu lassen, der Lehrerschaft das Direktorat wieder aufzuzwingen, bezeugt geradezu flammend, daß unser Stadtoberhaupt den Blick dafür verloren hat, wie er sich in lebenswichtigen Kulturfragen, an denen die Gesamtheit der Bevölkerung höchsten Anteil nimmt, zu verhalten hat. So mag nach seinem Herzen ein Schuldirektor einen Lehrer herunterzuputzen haben. Aber die Bevölkerung wird in solchen unqualifizierten Auslassungen noch lange nicht einen Befähigungsnachweis des Oberbürgermeisters zum Oberschuldirektor erblicken. Sie läßt sich ihr Vertrauen weder zum Wollen, noch zum Können der Leipziger Lehrerschaft untergraben. Und dieses Vertrauen wird auch bei der Regelung der Schulorganisation ein immerhin einigermaßen gewichtiger Faktor sein.

der Steuerbehörde (Ortsbehörde) kann gefragt werden, ob vierteljährliche Erneuerung genügt.

Respektvolle Ausnahmen (zum Beispiel von weniger als 40 Prozent oder Befreiung des Erlasses) sollen, weil nur vereinzelt anwendbar, hier unerwähnt bleiben.

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.

Ueber „Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung“ sprach am vorletzten Sonntag Geheimrat Prof. Dr. R. u. s. o. im Rahmen der Hygiene-Ausstellung „Der Mensch“ und „Öffentliche Gesundheitspflege der Stadt Leipzig“.

In einleitenden Worten gab der Redner eine Uebersicht über die geschichtliche Entwicklung der Wasser- und Abwasser- und Abwasserbeseitigung im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege.

Eingehend wurden die Leipziger Abwasserhältnisse besprochen, die seit geraumer Zeit Gegenstand heftiger Kritik besonders seitens behördlicher Stellen sind. Den Auffassungen dieser Seite tritt der Redner entgegen und weist auf Grund bakteriologischer und statistischer Untersuchungen nach, daß der Reinigungseffekt der hiesigen Kläranlagen, der 90 Prozent beträgt, dem der modernsten Kläranrichtungen kaum nachsteht, und daß die Kosten für eine vollständige Neugestaltung der Abwasserreinigungsanlagen, wie man sie von der Stadtverwaltung fordert, in keinem Verhältnis zu dem Nutzen stehen, den sie bringen würden.

Die Gefahren, die der Gesundheit der Bewohner durch die im Abwasser enthaltenen Krankheitskeime drohen, werden in den Leipziger Entschuldigungs- und Chloranlagen vollständig beseitigt. Die außerdem geführten Beschwerden sind fast ohne Ausnahme gegenstandslos geworden. So sind nach der Einführung einer wirksamen Chlorung die im Unterwasser früher beobachteten Schlamm-, Geruchs- und Giftbildungen nach dem Urteil der Anlieger ganz verschwunden. Schließlich sei noch erwähnt, daß die Einleitung des ungereinigten Abwassers in den Vorflut sich in einzelnen Fällen nicht vermeiden läßt, z. B. bei plötzlich auftretendem Sturzregen, die das städtische Schiffeuneh über seine Aufnahmefähigkeit hinaus belasten und zur Abflutung durch die Rotauslässe zwingen. Solche Ereignisse treten aber nur selten ein und lassen sich bei keinem einzigen Klärfahrten vermeiden; sie schaden auch nicht, da durch das Hochwasser eine Verdünnung der Abwässer bis zur Unschädlichkeit erreicht wird.

Eine Feier in neuer Form.

Ueber eine Feier des Turn- und Sportvereins Elche geht uns ein Bericht zu, der darzutun soll, daß hier der Versuch gemacht wurde, neue Formen für proletarische Feiern zu finden. Die Feier fand im großen Saale des Volkshauses statt. Man wurde, so schreibt man uns, aufmerksam gemacht durch wenige, gemalte Plakate, die in Wirtschaften und Buchhandlungen ausgehängt waren und einen Proletarier darstellten, der aus roter Locke heraus über die Köpfe der Bourgeoisie hinwegschaut. Diese besagten Köpfe waren mit Hülsen besetzt, um deren Sitz ihre Träger rührend sich bemühen und die ihnen der Sturzgeist, der aus dem roten Feuer dricht, wegzuheben droht. Die Ankündigung war kühn. Und die Feier? — hielt, was die Ankündigung versprochen. Es wurde getanzt, gesungen und gelprochen und auf ein paar Gelgen gespielt, auf einer kleinen Bühne vor verschiedenen Hintergründen. Es war kein Programm da, auf dem man hätte nachsehen können, was „gespielt“ wurde, und es war auch nicht festzustellen, welche „Künstler“ sich als Einzelsprecher oder Tänzer dem Unternehmen zur Verfügung stellten. Es sprach fortgesetzt von verdeckter Stelle aus, vermutlich von der

Galerie her, ein Mensch mit sehr harter, bewegter und ausdrucksvoller Stimme zu den Vorgängen auf der Bühne und im Saal. Er sprach vom Feuer, vom Licht, von der Flamme. Man lebte mit und schloß etwas vom Druck der furchtbaren Kette, die die Natur mit ihrer Gewalt und Wucht um den Menschen in der Urzeit legte. Man spürte etwas von der Erlösung, von der Wohltat, die das Feuer der Menschheit brachte. Die Bühne zeigte einen mächtigen Berggipfel — ein Felsmassiv, um das Licht und Dunkel webte. Scheinwerferarbeit. Eine Tänzerin mit Feuerfackel bewegt sich gemessenen Schrittes zu feierlichen Summen menschlicher Stimmen auf dümmlicher Bühne und der Sprecher führt in Zeiten, in denen der Kult der leuchtenden Flamme die Menschen erschauert ließ. Die Bühne leucht in Licht. Nordmänner, Arieren stehen beim Thing unter den Zingianen Wolans. Durch die Mitte des Saales, aus der Ferne, kommen dunkle Kattenmänner mit Kreuzen. Sie bringen das falsche Licht, das Krlicht, „Das Licht des Heils“. Die Kraft der Männer wird gebrochen, sie sinken in die Knie, werden „gekniet“ und die Dunkelmänner ziehen ein in die Hüften der Freien, nunmehr Gebundenen. Der Sprecher führt uns weiter durch die Geschichte. Die Flamme, die Wohlthaten wird zur Geißel der Menschen: Inquisition, Ketzergesetze, Hexenprozesse. Die Flamme wird zum niedlichen Spiel: Kotofo. Hier spricht das Bildnisbild. Die Zeit des „Sonnenkönigs“, Lüsterheit, Geißel, Fatalismus, Selbstentzug zum Ergötzen des Fürsten. Brutale Sinnlichkeit. Und der Sprecher führt uns weiter zu Tanz und Luft unserer, der neuen Jugend. Wandleranz, Kapellanz, Sprung durch Sonnenfeuer. (Das leider nur glühte) dann rotes Licht auf der Bühne. Großstadtdroffel, Sprecher, Bruno Schönstank, Großstadt. Der Saal ist still. Man hört die Atemzüge des Nachbars. Man steht im Banne dessen, was man hört und nicht sieht. (Der Sprecher spricht hinter der Bühne!) Sänger: „Unsterbliche Opfer“, dann, der Sprecher auf der Gerleie ist nicht mehr zu hören. Ruhe von unten aus der Tiefe nach Licht, Sonne, Freiheit. Langsam klimmt Licht am Gipfel empor, der sich vorn den Blick des Schauenden hinaufreißt. Jubelnd schließen die Sänger: „Bruder zur Sonne, zur Freiheit“. Schluß.

Sonst aus dem uns zugegangenen Bericht. Wie man sieht, ein Versuch, proletarischen Feiern nicht nur einen neuen Rahmen, sondern auch ansprechendsten Inhalt zu geben. Wie weit das gelungen ist, können wir leider aus eigenem nicht sagen. Aber auch das Erleben verdient dann Anerkennung, wenn das gesteckte Ziel nicht erreicht wurde.

Neue Strompreise.

Die Direktion der städtischen Elektrizitätswerte schreibt uns: Wir weisen ihrer besonderen Wichtigkeit halber auf die in der heutigen Nummer erscheinende amtliche Bekanntgabe der neuen Strompreise hin. Diese treten allgemein mit dem am 1. Februar d. J. beginnenden Ablesungs der Rechnungsperiode Februar-März (Rechnung VI/1926) in Kraft. Für diejenigen Verbraucher, denen monatlich Rechnung erteilt wird, erhalten sie erstmalig Wirksamkeit mit dem Februar-Verbrauche.

Im Mißverständnissen vorbeugen, machen wir bei dieser Gelegenheit ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Gebührentarife nicht automatisch, sondern lediglich auf besonderen Antrag der Abnehmer Anwendung finden. Es hat dies darin seinen Grund, daß der Abnehmer sich verpflichten muß, mindestens 1 Jahr lang die für den betreffenden Gebührentarif vorgesehene Gebühr zu zahlen.

Falls in einzelnen Fällen Unklarheit über die Anwendung oder Wirkungsweise der Tarife herrscht, wird jederzeit bereitwillig Auskunft erteilt. Solche können der Einfachheit halber am besten mündlich in unserer Verkehrsabteilung, Büch 80, 11, Zimmer 47, soweit sie auch Änderungen von Anlagen betreffen, in unserer Verkehrsabteilung, Gutzschlager Straße 14b, eingeholt werden.

Voranzeige **Schuhhaus Varnhagen**
 Reichsstraße 42-44 (gegenüber Hollenkamp)
Neu-Eröffnung Freitag vormittags 9 Uhr
 Man besichtige die Auslagen — Wir zeigen die neuesten
 Frühjahrsmodelle zu billigen Einführungspreisen

Amfliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung
**Über Errichtung einer neuen Wasser-
 meldestelle.**

Am 31. Januar 1927 wird in Leipzig-
 Probstheida, Ruffenstraße 58 bis 23a Be-
 strommeldestelle errichtet. Dieser werden
 ausgeteilt:

a) in Leipzig-Probstheida die

1. Angergrabenstraße
2. Augustinerstraße
3. Bachstraße
4. Connewitzer Straße
5. Crednerstraße
6. Curiamannstraße
7. Dölener Straße
8. Dölitzer Straße (unbebaut)
9. Gansdörfelstraße
10. Gorbiter Straße mit Heiligt Dölen
 Heiligt Dölen (Kleinmeusdorf)
 und Bormer Meusdorf
11. Gottfried-Keller-Straße
12. Gottschalkstraße
13. Hölitzstraße
14. Leudachstraße
15. Lössstraße
16. Merzstraße
17. Weichenstraße, von 11 und 40b ab,
 mit Carl Meusdorf
18. Rößlerstraße
19. Ruffenstraße
20. Seibitzstraße
21. Stifterstraße
22. Stormstraße
23. Taidnerstraße
24. Thierstraßen
25. Wilhelm-Dip-Straße
26. Wunderlichstraße.

b) in Leipzig-Stötteritz die

1. Burgundenstraße
2. Colmstraße von Nr. 54 ab
3. Lauder Straße von Nr. 73 und 68 ab
4. Raunhofer Straße von Nr. 57 ab.

c) die Heiligt Dölen Leipzig-Dölen, das
 Heiligt Dölen (Kleinmeusdorf), das
 Bormer Meusdorf und Carl Meusdorf.
 Die Meldestelle ist Montags, Mitt-
 wochs und Freitags sowie an dem ersten
 und letzten Werktag jedes Monats
 in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis
 1 Uhr nachmittags geöffnet. In den
 anderen Tagen werden die Angelegen-
 heiten im Hauptmeldeamt (Wächterstr. 5.)
 erledigt.
 Leipzig, am 25. Januar 1927.
Das Wasserversorgungsamt.

Die Grube Leopold Wittgenesellschaft
 in Götzen — Abteilung Chemische Fab-
 rik in Wöbendorf — beabsichtigt, in dem
 unter Nr. 708 der Ortsliste Nr. 1161
 des Grundbuchs für Wöbendorf ver-
 zeichneten Grundstücke

1. die drei vorhandenen Pflanzwerke
 abzubauen und an deren Stelle eine
 dritte, vier- und fünf-Deziliterblase,
 in welcher Schwefeläther verarbeitet
 werden soll, aufzustellen;
 2. zwei Destillierblasen im Freien
 aufzustellen, in denen die in den be-
 stehenden Blasen gewonnenen Rückstände
 weiter destilliert werden sollen;
 3. eine Ammoniakflüssigkeitsanlage zur Ge-
 winnung von Kohlenstoff aufzustellen.
 Gemäß § 17 der Reichsgewerbeord-
 nung wird dies mit der Auflockerung
 bekanntgemacht, etwaige Einwendungen
 hiergegen, soweit sie nicht auf Privat-
 rechtlichen beruhen, bei deren Verzicht
 binnen 14 Tagen, vom Erscheinen
 dieser Bekanntmachung anzurechnen,
 hier anzubringen.
Amts-Hauptmannschaft Leipzig,
 am 24. Januar 1927.

Die Amtshauptmannschaft mit dem
 Bezirksausschuss hat genehmigt, daß die
 Verteilung allgemeiner Berufs-
 licherungen und Anordnungen in Ge-
 meinde- und ortspolizeilichen Angelegen-
 heiten in der Gemeinde Lindenau durch
 einen Ausschuss am Grundstück Ortsteile
 Nr. 27 erfolgt.
 Leipzig, am 24. Januar 1927.
Die Amtshauptmannschaft.

Öffentliche Versteigerung!
Donnerstag, den 27. Januar 1927,
vormittags 10.30 Uhr.
 an Ort und Stelle in Leipzig-Anger,
 Wiltner Straße 18, bei Lager-
 schänke, melkbietend für Rechnung
 dessen, den es angeht.
300 Stück eingetroffene Säen
 in Vollen von 30 Stück mit Wehrnahme-
 recht; sofortige Abnahme; Zahlung bei
 Sulkas.
 Leipzig, 25. Januar 1927.
Felix C. Sternberg
 öffentlich angelegter vereidigter
 Handelsmakler,
 Pfaffenwörder Straße 56.

Die Frauenwelt

ist eine unentbehr-
 liche Leserin und
 Besitzerin jeder Ra-
 beiterfrau, b. Frauen
 des Angehörten- u.
 mittleren Beamten-
 standes. Die Frauen-
 u. jungen Mädchen,
 die sich mit Frauen-
 welt bekannt ge-
 macht die ihren
 hohen praktischen u.
 idealen Wert für sich
 erkannt hab., wollen
 sie nicht mehr in
 ihrem Hause sitzen
 und abblen zu dem
 großen neuen Ver-
 treibe, der von Ost
 zu Ost um viele
 Hunderte wächst.

Die Frauenwelt
 erscheint 14 Mal
 Jedes Heft kostet
 die dreifache
 Monatszeitung
Sonderheft ist die Frau
 ein, jedes Heft enthält
 außerdem eine
 eine dreifache, reich
 illust. Sonderbeilage
Sonderheft
 Preis pro Heft mit
 Einleitungsheft
 40 Pfennig.
 Alle Zusteller und
 Adressen der Ver-
 teiler nehmen Be-
 haltungen entgegen
**Leipziger Buch-
 druckerei A. G.**
 Tauchaer Str. 19/21
 Adl. Buchdruckerei.

Eckstein Gold
 für 4,8 eine gute Zigarette!

Der Tabak: Durch die wichtigen Neuerungen in der Karton-
 nagenherstellung — so wurde bereits gesagt — ist
 ein zulänglicher Betrag für die Tabakbeschaffung
 zur Verfügung.
 Milde soll die Zigarette sein, ohne doch darum
 fade zu schmecken — das ist der berechtigte
 Wunsch des geschulten Rauchers. Naturreine,
 edle Tabake von besonderer Leichtigkeit müssen
 deshalb reichliche Verwendung finden. Sorten
 solcher Art sind bei der Bereitung der
Eckstein Gold
 in hohem Prozentsatz herangezogen worden, denn
 wir haben gerade von diesen Tabakarten sehr
 große Mengen gekauft, die zum Teil schon ein-
 getroffen sind, zum Teil noch verladen werden.
 Die hohe Qualität der Eckstein Gold ist hierdurch
 auf lange Zeit sichergestellt.



**Daher: Raucht
 Eckstein Gold
 25 Stück zu 1 Mk.**

**Guteshalten
 Maßanzüge**
 wiewen, sehr bill.
Allmanns
 Garderobengeschäft
 Preuerstraße 9, 1
 gegenüb. Althoff

Vollzeitungs-Leser berücksichtigt unsere Inserenten!

Mit den am 1. Februar ds. J. beginnenden Ablesungen der Rechnungs-
 periode Februar/März (Rechnung VI/1926) sowie der monatlichen Rechnungs-
 erlegung, beginnend mit dem Februar-Verbrauch, treten folgende Strompreise in Kraft:

Preisjahr I.

Lichtstrom
 Der Preis für Lichtstrom beträgt all-
 gemein

a) ohne Grundgebühr:
 3/4 Einheiten = 3 Zt. 45 Pf. je
 Kilowattstunde.

Auf besonderen Antrag kann der Ab-
 nehmer Berechnung des Lichtstromes
 nach dem Preisjah
 erhalten. Der Preis für Lichtstrom setzt
 sich in diesem Falle zusammen aus einer
 monatlichen Grundgebühr und
 einem Kilowattstundenpreis.

1. Die monatliche Grundgebühr richtet
 sich nach der Größe des eingebauten
 Zählers und beträgt:

bei 1 Zähler bis zu 330 Watt = 10 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 600 Watt = 20 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 1100 Watt = 33 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 1650 Watt = 50 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 2200 Watt = 68 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 3300 Watt = 100 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 4400 Watt = 132 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 6600 Watt = 200 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 8800 Watt = 264 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 13200 Watt = 400 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 22000 Watt = 690 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 33000 Watt = 990 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 44000 Watt = 1320 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 66000 Watt = 1980 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 88000 Watt = 2640 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 110000 Watt = 3300 Einheiten

Die aus der vorstehenden Aufstellung
 sich ergebende Grundgebühr liegt für alle
 Rechnungen fest und wird nur bei not-
 wendigen Änderungen der Anlage des
 Verbrauchers, die mit einer Änderung
 der Zählergröße verbunden ist, entschei-
 den die Elektrizitätswerke.

2. Der außer der Grundgebühr für die
 abgenommenen Kilowattstunden zu be-
 zahlende Preis ist, neu festgelegt. Ob und in-
 wieweit eine Änderung der Zählergröße
 notwendig ist, entscheiden die Elektrizität-
 werke.

Preisjahr II.

Kraftstrom
 Der Preis für Kraftstrom beträgt allgemein:

bei 1 Zähler bis zu 330 Watt = 9 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 600 Watt = 18 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 1100 Watt = 29 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 1650 Watt = 42 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 2200 Watt = 54 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 3300 Watt = 79 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 4400 Watt = 102 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 6600 Watt = 148 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 8800 Watt = 191 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 13200 Watt = 276 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 22000 Watt = 443 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 33000 Watt = 639 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 44000 Watt = 819 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 66000 Watt = 1178 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 88000 Watt = 1508 Einheiten
bei 1 Zähler bis zu 110000 Watt = 1796 Einheiten

Die aus der Aufstellung sich ergebende
 Grundgebühr liegt für alle Rechnungen
 fest und wird nur bei notwendigen Än-
 derungen der Anlage des Verbrauchers,
 die mit einer Änderung der Zählergröße
 verbunden ist, neu festgelegt. Ob und in-
 wieweit eine Änderung der Zählergröße
 notwendig ist, entscheiden die Elektrizität-
 werke.

2. Der außer der Grundgebühr für die

abgenommenen Kilowattstunden zu be-
 zahlende Kilowattstundenpreis beträgt
 1/4 Einheit = 3 Zt. 12 Pf.

Der Strom, der zum Laden von Akku-
 mulatoren und zum Antriebe von Um-
 formern für Beleuchtungszwecke benutzt
 wird, wird nach dem Preisjahr I für
 Lichtzwecke berechnet.

c) für Sonderzwecke.

Zu der Zeit von 9 Uhr abends bis
 0 Uhr morgens wird auf Antrag ein
 kWh-Preis von 1/2 Einheit = 3 Zt.
 0 Pf. berechnet, insbesondere bei Ver-
 wendung des Stromes

1. zur Aufspeicherung elektrischer Arbeit
 in Akkumulatoren aller Art,
2. zur Lichtreflexion auf öffentlichen
 Straßen und Plätzen, sowie in Schau-
 fenstern, sofern die Abnahme von
 Nachtstrom im Monat 100 kWh über-
 steigt,
3. in Haushaltungen für Heiz-
 wasserapparate und Wärmespeicheröfen,
 sowie andere elektrische Haushaltsgeräte.

Für die unter 1. und 2. genannten
 Zwecke sind von der Lichtleitung ge-
 trennte Stromkreise vorzusehen.
 Bei Verwendung des Stromes in
 Haushaltungen für die unter 3. genann-
 ten Zwecke beträgt der Strompreis in
 den Tagesstunden außerhalb der Spen-
 zeit 24 Pf. = 1 1/2 Einheit (normaler
 Kraftstrompreis), innerhalb der Spen-
 zeit kommt der normale Lichtstrompreis
 zur Anwendung. Diese oben vorgezeichneten

für Gleichstrom
 u. niedergesp. Drehstrom

15 A je Kilowatt	10 A je Kilowatt monatlich für die ersten 10 kW
12 A " "	8 A " " " " " nächsten 20 kW
9 A " "	6 A " " " " " " " 30 kW
7,5 A " "	5 A " " " " " " " übrigen kW.

Es ist jedoch eine Mindestgebühr zu
 zahlen, und zwar:
 für 42 kW Leistung bei Nachtabnahme,
 für 28 kW Leistung bei Licht- und Kraft-
 abnahme durch gemischten Zähler.
 Diese Mindestgebühr kommt in For-
 fall bei Fabriken oder industriellen Be-
 trieben, deren Lichtanschluß nicht mehr
 als 10 % des installierten Anschluß-
 wertes ausmacht.
 Für Abnehmer, die den Anschluß für
Arbeitsgebühr:

für		für	
Gleichstrom und		hochgespannten	
niedergespannten Drehstrom		Drehstrom	
bis 200000 kWh 7,5 A		8,5 A	
bis 500000 kWh 6 A		5 A	
mehr als 500000 kWh 5 A		4 A	

getrennten Stromkreise dürfen in Haus-
 haltungen für Licht nicht verwendet wer-
 den.

Die Sperrzeit beginnt
 täglich um 7 Uhr abends in den Monaten
 Mai bis einschließlich August,
 täglich um 8 Uhr abends in den Monaten
 März, April, September und Oktober,
 und um 4 Uhr nachm. in den Monaten
 November bis einschließlich Februar
 und endet um 9 Uhr abends.

Die Messung dieses Stromes für die
 vorstehenden Zwecke erfolgt durch beson-
 dere Zähler mit Umschaltwerk, für die je
 Apparat die übliche Zählermiete erhoben
 wird.

Preisjahr III.

Gebührentarif
 Für Großabnehmer mit einer Ent-
 nahme von mehr als 2000 kWh im Monat.
 Dieser Preisjahr nimmt keine Rücksicht
 auf die Zeit des Verbrauches und auf
 die Verwendung des Stromes.
 Es wird erhoben:

1. eine Leistungsgebühr, die abhängig von
 der Höhe der durch Leistungsanzeiger
 festgestellten Höchstleistung. Der Lei-
 stungsanzeiger misst die durchschnittliche
 Belastung in Kilowatt während einer
 halben Stunde und verzeichnet die
 höchste dieser Messungen in jedem Mo-
 nat. Dieser so festgestellte Höchstwert
 ist für die Bestimmung der Leistungs-
 gebühr maßgebend.
 Die Gebühr beträgt:

Reservezwecke benutzen, wird auch bei
 ausschließlichem Kraftstrombezug eine
 Mindestgebühr von 21 kW erhoben.

2. eine Arbeitsgebühr von 7,5 A für jede
 entnommene Kilowattstunde Gleich-
 strom und niedergespannten Drehstrom
 und 0,5 A bei hochgespanntem Dreh-
 strom. Für Verbraucher von mehr als
 200 000 kWh im Jahr wird die Arbeits-
 gebühr nach der folgenden Staffel er-
 mäßigt:

Diese Preise beruhen auf einem Kohlen-
 preis von 55.— A für 10 t Kohlen-
 sohle einseh. der sich ergebenden Frach-
 tosten frei Elektrizitätswerk. Diese Ar-
 beitsgebühr erhöht oder ermäßigt sich um
 0,1 A bei Abnahme von Gleichstrom und
 niedergespannten Drehstrom und 0,08 A
 bei Abnahme hochgespannten Drehstromes

für jede volle Wart, um die der Kohlen-
 preis für 10 t herauf- bzw. herabgesetzt
 wird. Maßgebend für den Kohlenpreis
 sind die Notierungen der Vereinigung
 der mitteldeutschen Braunkohlenwerke
 oder einer an ihre Stelle tretende Ver-
 einigung.

Nachtstrom
 Für den in der Nacht, d. h. in der Zeit
 von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens
 entnommenen Strom werden bei einer
 monatlichen Entnahme von mindestens
 2000 Kilowattstunden in den Nachtstun-
 den auf Antrag besondere Preise verein-
 bart.

Die Einreichung der Abnehmer in die
 Preisjahre Ia und Ib (mit Grundgebühr)
 und IIe (Sonderzwecke) sowie III (Ge-
 bührentarif erfolgt, wenn die sonstigen
 Voraussetzungen gegeben sind, auf An-
 trag der Abnehmer, und zwar von der
 nächstfolgenden Rechnungsperiode ab.
 Die Einreichung gilt dann in jedem Fall
 mindestens auf 1 Jahr.
 Leipzig, am 25. Januar 1927.

Der Rat der Stadt Leipzig

**Brauchen Sie
 Beitrags-
 marken?**

**Lieferung gut, schnell
 und preiswert
 durch**
Leipziger Buchdruckerei A.-G.
 Leipzig, Tauchaer Straße 19/21
 Telefon 72200

Maskenkostüme
 für Damen und Herren
 Größte Auswahl bei billigsten Preisen
Verleihanstalt Richter
 Sept. 1923 Berlin Str. 9 Tel. 290 25

Deutschnationale Sozialreaktion.

Auftakt zum Bürgerblock.

Der Arbeitsauschuss deutschnationaler Industrieller hielt am Dienstag in Berlin eine Tagung ab, zu der, wie die TL. meldet, außer einer größeren Anzahl führender Herren der Wirtschaft auch Mitglieder der Parlamente, des Reichsrats und des preussischen Staatsrats erschienen waren. Die Tagung wurde von dem in der Öffentlichkeit genügend als Scharfmacherkapitän bekannten Beherrschter eines großen Teiles der öffentlichen Meinung, Geheimrat Hugenberg, geleitet. U. a. referierte

Dr. Kademacher,

das in Arbeitgeberkreisen berühmte Reichstagsmitglied der Deutschnationalen Volkspartei aus Borna. Der Dr. Kademacher, der als Jurist (er war bis 1920 Rechtsanwalt und Notar) nicht gerade viele Fachkenntnisse für sein direktoriales Amt bei der Oberbergdirektion Borna der Deutschen Erdöl-Kontingentsgesellschaft mitgebracht haben wird und dementsprechend auch nicht allzu viele wirkliche Kenntnisse des Wirtschaftslebens im allgemeinen und der Lage der Arbeiter im besonderen haben kann, ist Reaktionsär aus Gesinnung. Und diese Gesinnung befähigte ausgerechnet ihn, für den Bürgerblock deutschnationale Unternehmeransprüche zu formulieren und anzumelden, die den lebhaften Beifall der bei der Tagung anwesenden „Wirtschaftsführer“ gefunden haben.

Dr. Kademacher erklärte zunächst,

die Erwerbslosenfürsorge

seide grundsätzlich an der „schematischen Höhe der Unterstützungslöhe“. Die Spanne zwischen Arbeitsverdienst und Erwerbslosenunterstützung sei zu gering; außerdem finde nur eine ungenügende Prüfung der Arbeitswilligkeit der Erwerbslosen statt. Die Deutschnationalen fordern eine beratige Staffelung der Unterstützungslöhe, die das Einkommen der einzelnen Erwerbslosen unter allen Umständen soweit unter ihrem früheren Arbeitseinkommen hält, daß sie durch die nackte Not auf die Bettelstufen um einen Arbeitsplatz gezwungen werden, d. h. zu einer Arbeitswilligkeit für jeden Lohn und zu jeder Bedingung. Die Löhne können dann so niedrig sein, wie sie wollen — wenn die Unterstützung noch niedriger ist, so werden die Unternehmer trotzdem die geforderten willigen und blauen Arbeitskräfte bekommen.

Den Gewerkschaften sagte Dr. Kademacher noch, daß ihr Bestreben auf Verkürzung der Arbeitszeit lediglich auf ihr allgemeines Bedürfnis zurückzuführen sei, „Arbeiten zu stiften“. Eine Verbindung der herrschenden Arbeitslosigkeit mit den jetzt in Kraft befindlichen

Arbeitszeitregelungen

dieser nicht stattfinden. Der „Wirtschaft“ müsse grundsätzlich die Möglichkeit der Ausnutzung einer Konjunktur ohne Anpassung des Arbeiterbestandes an die Konjunkturverhältnisse gewährt werden. Natürlich versteht der Bornaer Kohlenontel darunter nur die Möglichkeit, bei gleichbleibender Belegschaft in Zeiten guter Konjunktur durch Antreibung und Ueberarbeit Mehrleistungen herauszuschinden, nicht aber auch in Zeiten schlechter Konjunktur die Beschäftigtenzahl zu halten. Das ist ja gerade die arbeitsmarktpolitische Praxis der Unternehmer in der Gegenwart, daß sie teigendwelse „Arbeitsregelungen“ zum Anlaß nehmen, durch Massenentlassungen von Arbeitenden eine industrielle Reservearmee größten Umfangs zu schaffen und daß sie diese zu einer Dauereinrichtung machen wollen, indem sie das „Recht“ erpressen, die Aufträge einer besseren Konjunktur mit gleichbleibender Zahl von Arbeitskräften zu bewältigen.

Der Dr. Kademacher erklärte zum Schluß, die Unternehmer

mühten Schulter an Schulter mit der nichtsozialistischen Arbeiterschaft „den Sozialismus überwinden“. Mit dieser Bewegung vor den Gehren wird der Kurs des Unternehmertums nochmals unterstrichen und der Sinn des Bürgerblocks für die Arbeiterschaft noch deutlicher als er bisher schon war.

Landesausschuss Sachsen des ADW.

Am 16. Januar hielt der Allgemeine Deutsche Beamtenbund in Dresden seine Sächsische Landesausschuss-Tagung ab. Die Beteiligung aus den Reihen der angeschlossenen Organisationen und seitens der Ortsauschüsse war stärker als bei den bisherigen Landesausschusstagungen.

Bundessekretär Bloens erstattete den Geschäftsbericht, aus dem hervorging, daß zwar im allgemeinen ein weoniliches Anwachsen der Mitgliederzahl im Berichtsjahr infolge der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht zu verzeichnen gewesen sei, daß man aber ein innerliches Erstarren und Vertiefen der freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung feststellen könne. Einen erfreulichen und ansehnlichen Zuwachs erhielt diese dadurch, daß der Kreis Sachsen der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer mit dem Bezirk Sachsen des Einzelverbandes der Eisenbahner Deutschlands eine Arbeitsgemeinschaft abschloß und darauf dem Landesausschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes beitrug.

Auf den Gebieten der Interessenvertretung wurden vor allem durch die „Abteilung Länderbeamte“ in anbauender jährl Arbeit alle Staatsbeamten- und Gemeindebeamtenfragen eingehend und gründlich geprüft, erörtert und zu einem großen Teil mit gutem Erfolg erledigt. Die Bildungsbestrebungen, die Fragen der Wirtschaft und Wohlfahrt, sowie alle bedeutenden kulturellen und weltpolitischen Fragen erfuhren in den dem Landesausschuss gegebenen Möglichkeiten Beachtung und Förderung.

Im Mittelpunkt der Erörterungen stand der Bericht des 1. Vorsitzenden des Landesausschusses, Erich Stein. Er beleuchtete die Mißerfolge der Beamtenpolitik auf rechtlichem und wirtschaftlichem Gebiete, die ihren Hauptgrund in der Gleichgültigkeit eines großen Teiles der Beamtenpolitik selbst fanden. Der Zusammenschluß der Beamtenpolitik zu einer einheitlichen und machtvollen Organisation sei deshalb nicht möglich gewesen, weil ein großer Teil der im Deutschen Beamtenbund maßgebenden Faktoren nicht gewillt sei, eine einheitliche Gewerkschaftspolitik zugunsten der unteren und mittleren Beamtenpolitik durchzuführen. Der Zusammenschluß des Deutschen Beamtenbundes mit dem Gesamtverband der Beamten-Gewerkschaften im Jahre 1926 habe eine Tendenz in den neuen Deutschen Beamtenbund hineingetragen, die der Auffassung von einheitlicher Gewerkschaftspolitik direkt zuwiderläuft. Der Berichterstatter ging auf die organisatorischen Fragen ein, die nun aus der jetzigen Sachlage sich ergeben, und betonte die Notwendigkeit einer starken Aktivität auf dem Gebiete der Werbung und Aufklärung.

Der 1. Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Ministerialrat a. D. Falckenberg-Berlin, nahm zu den Ausführungen beider Berichterstatter eingehend Stellung. Die sehr rege allgemeine Aussprache zeigte den einheitlichen Willen aller Teilnehmer an der Tagung, die im Interesse der Beamtenpolitik als richtig und notwendig erkannten Wege unbeirrt weiter zu beschreiten.

Die Leipziger Buchdrucker zu den Lohnverhandlungen.

Die Leipziger Buchdrucker-Gesellschaft nahm gestern abend zu den statutenmäßigen Lohnverhandlungen Stellung. In der überfüllten Versammlung kam der einstimmige Wille zum Ausdruck, sich geschlossen hinter die Maßnahmen der Organisationsleitung zu stellen. Die Erhebung eines Extrabeitrages zur Stärkung der Verbandsstärke für etwaige Kampffälle wurde einstimmig gebilligt. Da die Unternehmer bei den Verhandlungen besonders mit hohen Löhnen operierten, die nur in Schichten und Ueberstunden verbrent werden, wurde ebenfalls einstimmig eine Entschiedenheit zur schärfsten Unterbindung des Ueberstundenwesens angenommen. Der Tarifkommission, sowie der Organisationsleitung wurde einstimmig das Vertrauen für ihre bisherige Haltung bei den Lohnverhandlungen ausgesprochen. Selbst die Kommunisten stimmten für dieses

Vertrauensvotum; das ist wohl das erste Mal nach statutenmäßigen Lohnverhandlungen der Fall.

Vorher wurde noch kurz über den Gang des in der letzten Versammlung angenommenen Mißtrauensantrages gegen Schilling berichtet. Ein Antrag, Schilling in einer Mitgliederversammlung sprechen zu lassen, wurde abgelehnt.

Sind die Arbeiter Spiegbuben?

Eine eigentümliche „Versicherung“ läßt sich die Fabrik Ärglicher Instrumente C. G. Heyneemann in Leipzig von den Arbeitern abgeben, die bei ihr neu eingestellt werden. Diese „Versicherung“ hat folgenden Wortlaut:

„Hiermit versichere ich, daß ich anderweit nicht wegen Eigentumsvergehen (Diebstahl, Unterschlagung, Hehlerei und Betrug, Urkundenfälschung usw.) oder Gewalttätigkeiten entlassen oder ausgeschieden bin. Ich bin ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden, daß meine Einstellung unter dem Vorbehalte vorstehender Angaben erfolgt und daß ich meine sofortige Entlassung zu gemächtigten habe nach § 123 der Gewerbeordnung, wenn ich vorstehende Angaben bei den näheren Ermittlungen als unrichtig erweisen.“

Die Firma Heyneemann ist anscheinend der Meinung, daß man Arbeiter, die lange Zeit erwerbslos waren und nach weit verbreiteter Auffassung „trotz sein müssen, überhaupt wieder Arbeit zu finden“, allerhand zumuten kann. Tatsächlich ist diese Zumutung aber eine Unverschämtheit, die ihresgleichen sucht, weil sie jeden Arbeiter ohne weiteres verdächtigt, mein und dein nicht unterscheiden zu können. Daß dieses Verfahren außerdem allen Versuchen Hoßu spricht, selbst den in der kapitalistischen Welt „schuldbig“ Gewordenen wieder in Verhältnisse zu bringen, die einen Rückfall verhindern, sei nur nebenbei erwähnt.

Das Parlament der kaufmännischen Jugend.

In Dresden werden am 20. Februar die Vertreter der gewerkschaftlich organisierten kaufmännischen Jugend Deutschlands zu erster Beratung zusammengetreten. Seit der 2. Reichsjugendkonferenz des J. d. M. in Bielefeld 1925 ist eifrig an der Verwirklichung der Jugendarbeit des Verbandes gearbeitet worden. Kommt es doch darauf an, Mittel und Wege zu finden, um die kaufmännische Lehrlinge und jugendlichen Angestellten schon frühzeitig der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen. Die Tagesordnung der Konferenz sieht vor: einen Bericht „Stand und Entwicklung der Jugendarbeit des J. d. M.“, ein Referat „Lage der erwerbstätigen Jugend im Angebotsberuf“, Neuwahl des Reichsjugendauschusses und ein zusammenfassendes Schlußwort des Verbandsvorsitzenden Urban. Die Aussprache zu den einzelnen Punkten wird den Vertretern aus allen Landesteilen die Möglichkeit zu weitgehender Meinungsäußerung bieten. Es liegt im Interesse der kaufmännischen Jugend, wenn sie lebhaften Anteil nimmt an den Verhandlungen und Beschlüssen ihrer zuständigen gewerkschaftlichen Organisation.

Blutige Streikunruhen in Columbien.

In Barranca Bermeja in Columbien ist es nach einer Meldung der United Press zu blutigen Zusammenstößen zwischen streikenden Petrolarbeitern und Militär gekommen, in deren Verlauf 18 Streikende getötet und 25 schwer verwundet wurden. Die Streikenden haben angeblich die Verbindungen mit Bogota (der Hauptstadt) unterbrochen und sich in verschiedenen Stützpunkten verschanzt. Das Blatt El Espectador erklärt, daß der Streik unter allen Umständen gebrochen werden müsse und daß nötigenfalls die Streikenden mit Geschützfeuer vertrieben werden müßten. Die Fabrikarbeiter in Magdalena und Buenaventura sind in einen Ennepathiegefaßt getreten.

Wachtung, Leipziger Metallarbeiter!

Donnerstag, abends 7 Uhr, findet im Eisklub, Eissenstraße, eine große Funktionäerversammlung statt, welche Stellung nimmt zu dem Verhandlungsergebnis über das Arbeitszeitabkommen. Die Funktionäre müssen unbedingt erscheinen.

Wachtung, Bauarbeiter!

Die Bauzettel über das Baugeschäft Kibban G.m.b.H. ist für die Mitglieder des Bauwerkverbundes aufgehoben, da der allfällige Lohn gezahlt ist.

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk.

Von Jaroslav Hasek.

Copyright by Adolf Synek, Prag 1926.

35] „Was bin ich dir schuldig,“ fragte Schwejk Blahnik, als sie Abschied nahmen.

„Daron sprich nicht, Schwejk,“ sagte Blahnik welsch, „für einen alten Kameraden mach' ich alles, besonders wenn er beim Militär dient. Leb' wohl, Junge, und führ' ihn nie über'n Hauptplatz, daß nicht irgendein Unglück passiert. Wenn du noch einen Hund brauchst, so weißt du, wo ich wohn'.“

Schwejk streichelte den Hund und hing an ihm mit sanfter Stimme zu erzählen: „Also es war einmal ein Hund, das hieß Fog und lebte bei einem Oberst. Ein Dienstmädchen führte es spazieren und es kam ein Herr, der stahl den Fog. Fog kam zum Militär zu einem Oberleutnant und man gab ihm den Namen Max.“

„Max, gib's Pöter! Also heißt du, Rindvieh, wie wer'n gute Kameraden sein, wenn du brav und folgsam sein willst. Sonst wirst du sehn, daß der Krieg kein Sonntagessen ist.“

Max sprang von Schwejks Schoß herab und hing an manier um ihn herumzuspringen. Bis zum Abend, als der Oberleutnant aus der Kaserne zurückkehrte, waren Schwejk und Max die besten Freunde.

Während er Max betrachtete, dachte Schwejk philosophisch: „Wenn man's rund herum nimmt, is eigentlich jeder Soldat auch aus seinem Heim gestohlen.“

Der Oberleutnant war sehr angenehm überrascht, als er Max erblickte, der gleichfalls große Freude bekundete, weil er wieder einen Soldaten mit Säbel sah.

Auf die Frage, woher er sei und was er koste, tollte Schwejk dem Oberleutnant mit vollendeter Ruhe mit, er habe den Hund von einem Kameraden, der gerade eingezücht ist, zum Geschenk erhalten.

„Gut, Schwejk,“ sagte der Oberleutnant, mit Max spielend, „am ersten bekommen Sie von mir fünfzig Kronen für den Hund.“

„Das kann ich nicht annehmen, Herr Oberleutnant.“

„Schwejk,“ sagte der Oberleutnant streng, „wie Sie den Dienst angetreten haben, habe ich Ihnen erklärt, daß Sie auf's Wort gehorchen müssen. Wenn ich sage, daß Sie fünfzig Kronen bekommen, müssen Sie sie nehmen und verzehren. Was werden Sie mit diesen fünfzig Kronen machen, Schwejk?“

„Welche gehorsamst, Herr Oberleutnant, ich wer' sie beschlagnahmt verzehren.“

„Und wenn ich daran vielleicht vergessen sollte, Schwejk, so beschele ich Ihnen, mir zu melden, daß ich Ihnen fünfzig Kronen für den Hund geben soll. Versch'n Sie? Hat der Hund nicht Fische? Baden Sie ihn jedenfalls aus und kämmen Sie ihn durch.“

Morgen habe ich Dienst, aber übermorgen geh' ich mit ihm spazieren.“

Während Schwejk Max badete, schimpfte der Oberst, sein ehemaliger Besitzer, zu Hause fürchterlich und drohte, daß er denjenigen, der ihm den Hund gestohlen hatte, vors Kriegsgericht stellen, er



schließen, hängen, auf zwanzig Jahre einsperren und zerhacken lassen werde.

„Der Teufel soll den Kerl buskieren,“ erscholl es in der Wohnung des Obersten, daß die Fenster glitzerten, „mit solchen Weuschelwürdern werde ich bald fertig werden.“

Ueber Schwejk und Oberleutnant Lukaš baute sich eine Katastrophe zusammen.

11. Die Katastrophe.

Oberst Friedrich Kraus, Besitzer des Prädikats: von Illergut, nach irgendeinem Dorf in Salzburg, das seine Vorbesitzer bereits im achtzehnten Jahrhundert verlassen hatten, war ein ehrenwertes Jbiot. Wenn er etwas erzählte, pflegte er lauter selbstverständliche Dinge zu sagen, wobei er fragte, ob alle die primitivsten Ausdrücke verstanden: „Also ein Fenster, meine Herren, jawohl. Wissen Sie, was ein Fenster ist?“

Er litt an einer Erklärungsmanie, der er mit solcher Begelierung fröhnte, wie irgendein Erfinder, der von seinem Werk erzählt. „Wissen Sie, meine Herren, was Leim ist? Leim ist ein Klebemittel.“

Er war so unglaublich blass, daß die Offiziere ihm vom weiten auswichen, um nicht von ihm hören zu müssen, daß das Trottoir etwas anderes sei als die Fahrbahn und ein erhöhter gepflasterter Streifen längs der Häuserfassaden. Und daß die Fassaden der Häuser jener Teil des Gebäudes sind, den wir von der Straße oder vom Trottoir aus sehen, wovon wir uns augenblicklich überzeugen können, wenn wir die Fahrbahn betreten.

Er war bereit, diese interessante Tatsache sofort zu demonstrieren. Zum Glück wurde er jedoch überfahren. Seit dieser Zeit vertrottelte er noch mehr. Er hielt die Offiziere an und bewirkte sie in endlos lange Gespräche über Dancletten, Sonne, Thermometer, Stuten, Fenster und Postmarken.

Es war wirklich staunenswert, daß dieser Idiot verhältnismäßig schnell avancieren konnte und ungemein einflussreiche Leute hinter sich hatte, zum Beispiel einen hohen General, der ihm trotz seiner völligen militärischen Unfähigkeit die Stange hielt.

Bei den Wandern vollführte er mit seinem Regiment wahre Wunder. Niemals langte er irgendwo zur Zeit an. Er führte das Regiment in Kolonnen gegen Nachmittagswächter und vor Jahren geschah es bei den Kaisermandövern in Südböhmen, daß er mit dem Regiment ganz und gar verschwand war und bis nach Wäthen gelangte, wo er sich mit ihm noch einige Tage nachher herumtrieb, als die Mandöver bereits vorüber waren und die Soldaten wieder in den Kasernen lagen. Es wurde ihm nachgesehen.

Sein freundschaftliches Verhältnis zu einem hohen General und andern nicht weniger blöden Wäthenträgern des alten Oesterreich trug ihm verschiedene Auszeichnungen und Orden ein, durch die er sich ungewöhnlich geehrt fühlte, so daß er sich für den besten Soldaten unter der Sonne und den besten Theoretiker in der Strategie und allen andern militärischen Wissenschaften hielt.

Bei Regimentsrevisionen ließ er sich mit den Soldaten in Gespräche ein und fragte sie immer ein und dasselbe:

„Warum nennt man die beim Militär eingeführten Gewehre Mantlhergewehre?“

Beim Regiment hatte er den Spitznamen Mantlhertrottel. Er war ungewöhnlich rachsüchtig, vernichtete die ihm untergeordneten Offiziere, wenn sie ihm nicht gefielen, und wenn sie heiraten wollten, schickte er sehr schlechte Empfehlungen für ihre Gesuche nach oben.

Wenn wir seine geistigen Fähigkeiten analysieren, gelangen wir zu der Ueberzeugung, daß sie nicht besser waren als die, welche den großmäuligen Franz Joseph als notorischen Idioten berühmt gemacht haben.

(Fortsetzung folgt.)

Die fünfzehnte Novelle.

Von Franco Sacchetti

(geb. um 1330 — Todesjahr unbekannt).

Der Marachejo Ago von Esti, der wohl der Sohn des Marachejo Obizzo war, hatte eine heiratssüchtige Schwester, die — der Wahrheit die Ehre! — den Namen Madonna Alba führte. Dieser Marachejo machte sich auf die Suche nach der besseren Hälfte dieser seiner Schwester und vermählte sie dem Richter von Gallura. Der Grund zu dieser Heirat aber war, daß besagter Richter alt war und keinen Erben hatte, dem er das Seine reichlich hinterließ. Im Glauben, daß Madonna Alba oder Madonna Beatrice, wie andere sie genannt haben, — oder von ihm bekommen werde, die über das Richteramt von Gallura Herr zu werden, vernichtete er diese gern, und die Frau wußte wohl, zu welchem Ende sie der Marachejo vermählt hatte.

Es begab sich, nachdem sie geheiratet hatte, daß sie fünf Jahre mit ihm zusammenlebte, ohne ein Kind zu bekommen, und als besagter Richter von Gallura starb, schickte die Frau als Witwe ins Haus des Marachejo zurück, wobei ihr jedoch weder der Marachejo entgegenkam, noch irgend jemandes Gesicht erschien, nicht anders als hätte sich der Todesfall gar nie ereignet. Selbstige Frau kam aber in dem Glauben, dem Marachejo herzlich willkommen zu sein, und da sie das Gegenteil gewahrt ward und sich darob verwunderte, suchte sie wiederholt den Marachejo in seinen Gemächern auf, um sich nach Gebühre bei ihm zu beklagen, welcher aber, ohne eine Miene zu verziehen, sich abwandte.

Dies währte mehrere Tage, bis die junge Frau, da sie den Grund für des Marachejo Gebaren und für seine Unbill zu erfahren begehrte, eines Tages ihn an ihn herantrat und fragte: „Könnte ich wissen, mein Bruder, warum du mir so viel Zorn und Widerwillen entgegenbringst, der unglücklichen Witwe, und lieber möcht ich Waile sagen, da ich, wenn du von mir läßt, keine andere Zuflucht habe.“

„Und ich feindselig zu ihr wendend, antwortete er: „O, kennst du die Ursache nicht, um derentwillen ich dich dem Richter von Gallura vermählte? Wie, schämst du dich nicht, fünf Jahre seine Ehefrau gewesen zu sein und ohne ein einziges Kind mir ins Haus zurückzukehren?“

„Kann ich die Frau, die ihn verstanden hatte, ihn austreden, und antwortete: „Mein Bruder, sprich nicht weiter, damit ich dich verzeihe! Ich schwöre dir bei Gott, daß ich, um deinen Willen zu erfüllen, weder Diener noch Knecht, noch Koch, noch anderswie mitzugehen ließ, mit dem ich es nicht verjücht hätte; aber wenn Gott es nicht gewollt hat, ich kann es darum nicht ändern.“

Darob freute sich der Marachejo so, wie jeder andere sich gefreut hätte, welcher seine Schwester schwer beschuldigt hatte und sie so dann ungeschuldig fand; und alsobald unarmte er sie zärtlich und liebte und schätzte sie mehr denn je. Er verheiratete sie dann mit einem Messer Marco Visconti, dem sie eine Tochter gebar.

Einige werden sagen, und ich glaube es sogar, daß diese Frau klug und feuch war; aber da sie die Absicht des Bruders durchschaute, wollte sie ihm darin, wonach ihn gelüstete, zufriedenerstellen mit ihren Worten und in seine Liebe zurückkehren. Solchermaßen beschrieb ich man diejenigen, welche nur auf den Vorteil bedacht sind und nicht auf die Ehre; und diese Frau sah es ein und gab ihm von der Spelle, die er wollte, indem sie ihn mit etwas zufriedensetzte, womit sich wenige geträufelt hätten.

(Aus dem sizilianischen Übertragen von Thea Reimann.)

Die Tragödie der Sadlermiut.

Von Christian Leden.

Der bekannte norwegische Nordpolforscher Christian Leden berichtet in seinem Buch: „Ueber Kimiting Eisfelder“, dessen deutsche Ausgabe (siehe bei J. A. Brodhagen, Leipzig, erscheint, über das Rätsel des Untergangs der Sadlermiuteskimos, eines Stammes, der noch bis vor wenigen Jahrzehnten auf der Southhampton-Insel lebte und dessen Verschwinden nie ganz aufgeklärt werden konnte.

Ich bin sehr darauf erpicht, über den Grund nach der Southhampton-Insel zu kommen (die Eskimos nennen sie „Sadler“). Hier lebten sie vor kurzem, die Sadlermiut-Eskimos, ein ganz merkwürdiger Stamm, dessen Kultur in vieler Hinsicht anders zu sein scheint als die der Eskimos auf dem kanadischen Festland. Der ganze Stamm der Sadlermiut ist jetzt ausgestorben bis auf eine Frau, die in den Stamm der Eivillit eingekleidet hat. Sie scheint im Alter von vierzig Jahren zu stehen. Sehr lang kann es auch nicht her sein, daß die Sadlermiut zugrunde gingen. Auf welche Weise sich das traurige Ende des Stammes abgespielt hat, darüber herrschen geteilte Ansichten. Einige meinen, die Sadlermiut seien durch eine ansteckende, pestartige Krankheit ausgerottet worden, die von einer Walfischfänger-Expedition bei ihnen eingeschleppt worden sein soll. Andere behaupten, sie seien einfach Hungers gestorben, nachdem sie binnen kurzer Zeit ihren ganzen Vorrat an Nahrung mit Hilfe der Schießwaffen vertrieben hätten, die von Walfischfängern bei ihnen eingeführt worden waren. Diese letzte Anschauung halten die Eivillit-Eskimos für richtig, und sie mühten sich, die Eskimos, die von ansteckenden Krankheiten nichts wissen und nicht an sie glauben, geneigt sind, den traurigen Vorgang mit dem Grunde zu erklären, der ihrem Verständnis am nächsten liegt: und das ist die Hungersnot. Aber gerade gegen diese Annahme spricht die Überzeugung, daß der Stamm doch wohl in der Lage gewesen wäre, sich durch Seehundfang, Eisbärjagd, Lachserei wenigstens notdürftig zu ernähren, selbst wenn die Rentiere mit Hilfe der eingeführten Feuerwaffen ganz ausgerottet worden sein sollten. Mehrere Klüfte auf der Insel sind reich an Lachsen.

Eine ganze Reihe von Umständen spricht dafür, daß der Stamm einer ansteckenden Krankheit zum Opfer gefallen ist. Unter die Bemennung einer Walfischfängerhute schließt sich leicht allerlei Gerücht ein, und man pflegt bei der Feuer für eine solche Feiert den Leuten nicht gar zu sehr auf den Zahn zu fühlen. Oft werden sie „geschlagend“ und gegen ihren Willen zur Feuer gepreßt; eine ärztliche Untersuchung der Mannschaft findet in den meisten Fällen nicht statt. Es kann also sehr wohl sein, daß mancher Gefangener für so ein Walfischfängerschiff angeworben wird. Bekanntlich gehen die Eskimos in der Ausübung der Gattungschaft so weit, daß sie sogar ihre Frauen und Töchter dem Fremden anbieten; untereinander töuschen sie vielfach die Frauen aus. Zieht man das in Betracht, so kann man sich vorstellen, wie leicht ein ganzer Stamm in kürzester Zeit durch eine Geschlechtskrankheit verheert werden kann.

Doch ist es immerhin möglich, daß die Eivillit mit ihrer Vermutung recht haben. Dann hätte man sich den Vorgang etwa so vorzustellen: Die Sadlermiut haben von den Walfischfängern neuzeitliche Schießwaffen bekommen, haben durch den Gebrauch ihre überlieferten Jagdmethoden verlernt und wurden auf diese Weise ganz von den Walfischfängern und deren Waffen- und Munitionslieferungen abhängig. Nachdem dann die Fremden den Walfisch nahezu ausgerottet hatten, kamen sie nicht mehr in diese Gewässer, und die armen Sadlermiut fanden völlig hilflos da, außerstande, sich selber ihre Nahrung zu schaffen. Der Gebrauch der Seehund-

harpune, des Vogelspießes, der Lachsabel und andere Jagdwerkzeuge war unter dem Einfluß der Weihen und durch Einfuhr europäischer Hilfsmittel verdrängt worden und in Vergessenheit geraten. Das Ende vom Lied war Not und Elend. Mit dem Hunger und der einseitigen Ernährung stellte sich dann der verheerende Storbub ein.

Die gutmütigen, arglosen Sadlermiut-Eskimos nahmen natürlich die weißen Menschen mit offenen Armen auf und waren für all das Neue und Seltsame empfänglich, das die Fremden mitbrachten. Von dem glücklichen Volk, das einst sein Leben zu meistern verstand, legen heute nur noch Ruinen Zeugnis ab: Verfallene Hütten aus Erde und Steinen, Küchenabfälle und Skelette. Wann werden wir Weißen endlich begreifen lernen, welche Schuld wir uns aufbürden, wenn wir während in die alten Lebensgewohnheiten von Naturvölkern eingreifen, und so das Gleichmaß ihres Daseins durch schicksalsschwere Erschütterungen gefährden.

Noch eine andere Möglichkeit wäre denkbar: Die Religion der Eskimos verbietet an sich Ehen zwischen nahen Verwandten; da der kleine Stamm aber ganz abgegrenzt und ohne eigentliche Nachbarn auf seiner Insel lebte, könnte es wohl sein, daß eine Entartung durch Inzucht im Spiel ist. In diesem Fall wäre es erklärlich, daß die Sadlermiut unter der rücksichtslosen Ausbeutung der Weißen stärker litten und schneller unter ihr zusammenbrachen als andere, gesündere Stämme.

Die Insel Southampton liegt ziemlich abgeschieden von der Umwelt. Das Eis zwischen ihr und dem Festland ist infolge starker Strömung und ungünstiger Witterungsverhältnisse manchmal den ganzen Winter hindurch unwegsam. Selbst wenn das Eis im Februar oder März eine anscheinend tragfähige Brücke zwischen der Insel und dem Festland bildet, ist die Ueberfahrt mit Hundeschlitten noch ein Wagnis. Das Eis kann auf diesem breiten Meeresarm jeden Augenblick aufbrechen; und erreicht man wirklich mit heller Haut die Küste des Festlandes, so weiß man doch nicht, ob man vor Ablauf eines Jahres auch wieder zurückgelangen kann.

Im Sommer treibt soviel Eis in der Straße von Roes Welcome, daß es beinahe unmöglich ist, sie mit dem Boot zu überqueren; wartet man, bis im Herbst das Eis kein Hindernis mehr bildet, so gerät man mit großer Wahrscheinlichkeit in so heftige und andauernde Stürme, daß es nur mit einem sehr guten und sehr tüchtigen Segelboot rasam ist, die Ueberfahrt zu wagen.

Es gehörte für den Sadlermiut-Eskimo viel Mut und Glück dazu, sich eine Frau vom Festland zu holen. Dabei war es ja auch gar nicht sicher, ob ein Mädchen der Zivilisierte Lust hatte, einem Sadlermiut als Weib nach der einsamen Insel zu folgen.

Die Brautfahrt hätte dann im Winter mit dem Hundeschlitten heimgeführt werden müssen. Im Sommer mit Frau und Kind in einem primitiven Boot über die Straße von Roes Welcome zu fahren, wäre beinahe ein Ding der Unmöglichkeit gewesen.

Immerhin wagen die Eivillit-Eskimos dann und wann eine Bootfahrt nach der Southamptoninsel; aber sie sind auch die kühnsten und tüchtigsten Seefahrer unter den kanadischen Eskimos und dürfen für eins den Walfischfängern dankbar sein: durch sie sind sie zu großen seefestem Holzbooten, den sogenannten Walfischbooten, gekommen.

Die Delung der menschlichen Stimme.

Schon im Altertum war man sich darüber klar, daß es einen Zusammenhang zwischen Stimme und Sexualität geben müsse; dennoch ist es erst den Forschungen des Lepthier Stimmphysiologen Meissel (1922) und, in jüngster Zeit, den Beobachtungen des Leipziger Kunstgängermeisters Friedrich Leopold gelungen, die für die Gesangsart so wichtige Bedeutung dieses Zusammenhangs aufzuklären. Es wird nachgewiesen, daß es das Agens der menschlichen Singstimme das „Hormon“ benannte Produkt der in sekretorischen Drüsen, nämlich der Schilddrüse, Hypophysis usw. zu betrachten sei. Denkt man sich nun die Stimmorgane von diesem Gesichtspunkt aus als Teile einer Musik- und Nervenzentrale, so geben, wie Professor Kasselet (Duz in Böhmen) die Ergebnisse dieser Untersuchungen erklärt, die Nerven den Antrieb, die Nahrungsmittel die Heizung und die Hormone die Delung dieser Maschine. Und wie eine Maschine bei mangelhafter Delung knarrt, so erscheint auch die Tonproduktion bei dürftiger Hormonzufuhr mißvoll und dem Ohre keineswegs angenehm. Ein ganz anderes Bild gibt der menschliche Stimmapparat bei reichlichem Hormonzufuß. Alle technischen Schwierigkeiten erscheinen wie durch ein Wunder aufgehoben, statt jedoch aus irgendwelchem Grund der Hormonzufuß, so sind die auf physiologischer Ursache beruhenden technischen Hindernisse plötzlich wieder vorhanden, und auch die reifste Kunst ist nicht imstande, sie zu beseitigen. Schon wie Meissel, so führt auch Leopold gewisse Stimmänderungen auf unvollkommene Mutation während des Wachstums bis zur Pubertät zurück. Die sogenannten Stimmkräfte, die jede auf halber Entwicklungsstufe stehende Stimme durchzumachen hat, um zur echten Sängerstimme zu gelangen, sind demnach zum großen Teil nachgehaltene Mutationen.

Die Hauptanregung für eine gesunde Drüsenfunktion gibt der nervensympathicus, deshalb wird als oberstes Gesetz für den Sänger gefordert: innere Freude, innere Bewingtheit, denn nur so, wenn der Sänger „in Stimmung“ ist, sendet der „Sympathicus“, der Sympathicus, seine Signale nach den in sekretorischen Drüsen und feuert diese zu geregelter oder erhöhter Tätigkeit an. Denn diese Drüsenstoffe werden dem Blute sofort beigemengt und lösen dann diese beschwingte Wirkung, diesen Zustand von Verücktheit aus, der des Sängers höchsten Lohn ausmacht. Es muß indes auch erwähnt werden, daß längere intensive Gehtnichtigkeit die Ergiebigkeit der in sekretorischen Drüsen vermindert; daher mag es wohl auch kommen, daß jene Sänger, die sich, oft ganz ohne jeden geistigen Untergrund, allein auf ihr Gefühl verlassen, es häufig weiter bringen als die Intellektuellen, die glauben, mit dem Verstand ihre gelangensfähigste Lebensarbeit verrichten zu können.

Seh, hoch! seid ihr immer in der Luft?

Schwarzes Volk.

Im Operntheater triumphiert eine Negertruppe in einer Revue, genannt „Black People“, d. h. Schwarzes Volk. Zwar ist die Revue-Handlung matt. Tut nichts, man muß das Ganze als bunten Bilderbogen nehmen, in schreienden Farben, oft erschütternd geschmacklos im Kostüm. Das macht gerade Spaß. Zwar ist die Musik der Jazzbands nicht erstklassig. Ein Teil der Schuld liegt daran, daß im Orchester ein Flügel fehlte. Das jämmerlich dünne Klavier drang nicht durch. (Zwei verrückt gewordene Konzertflügel geben die ideale Klanggrundlage für eine wahrnehmbare, also gute Jazzband.) Zwar sind die Chormädchen öfters lässig und lahm, weil nicht nur ihnen, sondern dem ganzen Unternehmen ein energischer Regisseur fehlt, der die prächtige Gesellschaft erzogerte und leitete und noch viel inniger quälendes Vergnügen mit ihr bereiten könnte. Aber was bleibt, erkräftigt in Ueberfülle das Herz und elektrifiziert mit Hochspannung die Glieder.

Zwei Stunden lang wirbelt die tolle Herde, in immer wechselnden Kostümen — vom Smoking bis zur Tropenmode! —, auf langen schlanken Beinen über die ätzende Bühne: kohlraben-schwarze Nigger, braune Mulatten, helle Kreolen — Grausamer von hohem Rang, fixe Jongleure, Schlangenmenschen, Partier-

akrobaten, bruststarke Tenöre, höchsten Reides würdige Tänzer. Ihr Tanz ist etwas ganz anderes als der unläuglich hier bewunderte der Spanierin Argentina. Während diese die Elemente des Volkstanzes mit höchster Kultur feigerte und Musik bis in die letzte Faser auflöste, geben jene den primitiven Schritten die Steigerung durch Verquickung mit Glibbertunskünsten, durch gewaltige Kraft und Ausdauer, rasende Schnelligkeit.

Die Musik ist nur motorischer Erreger. Leitmotiv: Je wilder desto besser. Ein Steptanz ohne Musik: Offenbarung hinreichender Vitalität und Präzision. Die Hochzeitsfeier wird gekrönt, als der Negerpajator mit zu steppen beginnt: o weiser und gerechter Pfaffen! Unter den vier Solotänzern sind vier Neger, die Unglaubliches leisten. Manchmal scheint es, als kämen sie überhaupt nicht aus der Luft auf die harte Erde herab. Und dann wieder lösen sich die Sohlen gar nicht vom Boden, aber sie gleiten rasch vorwärts, mit verwechselten Beinen und verdrehten Knien. Ein schlantes schmales Walfischblutmäddchen schwebt nur dahin, alles gelöst — das Leben ein Tanz. Und dann ist da, als kostbares Exemplar: Maud de Forest. „Seht kommt die Freche wieder.“ hört' ich eine dumme Bute sagen, sie wäre halb vor Reib geplagt. Maud, die Braut, hält, auf der Bühne, keinen Augenblick still. Sie tummelt in einem rollenden Bauchtanz mit familiär-sentimentalem Schlusßhändchen, sie raft durchs Publikum, rund, kräftig, immer strahlend, ein Akkumulator an Fröhlichkeit. Mit Augen zum Wegknippen, das Schwarze darin wie Erbsen-Hochglanz, das Weiße wie Kalkflora-Zahnpasta. Mund bis zu den Ohren, Gesicht herausgebrüht, helter gebrüllt zwar, aber unverbraucht wie die ganze Bande. Schenswer!

Manche Schreiber mit fester Reigung zum Snobismus verachten den Schwerpunkt solcher Sensationen und reden von Kulturmission usw. Nein, Kultur usw. empfängt man nicht in der Negerrevue, wohl aber Amüsement, lustvolle Varieténummern. Was ergötzt, ist das, was uns fehlt: die Frische, die Wildheit, die Hemmungslosigkeit, das Talent zum Töben. Das Geheimnis dieser Klasse läßt sich nicht erlernen. Doch es entsetzt zu sehen, zieh' ich mir, beispielsweise, maßstabhalter einer Wiener Operette und einer Wagneroper vor.

Kleine Chronik.

Eine Ausstellung „Europäisches Kunstgewerbe 1927“, die das Leipziger Kunstgewerbe-Museum in einem Teil des im Neubau begriffenen neuen Grafik-Museums an der Johannisstraße vom 6. März bis 15. August d. J. veranstaltet, vereinigt — seit mehr als zwei Jahrzehnten zum ersten Male wieder in Deutschland — eine Auswahl moderner deutscher Wertarbeiten des Gewerbes und der Industrie mit hervorragenden Leistungen des Auslandes. — Organisationen wie die „Design and Industries Association“ in England, die „Niederländische Kamer van Koophandel voor Duitschland“, der Werkbund in der Tschechoslowakei, das Österreichische Museum für Kunst und Industrie in Wien oder zu dem Zwecke gebildete Sachverständigenausschüsse in Frankreich, Italien, Dänemark und Belgien bringen sorgfältig ausgewählte Beispiele neuerartiger Arbeiten des Kunsthandwerkes und der Kunstindustrie zur Ausstellung. — Der Vergleich unserer in langer Abgeschlossenheit vom Ausland entstandenen Arbeiten mit den auf verwandte künstlerische und praktische Ziele gerichteten Leistungen des Auslandes ist in hohem Grade wertvoll. Mit Ausnahme der Buchkunst — die in der im Juni beginnenden Internationalen Buchkunst-Ausstellung im Museum der Bildenden Künste gezeigt werden wird — und des Möbils, für das der zur Zeit verfügbare Raum nicht ausreicht, berücksichtigt die Ausstellung „Europäisches Kunstgewerbe 1927“ alle Gewerbe der Gewerbestufe. Für die Raumausstattung hat das Reich erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt; sie ist Professor Bruno Paul übertragen. Auch das Ausland hat seine namhaftesten Raumstilisten mit künstlerischen Ausstattungen der Leipziger Kunstgewerbekunst beauftragt.

Eine Ausstellung schwedischer Buchkunst wird im letzten Drittel des April in Leipzig unter Teilnahme aller namhaften Verleger, Buchhändler und Fachvereinigungen Schwedens stattfinden und soll drei Wochen dauern. Die schwedische Papierzeugung, Druck- und Illustrationstechnik und Einbandkunst steht auf besonders hohem Niveau. Man rechnet mit einer Ausdehnung der Ausstellung auf 2000 bis 3000 Bände.

Erich Weinert sprach in einer Abendveranstaltung für das W.B. Die Teilnahme der Zuhörer — die bei geeigneter Propaganda sicherlich auch einen größeren Saal gefüllt hätten — hat dem W.B. genügend gezeigt, daß unter der Leipziger Arbeiterschaft genügend Verständnis und sogar ein tatsächliches Bedürfnis für eine satirisch angelegende, in künstlerisch gefälliger Form gebotene Zeit- und Gesellschaftskritik vorhanden ist. Die politische Satire hat vor der patriotischen Anlage den großen Vorteil, daß der Angegriffene von vornherein jede Verteidigung als aussichtslos aufgeben muß. Den Gegner bei seiner lächerlichen Seite fassen, heißt ihn entwaschen. Noch mehr: die Lächerlichkeit tötet. Die Gegner der Arbeiterschaft sorgen dafür, daß bei ihnen die Lächerlichkeit nicht ausstrahlt. Und wenn ein Kopf wie Weinert den höchsten Schwandel der Reaktion entlarvt, muß man lachen, so furchtbar ernst die Sache auch ist. Er sprach Sachen, die der Weltene aus linksgerichteten Zeitungen und Zeitschriften kennt, aber man hört sie gern von ihm selbst vortragen, denn seine sachlich kühle, nur am Wort und Begriff ablesende Art des Vortrags enthüllt manche Feinheit, die beim bloßen Lesen verloren geht.

Jesus, ein Anwalt der Freiheit. Der Pariser Verlag Flammarion bringt soeben ein neues Buch von Henri Barbusse mit dem Titel „Jesus“ heraus. Das Buch soll nach der Ansicht des Autors die Gestalt Jesu als des großen Unterdrückten und Ausgebeuteten wieder herstellen, der der Anwalt der Freiheit gegen Unglauben und Anechtung war.

„Kinderlieder“ ist der Titel einer Sammlung, die der Deutsche Arbeiter-Sängerbund herausgibt. Das soeben erschienene erste Heft enthält Lieder und Noten von 28 zwei- und mehrstimmigen Liedern und Kanons für kleine und große Kinder, in einer ausgezeichneten Auswahl von Alfred Guttman und Karl Büge, mit schönen Zeichnungen von Hans Reid und in klarer, hierlicher Schrift von Gustav Bedmann. Die Sammlung ist im Buch- oder Musikalienhandel nicht erhältlich und wird nur an Mitgliedsclub des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes abgegeben.

„Dantons Tod“ als Singspiel. Georg Büchners Drama „Dantons Tod“ wird als Singspiel am 31. Januar unter Leitung von Alfred Braun vom Berliner Rundfunk gegeben. Die Hauptrollen spielen Albert Steinrück, Paul Bildt und Lina Löffler.

Bibliographie des Marionettentheaters. In einem Pariser Verlage erscheint demnächst die erste Bibliographie des Marionettentheaters, die das Verzeichnis von etwa 450 Marionettenspielen des deutschen, französischen, belgischen, italienischen, englischen und türkischen Repertoires enthält.

Altes Theater. Leopoldine Konstantin von den Wiener Reinhardt-Bühnen befindet sich zur Zeit mit ihrem eigenen Ensemble auf einer europäischen Tournee. Die Künstlerin ist auch für ein zweimaliges Gastspiel in Leipzig verpflichtet und wird Donnerstag, den 3. und Freitag, den 4. Februar, im Alten Theater auftreten. Sie spielt an beiden Abenden ihre berühmte Rolle „Die Tänzerin“ in der gleichnamigen Komödie von Reichler Lengyel.